

kriens

Protokoll

Kriens, 27. Juni 2019

Sitzungsdatum

Donnerstag, 27. Juni 2019

Zeit Ort

13:30 Uhr bis 19:00 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Janine Lipp
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 09
janine.lipp@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2018/2019 Protokoll Nr. 9

Anwesend

Präsidentin

Yvette Estermann

Einwohnerrat

27 Mitglieder

Räto Camenisch (ab 14:05 Uhr, bis 15:40 Uhr)

Patrick Koch (ab 16:30 Uhr)

Nicole Nyfeler (bis 16:50 Uhr)

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Michèle Binggeli

Ursula Wendelspiess

Traktanden

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 482 |
| 2. | <u>Vereidigung</u> Bruno Purtschert (CVP) | | Seite 482 |
| 3. | <u>Protokoll Nr. 7</u> vom 28. März 2019 | | Seite 485 |
| 4. | <u>Ersatzwahlen in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2016 – 2020</u>
Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung;
<i>Bruno Purtschert (CVP)</i> | | Seite 485 |
| 5. | <u>Ersatzwahl in die Geschäftsleitung für das restliche Amtsjahr 2018/2019</u>
<i>Andreas Vonesch (CVP)</i> | | Seite 485 |
| 6. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 485 |
| 7. | <u>Bericht und Antrag:</u> Revision Reglement über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund, 2. Lesung

<i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i>

- <u>Bericht Postulat Ercolani:</u> Parkinggebühren | Nr. 143/18 | Seite 491 |
| 8. | <u>Bericht und Antrag:</u> Gesamtprojekt „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“, Zusatzkredit 2 | Nr. 216/19 | Seite 502 |
| 9. | <u>Bericht und Antrag:</u> Bauprojekt Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld, Zusatzkredit | Nr. 217/19 | Seite 515 |
| 9a. | <u>Postulat Portmann:</u> Innovative Quartier- und Stadtentwicklung
<i>Begründung</i> | Nr. 218/19 | Seite 520 |
| 10. | <u>Motion B. Bienz:</u> Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden
<i>Begründung</i> | Nr. 189/19 | Seite 520 |
| 11. | <u>Postulat B. Bienz:</u> Zusammenarbeit mit den K5 Gemeinden
<i>Begründung</i> | Nr. 190/19 | Seite 522 |
| 12. | <u>Postulat Lammer:</u> Reallokation der frei werdenden Mittel aus Spange Nord
<i>Begründung</i> | Nr. 191/19 | Seite 523 |
| 13. | <u>Postulat Ercolani:</u> Tempo 30, Verbesserung Verkehrssituation im Zentrum von Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 193/19 | Seite 525 |

14.	<u>Postulat Camenisch:</u> Vorbereitung möglicher Rechtsweg betr. Bypass <i>Begründung</i>	Nr. 194/19	Seite 527
15.	<u>Beantwortung Interpellation Hunziker:</u> Stand Energiestadt	Nr. 174/19	Seite 530
16.	<u>Beantwortung Interpellation Niederberger:</u> Baupolizei aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 176/19	Seite 534
17.	<u>Beantwortung Interpellation Graf:</u> Unzulässige Geschenke für Stadträte aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 178/19	Seite 534
18.	<u>Beantwortung Interpellation Gisler:</u> Bundesgerichtsentscheid Prämienverbilligung aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 179/19	Seite 534
19.	<u>Beantwortung Interpellation Gisler:</u> Fassadengestaltung Luzernerstrasse 11, Kriens aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 180/19	Seite 534
20.	<u>Postulat Burkhardt:</u> Aktive Aufforderung der Stadt Luzern zum Wiedereintritt in den VLG <i>Begründung zurückgezogen</i>	Nr. 204/19	Seite 534
21.	<u>Postulat Niederberger:</u> Klimanotstand <i>Begründung aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 212/19	Seite 534

Neueingangsliste

Nr. 214/19	Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Kantonsgericht schützt Schulhaus-Wiesen
Nr. 143/18	Bericht und Antrag: Revision Reglement über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund, 2. Lesung
Nr. 216/19	Bericht und Antrag: Gesamtprojekt „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“, Zusatzkredit 2
Nr. 217/19	Bericht und Antrag: Bauprojekt Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld, Zusatzkredit
Nr. 184/19	Beantwortung Interpellation Gomer: Foodtrucks
Nr. 180/19	Beantwortung Interpellation Gisler: Fassadengestaltung Luzernerstrasse 11, Kriens
Nr. 218/19	Dringliches Postulat Portmann: Innovative Quartier- und Stadtentwicklung <i>Eingang: 14. Juni 2019</i>

-
- | | |
|------------|--|
| Nr. 220/19 | Antrag der KFG zur Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission
<i>Eingang: 24. Juni 2019</i> |
| Nr. 192/19 | Beantwortung Interpellation Portmann: Umsetzung des Behinderten-Gleichstellungs-Gesetzes in der Stadt Kriens im Bereich Bauten und Anlagen |
-

Yvette Estermann begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler. Herr Rosenbaum von Tele1 wird später Video- und Tonbandaufnahmen machen.

Entschuldigt haben sich Patrick Koch und Ursula Wendelspiess aus beruflichen Gründen. Michèle Binggeli wird heute operiert, weil sie einen Unfall hatte. Sie wünscht ihr eine gute Genesung. Räto Camenisch stösst später zur Sitzung hinzu und wird danach wieder gehen, da er eine OP hinter sich hat. Nicole Nyfeler muss die Sitzung früher verlassen.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Weiter ist ein dringlicher Vorstoss eingegangen. Damit das neue Ratsmitglied, Bruno Purtschert, bei der Frage der Dringlichkeit mitentscheiden kann, wird die Vereidigung vorgezogen.

2. Vereidigung

Gemäss Yvette Estermann übernimmt Bruno Purtschert das Mandat von Rolf Schmid. Die Sprechende bittet Bruno Purtschert zu sich nach vorne. Sie bittet die Anwesenden sich zu erheben. Bruno Purtschert legt den Eid ab. Er wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

Fortsetzung Traktandum 1 - Mitteilungen

Am 14. Juni 2019 hat Michael Portmann das dringliche **Postulat Portmann: Innovative Quartier- und Stadtentwicklung (Nr. 218/2019)** eingereicht.

Cyrill Wiget führt aus, dass der Stadtrat hier keine Dringlichkeit sieht, jedoch bereit ist das Postulat entgegenzunehmen. Der Stadtrat muss aktiv werden, um zu schauen, ob etwas zu holen ist. Grundsätzlich ist es eine gute Idee. Der Bericht hat dann aber an sich keine Eile.

Die Vorsitzende erteilt das Wort Michael Portmann zwecks Begründung der Dringlichkeit des Postulats.

Michael Portmann führt aus, dass mit diesem Postulat ein Anmeldetermin vom 2. September 2019 verbunden ist. Darum ist die Dringlichkeit gegeben, denn anschliessend ist das Terminfenster für die nächsten vier Jahre geschlossen.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Postulats Portmann: Innovative Quartier- und Stadtentwicklung (Nr. 218/2019)

Mit 21:3 Stimmen bei einer Enthaltung wird das Postulat dringlich erklärt.

Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	ja

Das Postulat wird als Traktandum 9a behandelt.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Yvette Estermann dankt dem Vizepräsidenten, Roger Erni, dass er sie anlässlich der letzten Sitzung sehr gut vertreten hat. Am letzten Samstag, 22. Juni 2019, durfte der Einwohnerrat einen schönen Ausflug machen. Sie bedankt sich bei allen, welche teilgenommen haben. Als kleines Erinnerungstück hat sie einen Kugelschreiber verteilt. Sie versucht den Bundesrat dazu zu bringen, dass diese nicht mehr aus Plastik, sondern aus Holz hergestellt werden.

Heute hat man eine lange Traktandenliste. Es ist nicht nur draussen heiss, wahrscheinlich gibt es auch hier im Saal heisse Debatten. Sie bittet alle die Voten kurz zu halten und den parlamentarischen Anstand zu wahren. Schwierige Zeiten brauchen auch immer mehr Energie. Zum Teil muss man sich auch etwas zügeln können. Man soll sich nicht verleiten lassen und immer schön anständig miteinander umgehen.

Fraktionserklärungen

Gemäss Cla Büchi hat vor gut einem Monat die Krienser Bevölkerung über die Wohnraum-Initiative der SP abgestimmt. 46 % der Stimmbevölkerung hat sich für eine gesetzliche Verankerung der Förderung

von bezahlbarem Wohnraum ausgesprochen. Der Stadtrat wird jetzt eine Arbeitsgruppe mit der Aufgabe einsetzen, eine Wohn- und Gewerberaumstrategie mit Zielen und Massnahmen zu erarbeiten. Er ist der Meinung, dass man so mehr erreicht als mit einer gesetzlichen Regelung im Bau- und Zonenreglement. Die SP-Fraktion nimmt den Stadtrat beim Wort und verlangt den Einbezug von Vertretern von diesen zwei Initiativen in die Arbeitsgruppe. Zur gleichen Zeit der Abstimmung hat der Sprechende das Themenheft von der Architekturzeitschrift Hochparterre mit dem Titel „Quartier bildet“ gelesen. Der Zusammenhang von bezahlbarem Wohnraum, Quartierentwicklung und Bildung hat ihn fasziniert und inspiriert. Inspiriert in dem Sinne, dass er kurzerhand 40 Exemplare für den Einwohnerrat, Stadtrat und Abteilungsleiter bestellt hat und die Lektüre von diesem Heft wärmstens empfiehlt. Dazu kommen ja die Sommerferien gerade recht. Gerne möchte er noch kurz aus dem Editorial zitieren: *„Das vorliegende Heft untersucht nicht die perfekte Quartierentwicklung. Es macht keine Vorschläge, wie ideale Schulhäuser zu planen und zu bauen sind. Vielmehr ergründet es, warum sozial durchmischte Quartiere gleichwertige Bildungschancen fördern. Wir befragen Akteure und Expertinnen, fassen Handlungsmöglichkeiten zusammen und fordern Schule, Wohnbauträger und Stadtentwicklung auf, miteinander in einen Dialog zu treten.“* Und genau das, glaubt die SP-Fraktion, ist in Kriens dringend notwendig: Nämlich für ein gemeinschaftliches und lebenswertes Kriens zusammen in einen Dialog zu treten.

Raoul Niederberger kommt auf die Mitteilung des Stadtrates anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung zu sprechen. Diese hat die Grüne/GLP-Fraktion sehr befremdet. Eine Stellungnahme dazu war nicht möglich, weshalb er nun an dieser Stelle eine Fraktionserklärung abgibt. Der Stadtrat akzeptiert den Entscheid des Kantonsgerichts zur Aufhebung der Baubewilligung. Die Grüne/GLP-Fraktion begrüsst den Entscheid, alles andere hätte sie sehr überrascht. Sie begrüsst diesen ausdrücklich, denn er stützt den Willen des Einwohnerrates, den er im BZR niedergeschrieben hat. Aufgrund dieses Gerichtsentscheides hat der Stadtrat zwei folgende Massnahmen beschlossen und in seiner Mitteilung kommuniziert: 1. Die Aufstockung des bestehenden Modulbaus um zwei Stockwerke und 2. die Sistierung des Architekturwettbewerbs Kuonimatt. Zum ersten Punkt möchte der Sprechende folgendes sagen: Wenn der Stadtrat wirklich schnell neuen Schulraum braucht, würde er den bewilligten Ausbau umgehend in Angriff nehmen. Ein neues Baugesuch führt nach seinem unglücklichen Vorgehen zu neuen Auseinandersetzungen. Es kann kaum innerhalb einer nützlichen Frist gebaut werden. Zudem wäre es höchste Zeit persönlich auf den Einsprecher zuzugehen, aber das liegt nicht in der Verantwortung des Einwohnerrates. Was die Grüne/GLP-Fraktion ausserordentlich irritiert hat, ist der Beschluss den Architekturwettbewerb zu sistieren. Das ist eine weitere Missachtung des klaren Willens des Einwohnerrates, nämlich zuerst eine Grundlage zu haben, bevor man weiterbaut. Der Einwohnerrat hat dies an seiner Sitzung vom 17. Dezember 2018 mit 27 Stimmen und einer Enthaltung beschlossen. Nun wird dieser Beschluss schon wieder vom Stadtrat ohne Rücksprache mit dem Einwohnerrat kassiert. Wiederum ist ein grosser Schulraumbedarf die Begründung. Dieser wurde schon beim Budget 2018 und der Schulraumplanung geltend gemacht. Gebaut wurde trotz Budget nicht und lange Zeit passierte nichts. Nun wird im nächsten Versuch zum wiederholten Mal mit der Dringlichkeit begründet. Diese Politik der vermeintlichen Sachzwänge unterstützt die Grüne/GLP-Fraktion nicht mehr. Warum der Stadtrat den Architekturwettbewerb sistiert oder besser gesagt absagt, versteht sie überhaupt nicht. Der Entscheid des Kantonsgerichts hat am Entscheid des Einwohnerrates rein gar nichts geändert. Der Einwohnerrat möchte, dass diese Wiese für die Planung erhalten bleibt. Für die Grüne/GLP-Fraktion hat der Stadtrat seine Glaubwürdigkeit mit der Interpretation des BZR und im Hinblick auf den Schulraumbedarf in der Kuonimatt verloren. Sie wird keinen Projektierungs- und Baukrediten zustimmen, ohne dass eine Gesamtplanung basierend auf einem Architekturwettbewerb vorliegt. Die Zeit der Hüftschüsse ist vorbei. Seit gut drei Jahren wird der Einwohnerrat vom Stadtrat mit der Dringlichkeit zu Sachzwängen genötigt, einem Flickwerk in der Schulraumentwicklung in der Kuonimatt zuzustimmen. Dieses Vorgehen löste bisher keine Probleme und bringt nur den Verlust von Grünflächen und hohen Kosten und keine zukunftssichere Investitionen. Ein solches Vorgehen kann man sich nicht leisten, weder finanziell noch bezüglich der Schulräume. Die Grüne/GLP-Fraktion fordert deshalb den Stadtrat auf, den Einwohnerrat und seine Entscheide ernst zu nehmen und endlich eine nachhaltige und langfristige Planung in Angriff zu nehmen. Er soll auch seinen Horizont etwas erweitern und nicht auf nicht mehrheitsfähigen Lösungen zu beharren.

3. Protokoll Nr. 7 vom 28. März 2019

Yvette Estermann stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

4. Ersatzwahlen in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2016 - 2020

Wahl eines Mitglieds in die Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung

ausgeteilte Wahlzettel:	26
eingegangene Wahlzettel:	26
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	26
absolutes Mehr:	14

<u>gewählt als Mitglied:</u>	
Bruno Purtschert, CVP	26

5. Ersatzwahlen in die Geschäftsleitung für das restliche Amtsjahr 2018/2019

Wahl eines Mitglieds der Geschäftsleitung des Einwohnerrates

ausgeteilte Wahlzettel:	26
eingegangene Wahlzettel:	26
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	26
absolutes Mehr:	14

<u>gewählt als Mitglied:</u>	
Andreas Vonesch, CVP	26

6. Fragestunde

Anita Burkhardt-Künzler meint, dass der Krienser Ständerat Konrad Graber sein Kommissionspostulat oppositionslos durchbrachte. Damit ist es verbindlich und nicht einmal mehr der Nationalrat muss sich dazu äussern. Die zuständige Bundesrätin, Simonetta Sommaruga, brachte klar zum Ausdruck, dass die Initiative vor allem vom betroffenen Kanton Luzern ausgehen muss, damit sich auf Bundesebene überhaupt etwas bewegt. Was gedenkt der Stadtrat von Kriens zu unternehmen, um hier den Steilpass des Bundes zu werten, zu unterstützen und voranzutreiben? Denn der Regierungsrat ist ja mehr mit der Spange Nord beschäftigt und Kriens muss aufpassen nicht unterzugehen.

Cyrill Wiget dankt vorerst Konrad Graber für sein nationales Engagement. Der Stadtrat schätzt dies ausserordentlich, er wurde von ihm auch immer auf dem Laufenden gehalten. An sich ist das Projekt ja nicht auf Widerstand gestossen und hat so relativ locker durch die nationalen Räte gefunden. Kriens hat bereits auf mehreren Ebenen reagiert. Man muss vielleicht sehen, dass das Postulat auch in analoger Form im Kantonsrat von Marcel Budmiger eingereicht wurde. Es braucht auf beiden Staatsebe-

nen einen Ruck. Bis jetzt haben sich diese dahinter versteckt, weil aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlagen nichts gemacht werden kann. Der Versuch dieser Postulate ist, dass wenn man die Rechtsgrundlagen nicht hat, dann sollen sie entsprechend geändert werden. Über das Komitee versuchte man beim Kanton den nötigen Druck aufzusetzen, damit der Vorstoss Budmiger ebenfalls überwiesen wird. Das ist wichtig, weil der Regierungsrat im Lobbying an sich entscheidend ist. Dieser hat so einen offiziellen Auftrag. Der Sprechende hat die Chance beim Kopf gepackt. Er fragte beim Vizedirektor des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) nach, ob das bereits bei ihnen angekommen ist und entsprechende Massnahmen ins Auge gefasst wurden. 14 Tage nach Überweisung war dem noch nicht so. Ihm ging es vor allem darum darauf aufmerksam zu machen, dass sich die Städte und Gemeinden hier engagieren werden. Man ist immer noch an der Vereinbarung. Diese Woche fand wieder eine Besprechung mit dem ASTRA und dem Kanton statt. In dieser Vereinbarung gibt es einen Passus, dass man sich aktiv darum bemüht die Rechtsgrundlagen auszuschöpfen und in der zukünftigen Rechtsprechung nachzufolgen, falls es diese gibt, damit eine Überdachung zu Stande kommen kann. Im Moment ist es langwierig. Der Stadtrat hat nicht so ein gutes Gefühl, dass Kriens es schafft, weil der politische Prozess in Bern fast zu einfach ging. Er ist immer noch sehr intensiv an diesem Thema dran. Heute gibt es auch noch ein entsprechendes Traktandum dazu. Wenn alle Stricke auf politischem Weg reissen wird allenfalls der Rechtsweg in Betracht gezogen. Der Stadtrat ist gespannt, was der Einwohnerrat bestimmt.

Martin Zellweger wurde von verschiedenen Personen darauf angesprochen, dass im Bellpark regelmässig mit Drogen gehandelt wird. Ist das dem Stadtrat bekannt? Falls ja, ist er aktiv?

Matthias Senn sind keine Meldungen bekannt. Manchmal wird auch einfach etwas erzählt. Es gab ähnliche Meldungen zum Schappe Kulturquadrat, welche überprüft wurden. Es gab jedoch keine solchen Erkenntnisse.

Daniel Rösch meint, dass es auf dem Bauareal Eichhof West vorwärts zu gehen scheint. Bis auf ein Gebäude wurden zwischenzeitlich alle abgerissen. In diesem betreffenden Gebäude brennt noch ab und zu Licht und es sieht noch nicht ganz verlassen aus. Wird der Zeitplan dieses Projektes eingehalten oder ist mit Verzögerungen zu rechnen?

Cyrill Wiget bestätigt, dass das Lichterbrennen seine Richtigkeit hat. Das letzte Objekt wurde noch nicht abgerissen, weil dort noch Mietverträge bestehen. Darin wird sogar noch gewohnt. Das hat aber keinen Einfluss auf die Umsetzung der Planung. Die Pensionskasse Zürich sagte in Gesprächen, dass sie der Bevölkerung von Kriens das Land für die nächsten drei Jahre für Zwischennutzungen zur Verfügung stellen möchte. Es geht nicht darum Geld zu verdienen, sondern einfach sinnvoll zu nutzen. Man will keine Brache. Insofern besteht keine Gefahr zur Verzögerung.

Bettina Gomer-Beacco kommt auf die Unterführung Brändi/Mattenhof zu sprechen. Dazu gab es bereits schon eine Interpellation. Bisher hat sie noch keine Veränderung feststellen können. Sie benutzt diese Unterführung regelmässig zu Fuss oder mit dem Velo. Sie sieht jedes Mal gefährliche Situationen. Fussgänger verstehen nicht, dass der schraffierte Streifen für die Fussgänger ist und interpretieren es als Meide-Zone. Die Leute strömen von der Treppe herunter, kognitiv eingeschränkte Personen wissen nicht, wie sie queren sollen, weil dort sehr viel Verkehr herrscht. Sie könnte noch viel mehr Beispiele nennen. Es ist nun an der Zeit zu handeln. Passiert hier nun etwas?

Matthias Senn bestätigt, dass auf jeden Fall etwas passiert. Diese Woche hat die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) die Unterführung untersucht. Bereits bei der Interpellationsbeantwortung sagte der Stadtrat, dass eine Signalisation erstellt wird. Diese hätte man schon längststens machen können,

wurde bisher aber tatsächlich noch nicht ausgelöst. Die anderen Unterführungen Wegmatt und die Mittelunterführung beim neuen Bahnhof werden sehr schnell in Betrieb genommen, nämlich von August bis November. So wird die Unterführung Brändi dann wieder entlastet.

Erich Tschümperlin wurde auf die Lichanlage Kleinfeld angesprochen. Diese leuchtet in der ganzen Gemeinde herum. Was wurde konkret unternommen? Wann wird der Endzustand erreicht? Der Sprechende möchte noch auf einen Beitrag im KriensInfo hinweisen, wo es darum geht, dass die Gemeinde das Thema Lichtverschmutzung prioritär behandelt und etwas unternimmt. Da fehlt ihm eine gewisse Deckungsgleichheit.

Gemäss Franco Faé wurden bereits Anpassungen gemacht. In den letzten zwei Wochen gab es nochmals Anpassungen. Es wurden zusätzliche Blenden montiert. Man ist sich dessen bewusst. Zum anderen hält man sich beim SCK daran, dass die drei Schaltstufen entsprechend eingesetzt werden. Es gibt Einstellungen für die Challenge League, für normale Spiele und den Trainingsbetrieb. Die Trainer und Verantwortlichen wurden angewiesen sich daran zu halten. Dem Sprechenden ist nicht bekannt, dass in letzter Zeit wieder Reklamationen eingegangen sind. Die Geschichte mit der astronomischen Gesellschaft hat damit geendet, dass der SCK mit ihnen gesprochen hat. Der Stadtrat hatte auch Kontakt mit der Gesellschaft und will die Lösungsfindung zwischen den beiden Parteien abwarten. Bisher hörte der Stadtrat aber nichts mehr.

Andreas Vonesch stellt fest, dass wenn man auf der Leichtathletik-Anlage einen grösseren Sportanlass hat und die 400-Meter-Bahn und die Tartanbahn gleichzeitig braucht, ist dies nicht möglich, weil die Tartanbahn einen Teil der 400-Meter-Bahn abschneidet. Wurde dies bewusst gemacht oder ist das eine Planungsleiche?

Franco Faé hat deswegen eine kleine Bemerkung gehört, aber er weiss nicht weshalb. Er klärt dies ab und liefert die Antwort nach.

Alfons Graf's Frage betrifft den Brunnen vor dem Stadthaus. Wird dieses Wasser mit einer Umwälzpumpe umgesetzt oder fliesst dort dauernd Frischwasser rein, welches danach in die Kanalisation geht?

Franco Faé kann diese Frage auch nicht beantworten. Er klärt auch dies ab. Aber normalerweise läuft es ab. Aus gesundheitlichen Gründen sollte es laufendes Wasser sein.

Erwin Schwarz möchte über den Planungsstand des Heimes Grossfeld informiert werden.

Laut Lothar Sidler ist aktuell eine Arbeitsgruppe daran das Wettbewerbsverfahren zu definieren. Dazu gehört die Festlegung der Sachpreis- und Fachpreis-Jury. Parallel dazu läuft die Bedarfsabklärung. Man muss wissen, welche Volumetrie verbaut werden soll, damit nachher die Architekten wissen, was sie bieten müssen. Diese zwei Programme laufen im Moment. Gestern fand eine Sitzung statt, bei der man versuchte dies zusammenzuführen. Man hat den Zeitplan diskutiert und es wurde festgelegt, dass an der letzten Sitzung in diesem Jahr das Wettbewerbsprogramm in den Einwohnerrat kommt.

Raphael Spörri geht es um die Verkehrssituation im Mattenhof. Die Umgebungsarbeiten und Verkehrswege beim Hotel sind erstellt und abgeschlossen. Leider lief die Planung etwas kurzsichtig und

unprofessionell über die Bühne. Es ist bekannt, dass für Velo- und Fussverkehr zwingend getrennte und gut signalisierte Wege erstellt werden müssen, um Unfälle zu verhindern. Wenn dann diese Wege noch zusätzlich mit Cars blockiert werden, ist dies störend und nicht akzeptierbar. Was gedenkt der Stadtrat bei diesem Standort zu unternehmen, aber auch an vielen anderen Standorten um den Schwächsten im Strassenverkehr genügend Sicherheit zu bieten?

Gemäss Matthias Senn wurde die Planung schon gut gemacht, aber es stellt sich eine Frage bei der Umsetzung. Es ist ganz klar vorgesehen, dass für das Auf- und Abladen der Hotelgäste die Vorzone zur Verfügung steht. Momentan besteht das Problem, dass die Fahrzeuge einfach irgendwo abgestellt werden, sogar auf Bushaltestellen. Die Hotelbetreiber wurden diesbezüglich gerügt und sie wünschten einen runden Tisch. Man ist nun auf gutem Weg eine Lösung zu finden, dass es kurzfristig eine Lösung gibt, wo die Cars über Nacht abgestellt werden können.

Tomas Kobi stellt fest, dass die Rundbank um den Mammutbaum im Bellpark verschwunden ist. Bis wann gedenkt der Stadtrat hier wieder eine Rundbank zu erstellen?

Franco Faé weiss nicht, wer hier etwas unternommen hat. Er klärt dies ab.

Laut Viktor Bienz ist bekannt, dass die Landi Kriens in 1-2 Jahren ausziehen muss. Sie versucht nun einen neuen Standort zu finden. Wie kann und tut der Stadtrat eine solche Firma unterstützen einen neuen Standort zu finden? Hier gehen doch ein paar Arbeitsplätze verloren.

Cyrill Wiget erläutert, dass die Landi bisher nicht mit diesem Anliegen an die Wirtschaftsförderung herangetreten ist. Er nimmt dies gerne proaktiv auf. Im Moment ist der Standort in Horw, aber selbstverständlich ist der Stadtrat daran interessiert, wenn die Landi nach Kriens kommt. Bei Bebauungsplänen hat man geschaut, dass die Flächen für Güter des täglichen Bedarfs nicht zu hoch werden. Man muss auch sehen, dass gewisse Vorschriften gemacht werden. Er leitet dies gerne an die Stiftung Wirtschaftsförderung weiter.

Alfons Graf ist aufgefallen, dass es in jüngster Zeit sehr viele Personalabgänge vom mittleren und oberen Kader gibt. Hat der Stadtrat dazu eine Erklärung?

Gemäss Cyrill Wiget wird regelmässig geschaut, wie es in der ganzen Verwaltung mit solchen Mutationen aussieht. Man hat eine beträchtliche Mutation, aber diese ist nicht überaus gefährlich. Diese ist nicht in einem Bereich, bei dem man sich akut Sorgen machen muss. Für die Pflege des Personals gehört auch die Erhaltung des Lohnsystems etc. dazu. Diese Punkte sind wichtig, um das Personal bei Laune zu behalten. Wichtig ist schon, dass jeder Abgang individuell analysiert werden muss. Bei gewissen Leuten ist es richtig, dass sie neue Herausforderungen suchen, beispielsweise bei Lernenden. Auch beim Kader gibt es Leute, die neue Herausforderungen suchen. Es gibt Abgänge, welche sehr bedauert werden. Man darf es schon nicht über eine Leiste schlagen.

Enrico Ercolani kommt nochmals auf das Kuonimatt zu sprechen. Die Planung wurde nun eingestellt. Der Stadtrat zeigte dem Einwohnerrat welches Modell er bevorzugt. Der Sprechende hatte kein Verständnis dafür, dass hier nicht weiter geplant wird. Er erkundigte sich näher und stellte fest, dass es keinen Sinn macht etwas zu planen, wenn das nicht gebaut werden kann. Das heutige Gesetz lässt keinen grösseren Fussabdruck zu. Wie würde ein neues Schulhaus aussehen, wenn man es nach heutigem Gesetz bauen möchte?

Matthias Senn erklärt, dass man eine Überprüfung mit dem heutigen und dem bestellten Schulraum gemacht hat. Das ergäbe eine Geschosshöhe mit bis zu sechs Geschossen. Von der Kommission wurde gewünscht, dass es einen runden Tisch analog den Schösslgesprächen, zuzüglich der Kommissionspräsidien geben soll. Der Stadtrat hat dies gestern besprochen und wird nun organisiert. Dies soll im September stattfinden. Es gibt demnächst auch noch eine Information zur Dialog-Veranstaltung in der Kuonimatt, welche Ende August stattfindet.

Michael Portmann hat vor längerer Zeit in einer Interpellation nach der Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen gefragt. Es wurde angekündigt, dass einer Lohn-Charta beigetreten wird. Wie ist der Stand?

Gemäss Cyrell Wiget hat sich Kriens angemeldet und kann stolz verkünden, dass man dabei ist.

Erich Tschümperlin hat eine Frage zu einem Baugesuch der Stadt. Da die letzte Fragestunde nicht stattfand, ist es nun etwas spät. Am 29. April 2019 hat die Stadt Kriens für einen Neubau Materialgebäude mit provisorischem Container auf Parzelle-Nr. 237, Schlundstrasse ein Baugesuch eingereicht. Um was handelt es sich hier genau? Wurde es bereits erstellt? Wenn ja, wann?

Wenn sich Franco Faé nicht täuscht, handelt es sich um den geplanten Materialraum, welcher im Zusammenhang mit dem Kleinfeld gebaut werden sollte. Dazu ist ein Container geplant, jedoch wurde der Bau gestoppt, wozu man in einem späteren Traktandum noch zurückkommt.

Beat Tanner stellt fest, dass der Stadtrat vom Kanton die Verfügung für den Finanzausgleich 2020 erhalten hat. Sieht diese jetzt wirklich so aus, wie sie der Kanton versprochen hat? Ist dort die Stadt Kriens auf Kurs?

Laut Franco Faé hat man die Verfügung erhalten, aber noch nicht ganz analysiert. Bis jetzt geht es in diese Richtung.

Bettina Gomer-Beacco stellt ihre Frage für Nicole Nyfeler. Es geht um den Behindertenparkplatz beim Stadthaus. Dieser ist für Rollstuhlfahrer nicht benutzbar, da die Räder in den Rastersteinen hängen bleiben. Bis wann wird dieser Behindertenparkplatz den Normen entsprechend angepasst?

Franco Faé verweist auf den Zusatzkredit des Zentrums. Darin sind die Anpassungen für die behindertengerechte Begehung enthalten. Die Arbeiten mussten gestoppt werden, weil die Finanzen nicht zur Verfügung stehen.

Peter Stofer hat auch eine Frage zum Stadtplatz. Anlässlich der letzten Fragestunde konnte der Stadtrat nicht beantworten, ob es sich um einen versickerungsfähigen Belag handelt. Weiss man dies zwischenzeitlich?

Franco Faé führt aus, dass die Beantwortung des Vorstosses von Rolf Schmid in Bearbeitung ist. Diese wird nächstens veröffentlicht.

Roger Erni ist zu Ohren gekommen, dass es mindestens eine Lehrperson gibt, welche im neuen Schuljahr ohne Lehrerpapier unterrichtet. Eine weitere Lehrperson unterrichtet IF ohne IF-Diplom. Stimmt das?

Judith Luthiger-Senn erklärt, dass es sehr schwierig ist IF-Lehrpersonen zu finden. Es ist so, dass Lehrpersonen in Kleinstklassen angestellt werden mussten, welche nicht die Ausbildung auf IF haben. Wer in Kriens angestellt wird, wird verpflichtet diese Ausbildung innerhalb einer bestimmten Zeit zu machen. Kriens hat den Ruf gegen aussen, dass wenn man angestellt werden will, muss die Weiterbildung besucht werden. Ansonsten verliert man die Stelle wieder. Dass es Primarlehrpersonen ohne Unterrichtszulassung gibt, entzieht sich ihrer Kenntnis.

Bettina Gomer-Beacco stellt nochmals eine Frage für Nicole Nyfeler. Es geht um das Tor beim Wanderweg Kreuzhöhe. Für Fussgänger ist ein Drehkreuz vorhanden. Dieses ist für Rollstuhlfahrende oder Familien mit Kinderwagen schwierig zu passieren. Kann sich der Stadtrat für die Öffnung einsetzen, damit dieser attraktive Weg für alle begehbar ist?

Matthias Senn kann nicht sagen, ob sich der Stadtrat dafür einsetzen kann, weil er die Randbedingungen nicht genau kennt. Der Sprechende hat noch eine Korrektur zur Frage betreffend die Drogen im Bellpark. Er hat diese Frage falsch verstanden, nämlich dass dort Drogen konsumiert werden. Es gab einmal einen Polizeieinsatz von Drogenhändlern, die dort etwas ausgetauscht haben.

Anmerkung der Protokollführerin:

Es handelt sich um die Begrenzung einer Weide mit Rinderhaltung. Das Drehkreuz befindet sich neben einem Weidegatter, das von einer Begleitperson geöffnet werden könnte. Der Weg ist allerdings als Wanderweg und nicht als kinderwagen- oder rollstuhlgängiger Spazierweg klassiert. Weidegatter mit Drehkreuzen als Abgrenzungen für die Viehhaltung sind auf Wanderwegen üblich.

Raoul Niederberger hat eine Frage zum Spielplatz Langmatt. Am Anfang gab es einen Container als Toilettenhäuschen. Ist dort einmal ein richtiges WC geplant?

Gemäss Franco Faé wurde der Platz mit der vorhandenen Ausstattung fertig gestellt. Ihm ist kein neues Projekt bekannt, dass dort eine Fixbaute erstellt wird.

Beat Tanner stellt fest, dass im Schappe Center immer mehr Geschäfte weggehen und es sich langsam leert. Weiss man wie es weiter geht? Ist kein Interesse des Stadtrates da, dass dies gut kommt?

Laut Cyrill Wiget hat vor allem das Zügeln des Bächli Sports wehgetan, weil dies der Magnet war. In Kriens konkurrenziert man sich gegenseitig. Der neue Standort des Bächli Sports ist mit 2'000 m² sehr attraktiv. Man hört immer wieder von der AXA, dass das Konzept dieses Hauses komplett hinterfragt wird. Die Distanz zum anderen Zentrum der Migros ist zu gross. Im Rahmen der städtebaulichen Überlegungen hat man dies besprochen. Zu diesem Thema gibt es einen B+A für den Einwohnerrat. Im letzten Telefonat hat die AXA gesagt, dass sie schon wieder ein neues Konzept haben und noch nichts sagen können. Daher ist der Stadtrat nicht ganz auf dem Laufenden. Er bemüht sich in Erfahrung zu bringen, was dort läuft. Aktiv Geschäfte angeworben hat man nicht.

Anmerkung der Protokollführerin:

Die AXA will grundsätzlich an der Nutzung keine Veränderung machen. Das Restaurant des Coop's ist effektiv schlecht gelaufen und hatte die Zahlen nicht gebracht. Dass sie nun mit der Apotheke nach-

rutschen macht Sinn, weil sie damit den Kopfbau umbauen können. Dafür werden sie eine Baubewilligung eingeben, um das Center in Richtung Osten offener erscheinen zu lassen. Demnächst wird ein Detailhändler als Zwischennutzung einziehen. Für die mittelfristige Zukunft ist man mit drei Unternehmen des Detailhandels in Verhandlung, die sich im Kopfbau ansiedeln möchten. Der AXA ist die Bedeutung von Restaurants in solchen Zentren bewusst, allerdings steht das Restaurant uno è più zur Verfügung und dieses nimmt das Vakuum auf.

Gemäss Michael Portmann ist die Sportschule und die Antenne fertig gestellt. Mit G5 wird immer wieder viel diskutiert. Es wurde eine Testmessung angekündigt. Was hat diese ergeben? Sind Ausbauschritte vorgesehen oder nicht?

Matthias Senn erklärt, dass die Testmessung hauptsächlich in Bezug auf die Nutzung der Schule erfolgte. Dort ist alles in Ordnung.

Erich Tschümperlin las im Zentralplus, dass Private Streetboxen im Obernau für KMU planen. Das ist eine interessante Idee. Ist dem Stadtrat etwas bekannt?

Matthias Senn weiss nicht, ob das Baugesuch zwischenzeitlich eingereicht wurde. Der Stadtrat wurde aber informiert, dass für das Kleingewerbe etwas angeboten wird. Es soll den Gewerben dienen, welche Mühe haben in konventionellen Überbauungen etwas zu finden.

7. Bericht und Antrag: Revision Reglement über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund, 2. Lesung

Nr. 143/18

Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

- Bericht Postulat Ercolani: Parkinggebühren

Nr. 098/17

Gemäss Viktor Bienz hat der Bauvorsteher der KBVU erklärt, dass alle Anträge aus erster Lesung übernommen und im Reglement eingefügt wurden. Dass die Parkplätze die ersten 30 Minuten gebührenfrei sind, wurde übernommen. Der Stadtrat führte jedoch eine Diskussion und stellt nun einen Gegenantrag, dass man wieder auf die 15 Minuten zurückkommt. Die SP reichte einen Antrag ein, dass die Parkplätze Sonnenberg und Allenwinden neu bewirtschaftet werden sollen. Dazu wurde auch gesagt, dass im Sonnenberg wild parkiert wird. Die Bewirtschaftung soll eine Beruhigung bringen. Diese Aussage wurde dann gleich wieder dementiert, weil im Winter das Problem besteht, dass die Sonnenbergbahn nicht fährt und deshalb die Autos trotzdem nach oben fahren. Die KBVU versteht nicht ganz, dass der Stadtrat nun mit einem Gegenantrag betreffend Dauer fürs Gratisparkieren kommt. Die Begründung war, dass Fr. 50'000.00 verloren gehen. Dieser Antrag wurde mit 3:3 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. Der Beschlusstext wurde ebenfalls mit 3:3 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist laut Viktor Bienz grundsätzlich mit dem B+A einverstanden. Allerdings fand auch bei ihr die Diskussion über die Dauer des Gratisparkierens statt. Man ist geteilter Meinung und war über den Gegenvorschlag des Stadtrates überrascht. In der Detailberatung werden noch Fragen gestellt.

Die SVP-Fraktion hat sich laut Martin Zellweger bereits in der ersten Lesung mit verschiedenen Anträgen zum revidierten Reglement geäußert. Es wurden Diskussionen geführt und die Abstimmungen haben den Willen des Einwohnerrates bekräftigt. Sie akzeptiert, dass sie nicht für alle Anträge die notwendige Unterstützung erhalten hat. Die SVP-Fraktion wird also nicht abgelehnte Anträge der 1. Lesung wieder aufwärmen. Insbesondere war ihr wichtig, dass die Bewirtschaftung der Parkplätze ausserhalb des Siedlungsgebietes verhindert wird. Der Stadtrat hat in seiner Würdigung festgehalten und zugegeben, dass die Änderung von diesem Grundsatz eigentlich die Hauptabsicht der Teilrevision dargestellt hat. Das heisst das Parkieren auf öffentlichem Grund ausserhalb der Bauzone wollte man wieder einführen. Nach den Voten der 1. Lesung möchte sich der Sprechende nicht allzu lange fassen. Im 2. Lesungsbericht stört die SVP-Fraktion den Antrag des Stadtrats die Parkdauer für zeitlich beschränktes Parkieren bei einer Gratisparkzeit von 15 Minuten zu belassen. Der Antrag wurde im Einwohnerrat diskutiert und begründet. Es sind keine neuen Fakten vorhanden, welche die erneute Diskussion erfordern. Es ist eine Frage der Effizienz, wie lange die Sitzung dauert, wenn alles in zwei Sitzungen diskutiert wird. In der Detailberatung wird man zu diesen Themen zu sprechen kommen.

Enrico Ercolani, FDP-Fraktion, stellt fest, dass seit Inkrafttreten des aktuellen Reglements für das Parkieren auf öffentlichem Grund acht Jahre vergangen sind. Die Begründung des Stadtrates für Änderungen in diesem Bereich ist, dass sich die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung verändert haben. Die FDP-Fraktion sieht keine anderen Umstände in diesem Bereich. Nach wie vor wollen Verkehrsteilnehmer, ob zu Fuss, mit dem Velo, Auto oder öffentlichem Verkehrsmittel ein Ziel sicher und unfallfrei erreichen. Ob Arbeitsplatz, Ferien oder Einkaufen etc. schon vor acht Jahren waren es dieselben Bedürfnisse. Man will möglichst ohne Probleme ans Ziel gelangen. Am Ziel angekommen gibt es verschiedene Bedürfnisse. Die Autobenutzer und Läden, die sie besuchen wollen, brauchen Parkplätze, die Velofahrer müssen ihr Velo parkieren können, die Teilnehmer am öffentlichen Verkehr wollen möglichst nahe an ihr Ziel kommen und Menschen mit Handicap brauchen Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten, damit sie eigenständig sein können etc. Auf Grund dieser Fakten kann festgestellt werden, dass viele dieser Anforderungen im alten Reglement erfüllt sind. Der Einwohnerrat hat mit klarer Mehrheit dafür gestimmt, dass die ersten 30 Minuten der Benützung aller Parkplätze gratis sein sollen. Dies ist ein notwendiges Modell, welches in vielen Gemeinden, unter anderem auch Horw, erfolgreich praktiziert wird. Am Schluss der Teilrevision beantragt der Stadtrat, dass die Gratisparkzeit auf 15 Minuten festzulegen sei, und der Einwohnerrat dies genehmigen soll. Da stellt sich für die FDP-Fraktion die Frage: Braucht Kriens noch einen Einwohnerrat, wenn der Stadtrat trotz dessen Entscheidungen macht was er will? Wer glaubt der Stadtrat vor sich zu haben? Wankelmütige, nichts wissende Individuen? Wenn der Sprechende die Begründungen dazu liest, muss er davon ausgehen. Nun zur Begründung 1: Durch zeitliche Beschränkungen der Parkdauer kann der «Umschlag» pro Parkplatz erhöht werden. Mit dieser Behauptung sagt der Stadtrat, dass Autos auf Parkplätzen bewusst länger als notwendig parkiert werden. Das ist eine abstruse Annahme. Kann man sich vorstellen, dass wenn man irgendwo einkaufen geht, nach 20 Minuten zum Auto zurückkehrt und dann nicht wegfährt, nur weil noch 10 Minuten gratis parkiert werden könnte? Hier geht es nicht um Umschlag, sondern einmal mehr darum, den Geschäften im Zentrum Schaden zuzufügen und die Autofahrer abzuzocken. Begründung 2: Der hauptsächliche Grund für die Gebührenerhöhung sei eine Budgetverbesserung. Gibt es einen Grund dafür, weshalb die Ladengeschäfte dafür weniger Umsatz machen und die Autofahrer für das Finanzdesaster unserer Stadt geradestehen sollen? Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass 30 Minuten Gratisparkzeit richtig sind. Mehr Umsatz der Ladengeschäfte bringen mehr Gewinn und Arbeitsplätze. Die FDP-Fraktion erwartet vom Stadtrat Bürgernähe, Gewerbefreundlichkeit, Ethik und Moral. Dies kann er beweisen, indem er den Einwohnerratsentscheid, 30 Minuten gratis parkieren, umsetzt. Sie bittet den Einwohnerrat, den Antrag auf 15 Minuten Gratis Parkzeit abzulehnen und an seinem Entscheid 30 Minuten festzuhalten.

Cla Büchi, SP-Fraktion, meint, dass mit der Streichung der Möglichkeit, ausserhalb der Bauzone auf öffentlichem Grund Parkplatzgebühren erheben zu können, man dem Reglement die Zähne gezogen hat. Und die Erhöhung der Gratisparkzeit auf 30 Minuten führt zu weniger Fluktuation und somit weniger Kunden für das Gewerbe. Da ist die SP-Fraktion klar anderer Meinung wie die FDP-Fraktion. Ge-

mässig Stadtrat besteht zudem noch die Gefahr von vermehrtem Suchverkehr, was wiederum eine Hypothek für ein attraktives Zentrum ist. Und dann noch der finanzielle Aspekt. Kann es sich Kriens leisten, auf jährlich Fr. 50'000.00 Parkplatzgebühren zu verzichten? Und das gerade in der heutigen finanziellen Lage von Kriens. Die SP-Fraktion meint ganz klar, nein. Und wenn man noch bedenkt, dass eine Viertelstunde Parkieren 50 Rappen kosten, ist das für den Einzelnen längstens verkraftbar. In der 1. Lesung hat der Einwohnerrat dem Stadtrat den Auftrag gegeben, auszurechnen was der Einnahmenausfall ist, wenn man die Gratisparkzeit auf 30 Minuten erhöht. Das Resultat liegt jetzt vor und wie bereits vorhergesagt, kann Kriens kaum auf diese Fr. 50'000.00 verzichten. Darum ist es auch legitim, nochmals über diesen Punkt zu entscheiden. Und weil die SP-Fraktion ungern einem Reglement zustimmt, das wie ein zahloser Tiger daherkommt, hat sie einen Antrag eingebracht, der wenigstens auf den öffentlichen Parkplätzen vom Sonnenberg und den Allenwinden eine Gebührenerhebung zulassen soll.

Die Grüne/GLP-Fraktion unterstützt laut Peter Stofer den Antrag des Stadtrates, die gebührenfreie Benützung der Parkplätze bei 15 Minuten beizubehalten. Warum? Verkehrsflächen und Parkraum sind und bleiben knapp. Wer Lasten transportieren oder Güter umschlagen muss, ist jedoch zwingend auf freie Parkflächen angewiesen. Der knappe Parkraum soll denjenigen Automobilisten zur Verfügung stehen, die ihn wirklich benötigen und das lokale Gewerbe unterstützen. Darum müssen die öffentlichen Parkplätze mit einer lenkungswirksamen, monetären Parkgebühr bewirtschaftet werden, welche nebenbei bemerkt, auch die «klamme» Stadtkasse entlastet. Dies hat der Stadtrat erkannt und beantragt für die heutige 2. Lesung, auf den Entscheid des Einwohnerrates noch einmal zurückzukommen und die gebührenfreie Benützung auf 15 Minuten festzulegen bzw. zu belassen. Dies aus gutem Grund: Neben den Kostenausfällen und Umstellungskosten wäre auch dem Krienser Gewerbe keinen Dienst erwiesen. Die aktuell gültige Gebühr für das zeitlich beschränkte Parkieren von Fr. 2.00 pro Stunde lenkt laut einer Studie von Schweizer Verkehrsfachleute zu wenig. Lenkungswirksame Parkplatzgebühren müssen demnach Fr. 4.00 pro Stunde betragen.

Räto Camenisch kommt auf das Zähne ziehen zurück. Eitrige Zähne müssen gezogen werden. Das sind eitrige Zähne in dieser Vorlage. Diese sind bürgerunfreundlich und kontraproduktiv für das Gewerbe. Es ist eine Schande, wenn jemand mit dem Hund in den Allenwinden geht um zu spazieren und dafür bezahlen muss. Diese Parkplätze werden gar nicht so oft benutzt. Wo ist die Kostenrechnung, was überhaupt eine solche Uhr und die Bewirtschaftung kosten und im Gegenzug was überhaupt eingenommen werden kann? Ist das die Visitenkarte, welche man der Bevölkerung hinterlassen möchte? Wann sind die Wild-Parkierereien im Sonnenberg passiert? Als es Nebel hatte. Das ist ein Ordnungsproblem, welches die Polizei lösen muss. Die Polizei soll in diesen Situationen die Personen büssen. Das macht man an anderen Orten ebenso. Wenn man Uhren aufstellt, werden die Autos genauso parkiert, ob Uhren nun dastehen oder nicht. Das ist eine reine Abzockerei. Es zeigt, dass wenn man diese Parkplätze freilässt, Kriens eine gewisse Grosszügigkeit hat und nicht einfach den Mainstream der Städte mitmacht, die dem Bürger den letzten Fünfer aus der Tasche holen. Die Krienser Bürger zahlen jedes Jahr zig Millionen Franken. Kann denn die Stadt nicht auch etwas leisten, was Individuelle angeht. Dann kommt noch das mit der Gratisparkdauer hinzu. Man soll doch mal in 15 Minuten etwas erledigen. Muss man in einem Geschäft anstehen, ist man schon im Bussenbereich. Das ist doch nicht geschäftsfreundlich. Wenn jemand bei der Post einen Brief herunterlassen möchte, muss dieser nicht einmal aus dem Auto aussteigen. Dem Gewerbe nutzen 15 Minuten einfach gar nichts. Es geht ja nicht immer nur ums Geld, sondern man muss auch immer das entsprechende Münz zur Hand haben. In Stans wurde nun das bargeldlose Parkieren eingeführt. Wenn so etwas ansteht, kann man ja darüber sprechen. Aber so wie es jetzt mit den Uhren geplant ist, die sowieso alles verschandeln und wofür man Münz haben muss, gehört nicht mehr in die heutige Zeit. Das macht eine schlechte Falle für Kriens.

Martin Zellweger kommt zum finanziellen Aspekt. Kriens ist ja so aufs Geld angewiesen. Das ist eben genau die Finanzstrategie, welche die SVP-Fraktion nicht unterstützt. Zuerst gross klotzen, Geld aus-

geben und sich verschulden bis man sich die notwendigen Grundinvestitionen für den Gemeindebetrieb fast nicht mehr leisten kann. Dann jammert man und versucht das masslos ausgegebene Geld mit Gebührenerhöhungen und womöglich später noch mit Steuern wieder einzutreiben. Genau dies ist die Politik, welche sie bekämpft. Jetzt die parkierenden und damit auch das steuern-bezahlende Gewerbe abzustrafen ist der falsche Ansatz. Das ist kein Argument.

Matthias Senn nimmt in der Detailberatung zu den einzelnen Anträgen Stellung. Die Entwicklung der Technik bei den Parkuhren ist nicht am Stadtrat vorbeigegangen. Bei den neuen Parkuhren kann man bereits bargeldlos mit Twint oder anderen ähnlichen Systemen bezahlen.

Detailberatung

Reglement

Seite 3 - Art. 1 Abs. 2

Viktor Bienz stellt fest, dass Motorräder neu auch gebührenpflichtig werden sollen. Er hat aber nirgends etwas gefunden, wie dies in Kriens gehandhabt wird.

Gemäss Matthias Senn wurden noch keine solchen Parkplätze markiert. Es gibt schon Orte, wo Motorräder abgestellt werden können. Diese sind jedoch nicht bewirtschaftet.

Antrag SP zu Art. 9 Abs. 3 - Gebührenpflicht

Gemäss Cla Büchi möchte die SP-Fraktion den Art. 9 mit einem Absatz 3 wie folgt ergänzen:

Auf den öffentlichen Parkplätzen Allenwinden und Sonnenberg ist die Erhebung von Parkplatzgebühren zulässig.

Mit der Streichung der Möglichkeit, Parkplatzgebühren ausserhalb der Bauzonen verlangen zu können, hat man der Teilrevision die Zähne gezogen. Die SP-Fraktion will kein Reglement in der Form eines zahnlosen Tigers. Es gibt keinen Grund, auf die Gebührenerhebung auf öffentlichen Parkplätzen ausserhalb der Bauzone zu verzichten. Schliesslich erheben auch Private Gebühren. Und zu Zeiten des Klimawandels sollte es selbstverständlich sein, Massnahmen zur Lenkungsabgabe und für einen sorgsamen Umgang mit der Umwelt zu ergreifen. Darum beantragt die SP-Fraktion die Möglichkeit zur Gebührenerhebung wenigstens auf den stark frequentierten Parkplätzen Sonnenberg und Allenwinden.

Martin Zellweger opponiert diesem Antrag. Er kann sich nur nochmals wiederholen. Räto Camenisch sagte, dass dem Reglement die Zähne gezogen wurden. Nachdem ein klarer Wille vorhanden war und auch nach acht Jahren vorhanden ist, sollte man der Bevölkerung nicht einfach die Zähne zeigen. Die SVP-Fraktion sagte immer klar, dass sie keinerlei Bewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes möchte und nötigenfalls auch mit einem Volksbegehren dagegen ankämpft. Es wurde klar ausgesagt, dass in der letzten Lesung darüber abgestimmt wurde. Insofern soll man gegen den Antrag stimmen.

Gemäss Thomas Lammer spricht sich auch die FDP-Fraktion ganz klar gegen diesen Antrag aus. Sie hat sich immer dafür eingesetzt, dass das Parkieren ausserhalb des Siedlungsraumes nicht gebührenpflichtig ist. Er möchte trotzdem noch eine Bemerkung zum Art. 9 machen. Darin steht auch, dass man max. 12 Stunden parkieren kann. Nimmt man an im Allenwinden kann nur 12 Stunden parkiert werden, kann man es vergessen irgendwo im Berg zu übernachten. Das reicht von der Zeit her nicht.

Matthias Senn meint, dass dieser Antrag ein Kompromiss zu dem Vorschlag des Stadtrates in 1. Lesung ist. Dadurch findet der Stadtrat dies auch eine gute Lösung. Bei diesen beiden Parkplätzen lohnt es sich überhaupt zu bewirtschaften. Deshalb unterstützt der Stadtrat diesen Antrag.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag SP (Ergänzung)

Mit 13:13 Stimmen herrscht Stimmengleichheit.

Bienz, Viktor	StR: gemäss Antrag
Büchi, Cla	SP: Neuer Absatz
Burkhardt-Künzler, Anita	SP: Neuer Absatz
Camenisch, Räto	StR: gemäss Antrag
Ercolani, Enrico	StR: gemäss Antrag
Erni, Roger	StR: gemäss Antrag
Fluder, Hans	StR: gemäss Antrag
Gisler, Kurt	StR: gemäss Antrag
Gomer-Beacco, Bettina	SP: Neuer Absatz
Graf, Alfons	StR: gemäss Antrag
Hunziker, Manuel	SP: Neuer Absatz
Kobi, Tomas	SP: Neuer Absatz
Lammer, Thomas	StR: gemäss Antrag
Mathis-Wicki, Judith	SP: Neuer Absatz
Niederberger, Raoul	SP: Neuer Absatz
Nyfeler, Nicole	SP: Neuer Absatz
Portmann, Michael	SP: Neuer Absatz
Purtschert, Bruno	StR: gemäss Antrag
Rösch, Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz, Erwin	StR: gemäss Antrag
Spörri, Raphael	SP: Neuer Absatz
Stofer, Peter	SP: Neuer Absatz
Tanner, Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin, Erich	SP: Neuer Absatz
Vonesch, Andreas	SP: Neuer Absatz
Zellweger, Martin	StR: gemäss Antrag

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag SP (Ergänzung)

Mit 13:13 Stimmen herrscht Stimmengleichheit.

Bienz, Viktor	StR: gemäss Antrag
Büchi, Cla	SP: Neuer Absatz
Burkhardt-Künzler, Anita	SP: Neuer Absatz
Camenisch, Räto	StR: gemäss Antrag
Ercolani, Enrico	StR: gemäss Antrag
Erni, Roger	StR: gemäss Antrag
Fluder, Hans	StR: gemäss Antrag
Gisler, Kurt	StR: gemäss Antrag
Gomer-Beacco, Bettina	SP: Neuer Absatz
Graf, Alfons	StR: gemäss Antrag
Hunziker, Manuel	SP: Neuer Absatz
Kobi, Tomas	SP: Neuer Absatz
Lammer, Thomas	StR: gemäss Antrag
Mathis-Wicki, Judith	SP: Neuer Absatz
Niederberger, Raoul	SP: Neuer Absatz
Nyfeler, Nicole	SP: Neuer Absatz
Portmann, Michael	SP: Neuer Absatz
Purtschert, Bruno	StR: gemäss Antrag
Rösch, Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz, Erwin	StR: gemäss Antrag
Spörri, Raphael	SP: Neuer Absatz

Stofer, Peter	SP: Neuer Absatz
Tanner, Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin, Erich	SP: Neuer Absatz
Vonesch, Andreas	SP: Neuer Absatz
Zellweger, Martin	StR: gemäss Antrag

Der Stichentscheid erfolgt durch die Präsidentin. Sie stimmt für den Antrag des Stadtrates, welcher somit angenommen wurde.

Antrag Grüne/GLP zu Art. 9 Abs. 1 - Gebührenpflicht

Peter Stofer beantragt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion den Abs. 1 wie folgt anzupassen:

...Der Stadtrat legt pro Parkplatz eine Gebühr von mind. Fr. 1.00 bis max. Fr. 4.00 pro Stunde fest...

Jetzt denken vielleicht einige, kaum hat die Stadt die Gebühren für das Kurzzeitparkieren auf Fr. 2.00 pro Stunde erhöht, kommen die Grünen und wollen noch eins oben draufsetzen. Das ist aber nicht der Grund, weshalb dieser Antrag eingereicht wurde. Obwohl die Gebühren im städtischen Vergleich nach wie vor sehr konkurrenzfähig sind. In Luzern sind es max. Fr. 2.50, in Bern Fr. 2.00 und in Basel, St. Gallen und Winterthur ist man bei Fr. 3.00. Laut den Verkehrsexperten sind die Gebühren ja eigentlich zu tief, um eine richtige Lenkungswirkung zu erzielen. Trotzdem ist die Grüne/GLP-Fraktion auch der Ansicht, dass es nach der kürzlichen Erhöhung nicht opportun ist, nun schon wieder an der Gebührenschaube zu drehen. Was der Stadtrat braucht ist der Handlungsspielraum. Sollten sich die Rahmenbedingungen ändern, sollte der Stadtrat in eigener Kompetenz die Gebühren im Rahmen der definierten Bandbreite selbständig anpassen können. Das Reglement soll zukunftsfähig gestaltet werden. Es kann nicht sein, dass sich der Einwohnerrat bereits schon in ein paar Jahren wieder über dieses Gebührenreglement beugen muss. In diesem Sinne bittet er dem Antrag zuzustimmen.

Thomas Lammer opponiert diesem Antrag zumindest im ersten Moment. Er gibt Peter Stofer einen Denkauftrag mit. Die FDP-Fraktion möchte die ersten 30 Minuten gratis. Wenn das von den Grünen unterstützt wird, kann die FDP-Fraktion damit leben die Range der Parkgebühren anzupassen.

Gemäss Matthias Senn wurde richtig festgestellt, dass die Parkgebühren massiv erhöht werden müssen, damit diese einen Lenkungseffekt haben. Dafür müsste man aber auch den Benzinpreis massiv erhöhen. Irgendwo gibt es noch einen Markt, selbst beim Parkieren. Peter Stofer hat die Preise von grossen Städten genannt. Es wurde schon kritisiert als man von Fr. 1.50 auf Fr. 2.00 erhöht hat, dass man sich schon fast dem Niveau der Stadt Luzern angepasst hat. Der Stadtrat ist hier realistisch. Es wurde nun nach neun Jahren erhöht. Für die nächste Erhöhung dauert es dann vielleicht nochmals neun Jahre. Dann kann der Stadtrat wieder mit einem Antrag kommen, um den Handlungsspielraum zu vergrössern. Dann weiss man auch, worüber man abstimmt.

Räto Camenisch stellt fest, dass die Erbsenzähler wieder Saison haben. Jetzt wurden die Parkgebühren erhöht, worüber weite Kreise in Kriens wütend sind. Wenn man nun die Range erhöht heisst das, dass man ein paar Monate wartet und die Gebühren sukzessive erhöht. Die Uhren sind schnell nachgestellt. Man muss jetzt stopp sagen, die Ausbeute muss weg. Vor allem sollen nicht Beispiele von anderen Städten genannt werden, denn dies sind schlechte Beispiele. Diese haben und wollen keine Parkplätze. Darum hat Kriens auch nicht mit Luzern fusioniert, gerade weil man solche Auswüchse nicht haben möchte. Welches sind die sogenannten Verkehrsexperten? Hier werden einfach irgendwelche Experten in den Raum gestellt. Er möchte wissen, wer wann was gesagt hat, dann kann er vielleicht etwas glauben. Matthias Senn hat schon Recht. Ob die Gebühren bei Fr. 2.00 oder Fr. 2.50 liegen hat mit Lenkung nichts zu tun, sondern nur mit „Leute wütend machen“.

Peter Stofer dankt Rätö Camenisch für den Steilpass. Einerseits erwähnt er Zürich und die hohen Gebührenansätze. Wenn er schaut, wie es der Zürcher Wirtschaft geht, dann helfen diese Fr. 3.00 ja offensichtlich. Weiter möchte er wissen, wer was gesagt hat. Der Sprechende zitierte aus der Studie „Effizienz und Effektivität von verkehrslenkenden Massnahmen“ von Interface. Das ist ein renommier-tes Büro in der Stadt Luzern, mit welchem Kriens gearbeitet hat. Die Studie wurde am 5. September 2012 veröffentlicht. Das ist also bereits wieder ein paar Jahre her. Heute wäre der Schluss wahr-scheinlich, dass die Gebühren bei Fr. 5.00 liegen müssen.

Rätö Camenisch dankt auch für den Steilpass. Wenn man die Wirtschaftsleistung von Zürich mit Kriens vergleicht, müssten die Gebühren gesenkt werden. Das ist überhaupt keine Kongruenz, das hat nichts damit zu tun. Es geht um die Haltung der Politik gegenüber dem Stimmbürger und Steuerzahler. Dafür ist Kriens selbstständig geblieben und hat sich nicht einer grossen Stadt angeschlossen, welche ganz andere Perspektiven hat.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag Grüne/GLP (Gebühr mind. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00)

Mit 15:11 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Bienz, Viktor	StR: gemäss Antrag
Büchi, Cla	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Burkhardt-Künzler, Anita	StR: gemäss Antrag
Camenisch, Rätö	StR: gemäss Antrag
Ercolani, Enrico	StR: gemäss Antrag
Erni, Roger	StR: gemäss Antrag
Fluder, Hans	StR: gemäss Antrag
Gisler, Kurt	StR: gemäss Antrag
Gomer-Beacco, Bettina	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Graf, Alfons	StR: gemäss Antrag
Hunziker, Manuel	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Kobi, Tomas	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Lammer, Thomas	StR: gemäss Antrag
Mathis-Wicki, Judith	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Niederberger, Raoul	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Nyfeler, Nicole	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Portmann, Michael	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Purtschert, Bruno	StR: gemäss Antrag
Rösch, Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz, Erwin	StR: gemäss Antrag
Spörri, Raphael	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Stofer, Peter	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Tanner, Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin, Erich	Grüne: min. Fr. 1.00, max. Fr. 4.00
Vonesch, Andreas	StR: gemäss Antrag
Zellweger, Martin	StR: gemäss Antrag

Antrag Stadtrat zu Art. 9 Abs. 1 - Gebührenpflicht

Der Stadtrat beantragt laut Matthias Senn entgegen dem Entscheid des Einwohnerrates in 1. Lesung den Art. 9 Abs. 1 wie folgt zu ändern:

...Die ersten 15 Minuten der Benützung sind gebührenfrei...

Die Begründung hat der Stadtrat in der Würdigung dargelegt. Es wurde gewünscht, dass abgeschätzt wird, wie hoch der Einnahmefall ist. Es ist natürlich nicht ganz einfach dies zu berechnen. Der Stadtrat war der Meinung, dass Fr. 50'000.00 doch ein sehr grosser Betrag ist, welcher an einem an-

deren Ort wieder kompensiert werden muss. Deshalb plädiert der Stadtrat dafür, dass man dies wieder auf 15 Minuten ändert.

Enrico Ercolani hat es in seinem Votum bereits gesagt. Die Begründung des Stadtrates, dass wegen den Parkzeiten die Parkplätze länger belegt werden, ist ein absoluter Witz. Es bleibt niemand länger auf einem Parkplatz, als dass dieser unbedingt muss. Man geht einkaufen, kommt mit der Ware zurück und fährt wieder weg. Es ist aber sicher so, dass die Geschäfte im Zentrum davon betroffen sind. Diese sind froh, wenn sie ihre Kunden bedienen können und der Kunde ist froh, wenn er rasch hinfahren, hineingehen und wieder wegfahren kann. 30 Minuten wäre eine ideale Zeit. Der Sprechende ist ab und zu in Horw unterwegs und in dieser Zeit kann man einiges erledigen, wozu 15 Minuten nicht reichen. Die Begründung mit den Finanzen ist Wahnsinn. Dass eine Gemeinde wie Kriens mit bald 30'000 Einwohnern auf scheinbar Fr. 50'000.00 Parkplatzgebühren angewiesen ist. Der Autofahrer wird abgezockt und nur dieser muss für diese Fr. 50'000.00 geradestehen, obwohl alle anderen Bürger von diesen Parkplätzen ebenfalls profitieren. Denn die Geschäfte machen dadurch mehr Umsatz und zahlen mehr Steuern. Rund um Kriens ist das in X-Gemeinden absolut Usus. Man soll für die Bürger ein Beispiel sein. Der Einwohnerrat ist dazu da, dass es den Bürgern möglichst gut geht. Das ist ein Zeichen dafür.

Gemäss Erich Tschümperlin hat man gehört, wie arm die Autofahrer sind und diese abgezockt werden. Er möchte nun noch eine andere Sicht hineinbringen. Je mehr Umsatz man auf den Parkplätzen hat, desto besser ist dies für die Geschäfte. Je kürzer die Autos dort stehen, desto mehr Kunden können in die Geschäfte. Unter diesem Aspekt sind 15 Minuten nicht einfach ein Hirngespinnst und falsch. Wo der genaue Weg liegt, wird man nie herausfinden. Das scheint fast schon eine religiöse Frage zu sein. Er fängt nun mit den Fr. 50'000.00 und den Erbsenzählern an. Erich Tschümperlin ist auf die nächste Budgetdiskussion gespannt, bei der der Einwohnerrat wieder über Fr. 5'000.00 streitet und einander die Köpfe einschlägt. Bei den Grünen heisst es, dass sie das Geld zum Fenster hinauswerfen, wenn sie Fr. 5'000.00 für Pro-Infirmitas-Unterlagen für junge Eltern etc. möchten. Nun sind Fr. 50'000.00 nichts. Er gibt Recht, dass es bei einem Budget von 180 Mio. Franken nicht viel ist, aber Kleinvieh macht auch Mist. Man muss auch hier schauen. Er sieht keine Abzocke. Wenn Parkplätze erstellt werden, dann wird dafür öffentlicher Grund besetzt und genutzt. Zweitens muss der öffentliche Grund bewirtschaftet werden. Parkplätze müssen erstellt und repariert werden. Dafür hat die Gemeinde Kriens Kosten. Warum diese gratis zur Verfügung gestellt werden sollen, leuchtet dem Sprechenden nicht ein. Daher findet keine Abzocke statt. Darum findet der Sprechende den Vorschlag des Stadtrates unterstützungswürdig. Man muss nicht immer auf die Tränendrüsen der Autofahrer drücken. Es gibt auch noch andere Möglichkeiten sich fortzubewegen oder andere Parkhäuser im Zentrum, welche benutzt werden können. Es gibt keinen Notstand an Parkplätzen.

Räto Camenisch geht es nicht um den Franken, welcher eingespart wird. Es geht darum, dass man auch dem Bürger und den Geschäften einen gewissen Service bietet. Das wurde bereits deutlich gesagt. Es ist kleinlich, wenn man nur für 15 Minuten gratis parkieren kann, denn so kann man gleich wieder gehen. Mit 15 Minuten kann man in der Migros nichts holen, denn so lange wartet man ja nur schon an der Kasse. Das ist kein Service und ist einfach falsch. Man möchte ein „Friendly“-Kriens, wo man sich wohlfühlt und man nicht das Gefühl hat, man wird mit Tafeln und allem möglichen terrorisiert. Das ist eine kleine Geste. Nun kommt er noch zum Geld. Ob Fr. 50'000.00 stimmen, weiss er nicht, da es sich um eine Annahme handelt. Für ihn ist das 1/16 des Perrondaches. Für ein Perrondach, welches überhaupt nicht nötig war, gibt man Fr. 800'000.00 aus. Wenn dies in 2-3 Jahren steht, kümmert es keinen mehr. Mit diesem Geld könnte man 16 Jahre lang diese Parkplätze finanzieren. So sieht man das Missverhältnis hier im Einwohnerrat. Wenn man in dieser Art und Weise weiter macht, verlieren die Leute den Glauben in die Politik.

Bettina Gomer-Beacco gibt der Aussage zum Perrondach völlig Recht. Leider war sie bei dieser Abstimmung noch nicht im Einwohnerrat. Sie findet dies auch verrückt, aber sie fragt sich, was dies für Kunden sind, welche sich von ein wenig Gebühren abschrecken lassen. Wenn sie von einem Dienstleister überzeugt ist, geht sie dort hin, sogar wenn es Fr. 4.00 kostet. Dann interessiert es sie nicht was Horw hat. Man kann es auch anders rum sehen. Die 15 Minuten sind einfach geschenkt, weil man diese nicht bezahlen muss. In diesem Sinne soll man es bei 15 Minuten belassen.

Abstimmung Antrag ER 1. Lesung (30 Min.), gegenüber Antrag Stadtrat (15 Min.)

Mit 13:13 Stimmen herrscht Stimmengleichheit.

Bienz, Viktor	ER 1. Lesung: 30 Min.
Büchi, Cla	StR: 15 Min.
Burkhardt-Künzler, Anita	ER 1. Lesung: 30 Min.
Camenisch, Räto	ER 1. Lesung: 30 Min.
Ercolani, Enrico	ER 1. Lesung: 30 Min.
Erni, Roger	ER 1. Lesung: 30 Min.
Fluder, Hans	ER 1. Lesung: 30 Min.
Gisler, Kurt	ER 1. Lesung: 30 Min.
Gomer-Beacco, Bettina	StR: 15 Min.
Graf, Alfons	ER 1. Lesung: 30 Min.
Hunziker, Manuel	StR: 15 Min.
Kobi, Tomas	StR: 15 Min.
Lammer, Thomas	ER 1. Lesung: 30 Min.
Mathis-Wicki, Judith	StR: 15 Min.
Niederberger, Raoul	StR: 15 Min.
Nyfeler, Nicole	StR: 15 Min.
Portmann, Michael	StR: 15 Min.
Purtschert, Bruno	StR: 15 Min.
Rösch, Daniel	ER 1. Lesung: 30 Min.
Schwarz, Erwin	ER 1. Lesung: 30 Min.
Spörri, Raphael	StR: 15 Min.
Stofer, Peter	StR: 15 Min.
Tanner, Beat	ER 1. Lesung: 30 Min.
Tschümperlin, Erich	StR: 15 Min.
Vonesch, Andreas	StR: 15 Min.
Zellweger, Martin	ER 1. Lesung: 30 Min.

Abstimmung Antrag ER 1. Lesung (30 Min.), gegenüber Antrag Stadtrat (15 Min.)

Mit 13:12 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Bienz, Viktor	ER 1. Lesung: 30 Min.
Büchi, Cla	StR: 15 Min.
Burkhardt-Künzler, Anita	Enthaltung
Camenisch, Räto	ER 1. Lesung: 30 Min.
Ercolani, Enrico	ER 1. Lesung: 30 Min.
Erni, Roger	ER 1. Lesung: 30 Min.
Fluder, Hans	ER 1. Lesung: 30 Min.
Gisler, Kurt	ER 1. Lesung: 30 Min.
Gomer-Beacco, Bettina	StR: 15 Min.
Graf, Alfons	ER 1. Lesung: 30 Min.
Hunziker, Manuel	StR: 15 Min.
Kobi, Tomas	StR: 15 Min.
Lammer, Thomas	ER 1. Lesung: 30 Min.
Mathis-Wicki, Judith	StR: 15 Min.
Niederberger, Raoul	StR: 15 Min.
Nyfeler, Nicole	StR: 15 Min.
Portmann, Michael	StR: 15 Min.

Purtschert, Bruno	StR: 15 Min.
Rösch, Daniel	ER 1. Lesung: 30 Min.
Schwarz, Erwin	ER 1. Lesung: 30 Min.
Spörri, Raphael	StR: 15 Min.
Stofer, Peter	StR: 15 Min.
Tanner, Beat	ER 1. Lesung: 30 Min.
Tschümperlin, Erich	StR: 15 Min.
Vonesch, Andreas	StR: 15 Min.
Zellweger, Martin	ER 1. Lesung: 30 Min.

Antrag FDP zu Art. 9 Abs. 1 - Gebührenpflicht

Enrico Ercolani möchte im Namen der FDP-Fraktion einen Antrag stellen. Im Art. 9 Abs. 1 sind sämtliche Parkplätze der Gemeinde Kriens genannt. Damit der Geldschmerz vermindert werden kann, möchte er zu Gunsten von sämtlichen Geschäften in Kriens folgende Änderung:

Die ersten 30 Minuten der Benützung für Personenwagen sind im Kernzentrum gebührenfrei (Definition Kernzentrum: Fenkernstrasse, Quellenstrasse, Schachenstrasse, Gallusstrasse, Kirchrainweg, Stadthaus/Zentrum Pilatus und Friedhof Anderallmend)

Raoul Niederberger opponiert im Namen der Grüne/GLP-Fraktion. Das sind die meisten Parkplätze, welche sich auf öffentlichem Grund befinden und bewirtschaftet werden. Wenn sie vorher schon für 15 Minuten gekämpft hat, kämpft sie auch auf diesem Gebiet für 15 Minuten.

Erich Tschümperlin meint, dass man gerade eine Abstimmung hatte. Das Ergebnis passt verständlicherweise nicht allen. Vorher gab es ein Abstimmungsergebnis, welches ihnen nicht passte. Dass man nun versucht diese Abstimmung auszuhebeln, indem man versucht einen komplizierten Kreis mit gewissen Strassen zu machen, ist fragwürdig.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag FDP (30 Min. Stadtzentrum)

Mit 14:12 Stimmen wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Bienz, Viktor	FDP: 30 Minuten Kernzentrum
Büchi, Cla	StR: gemäss Antrag
Burkhardt-Künzler, Anita	StR: gemäss Antrag
Camenisch, Rätö	FDP: 30 Minuten Kernzentrum
Ercolani, Enrico	FDP: 30 Minuten Kernzentrum
Erni, Roger	FDP: 30 Minuten Kernzentrum
Fluder, Hans	FDP: 30 Minuten Kernzentrum
Gisler, Kurt	FDP: 30 Minuten Kernzentrum
Gomer-Beacco, Bettina	StR: gemäss Antrag
Graf, Alfons	FDP: 30 Minuten Kernzentrum
Hunziker, Manuel	StR: gemäss Antrag
Kobi, Tomas	StR: gemäss Antrag
Lammer, Thomas	FDP: 30 Minuten Kernzentrum
Mathis-Wicki, Judith	StR: gemäss Antrag
Niederberger, Raoul	StR: gemäss Antrag
Nyfeler, Nicole	StR: gemäss Antrag
Portmann, Michael	StR: gemäss Antrag
Purtschert, Bruno	StR: gemäss Antrag
Rösch, Daniel	FDP: 30 Minuten Kernzentrum
Schwarz, Erwin	FDP: 30 Minuten Kernzentrum
Spörri, Raphael	StR: gemäss Antrag
Stofer, Peter	StR: gemäss Antrag
Tanner, Beat	FDP: 30 Minuten Kernzentrum

Tschümperlin, Erich	StR: gemäss Antrag
Vonesch, Andreas	StR: gemäss Antrag
Zellweger, Martin	FDP: 30 Minuten Kernzentrum

Liste Parkkartenzonen Kriens

Viktor Bienz meint, dass die nichtbewirtschafteten Parkplätze nicht vollständig aufgeführt sind. Beispielsweise fehlt der Oberstudenhof und Schachenwald. Wird das noch ergänzt? Aufgrund der Frage in der KBVU erwartete er, dass heute eine vollständige Liste vorgelegt wird.

Gemäss Matthias Senn wurde der Fehler aufgrund der Bemerkung in der KBVU bemerkt. Dies wird nun korrigiert, aber es war nicht die Meinung dies auf diese Sitzung neu zu verteilen. Das wird dann im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Reglementes korrekt aufgeschaltet.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Teilrevision des Reglements über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund wird festgesetzt.*
2. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 143/18:

Der Beschlussestext wird mit 22:2 Stimmen bei zwei Enthaltungen genehmigt.

Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	Enthaltung
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	Enthaltung
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	ja

**8. Bericht und Antrag: Gesamtprojekt „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“, Zusatzkredit 2
Nr. 216/19**

Yvette Estermann begrüsst als Sachverständige Franz Bucher, Bruno Weishaupt und Daniel Hofmeister.

Gemäss Martin Zellweger diskutierte die KFG beim Bericht und Antrag Gesamtprojekt „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“, Zusatzkredit 2 wie auch beim nächsten Traktandum Bauprojekt Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld, Zusatzkredit über zwei Themen: Zum einen werden für beide Projekte erneut Zusatzkredite beantragt, nachdem bereits Zusatzkredite vom Stadtrat selber oder vom Einwohnerrat bewilligt wurden. Diese Entwicklung wurde von keiner Fraktion goutiert. Zum anderen wurden Leistungen bezogen oder bezahlt, für welche der Stadtrat die Kompetenzen nicht hatte, da keine Bewilligung des Einwohnerrates vorliegt. Dass der Stadtrat jetzt dem Einwohnerrat Kredite vorlegt, für die die Ausgaben bereits getätigt wurden, darf schlichtweg nicht sein. Sämtliche Ausführungen und Begründungen für die Anträge deuten auf massive Mängel in der Planung, im Controlling und im Reporting System der Stadtverwaltung hin, hier im Speziellen bei der Umsetzung von Projekten. Es scheinen einfachste Regeln der Governance missachtet zu werden, wie beispielsweise die Doppelunterschrift bei der Bewilligung von Ausgaben in Projekten. Dies deutet somit auf klare Mängel im Führungssystem innerhalb der Stadt Kriens hin. Mit diesen Anträgen sieht man zwei Projekte bei denen die Ungereimtheiten aufgedeckt wurden. Man kann ja zum heutigen Zeitpunkt auch nicht mit absoluter Sicherheit feststellen, ob nicht auch andere Projekte, laufende oder vergangene, davon betroffen sind. Die KFG hat in der Vergangenheit den Stadtrat regelmässig auf die mangelhafte Berichterstattung bei Abrechnungen hingewiesen, ohne dass dies tatsächlich auch Wirkung gezeigt hat. Den Schlamassel hat man jetzt, damit muss endgültig Schluss sein. Als einwohnerrätliche Aufsichtskommission der Stadt Kriens sieht die KFG es als ihre Aufgabe sicherzustellen, dass die Vorfälle genau analysiert, transparent dargestellt und der auslösende Zustand kurzfristig korrigiert wird, um zukünftige Fehler zu vermeiden. Der Stadtrat schlägt selber eine externe Analyse des Bauprojekts und seiner Prozesse vor. Die KFG wünscht jedoch eine unabhängige und nicht durch den Stadtrat beauftragte Analyse, um Transparenz und Glaubwürdigkeit gegenüber der Öffentlichkeit zu schaffen. Aus diesem Grund beantragt die KFG den Einsatz einer Parlamentarischen Untersuchung, nämlich dem politischen Mittel, welches in der Gemeindeordnung genau zu diesem Zweck erschaffen wurde. Der Sprechende möchte nicht die Diskussion der Fraktionen in der Kommission wiedergeben, wieso ein grosses Unverständnis für die zusätzlich benötigten Kredite, wie auch für die unbewilligte Kreditüberschreitung vorherrschte. Dies werden die Fraktionen im Anschluss selber darstellen. Es bleibt festzuhalten, dass zwar sämtliche Fraktionen auf den Bericht und Antrag eingetreten sind, der Beschlusstext und somit der Antrag auf die Zusatz- und Nachtragskredite wird einstimmig abgelehnt. Der Stadtrat hat eine nicht bewilligte Kreditüberschreitung vorgenommen und dies kann die Kommission nicht genehmigen. Sollten tatsächlich zwingend und dringend notwendige Investitionen anstehen, welche nicht verschoben werden können, beispielsweise das Funknetz für die Blaulichtorganisation, so kann so etwas, aber ausschliesslich so etwas, vom Stadtrat in eigener Kompetenz gesprochen werden. Der Beantragung einer parlamentarischen Untersuchung wurde mit 7:1 Stimmen zugestimmt. Dass dabei beide Zusatz- und Nachtragskredite, also auch das nächste Traktandum zum Sportzentrum Kleinfeld, in die Untersuchung einfließen sollen, dem wurde beim nächsten Traktandum einstimmig zugestimmt. Man darf sich nicht von dem grossen Wort „Parlamentarische Untersuchung“ missleiten. Die Bedeutung wie man sie auf Bundesebene in der Öffentlichkeit wahrnimmt, wird dem Zweck dieses Instrumentes in unserer Situation nicht gerecht. Man greift zu diesem dafür geschaffenen Mittel, um Transparenz und Klarheit in eine Angelegenheit zu bringen, um die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Darstellung der Resultate in der Öffentlichkeit sicherzustellen. Die KFG wünscht eine sachliche Analyse, welche unabhängig und lösungsorientiert vorgeht, um die Situation für die Zukunft klar darzustellen. Aufgrund der Geschäftsordnung des Einwohnerrates muss dieser Antrag traktandiert werden und dies 20 Tage vor der Sitzung. Der Antrag ist zwar eingereicht, kann aber aus diesem Grund nicht heute behandelt werden. Guido Solari hat dies festgehalten. Da es eigentlich im Sinne der KFG war, den Antrag mit dem vorliegenden Geschäft zu behandeln, möchte Martin Zellweger heute im Rahmen der Berichte eine Konsultativabstimmung für diesen Antrag machen.

Laut Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP-Fraktion, hat am 9. Februar 2014 die Krienser Stimmbevölkerung einen Kredit über 61.37 Mio. Franken für das neue Zentrum angenommen. In der Zwischenzeit sind vor allem Mehrkosten für das Projekt Schappe Süd und das Zentrum Pilatus entstanden. Der Stadtrat, bzw. der frühere Gemeinderat hat in seiner Kompetenz bereits mehrere Zusatzkredite im Gesamtbetrag von 1.127 Mio. Franken bewilligt. Am 26. April 2018 stimmte der Einwohnerrat nach eingehender Diskussion einem Zusatzkredit von weiteren 3.55 Mio. Franken zu. Somit erhöhte sich der Baukredit auf gute 66 Mio. Franken. Dies waren bereits plus 7,6 % mehr als der Ursprungskredit. Nun liegt ein Jahr später bereits der nächste Antrag für einen Zusatzkredit auf dem Tisch. Der Stadtrat beantragt diesmal 1.4 Mio. Franken. Das entspricht nun einem Baukredit von 67.447 Mio. Franken, einem Plus von insgesamt 6,077 Mio. Franken oder plus 9,9 % der ursprünglichen Bausumme. Die Sprechende kann sich gut an die Diskussion vor einem Jahr im Einwohnerrat erinnern. Die CVP/JCVP-Fraktion hat damals klar gefragt, ob der Stadtrat die Kosten nun im Griff hat und dass es der letzte Zusatzkredit ist, zu dem der Einwohnerrat ja sagt. Warum fiel niemandem auf, dass etliches in der Vergangenheit im Argen lag und Vieles nicht stimmen konnte? Auffallend an der neuen Forderung ist, dass 1.35 Mio. Franken bereits ausgelöst oder bezahlt worden sind, wohlverstanden ohne den notwendigen bewilligten Zusatzkredit. Dazu zitiert sie aus dem B+A: *„Bei den prognostizierten Mehrkosten von 1.35 Mio. Franken gemäss Kapitel 2.2 handelt es sich mehrheitlich um bereits angefallene und bezahlte Aufwände oder um bereits bestellte Leistungen. Steuerungsmassnahmen für eine Kostenreduktion können daher nicht mehr oder nur noch in beschränktem Ausmass ergriffen werden.“* Wieso ist niemandem etwas aufgefallen? Was für Kontrollmechanismen waren vorhanden? Warum haben sie nicht gegriffen? Der Vertrag mit dem TU muss absolut mangelhaft ausgearbeitet worden sein, dass nun Mehrkosten von Fr. 550'000.00 entstehen. Dass heute ein Gebäude WLAN-tauglich sein muss und ein Serverraum gekühlt werden muss, scheint jedem Laien klar zu sein. Wie so etwas im Vertrag vergessen werden konnte, ist schleierhaft. Die falsch berechnete Tragwerkkonstruktion scheint ebenfalls von einem schlechten Roman zu stammen. Für die CVP/JCVP-Fraktion scheint es wichtig zu sein, dass man eine übergeordnete Sichtweise einnimmt und sich nun nicht in Details verstrickt. Es stellt sich die grundlegende Frage, was seit Jahren falsch gelaufen ist, dass solch gravierende Fehler passieren konnten. Auffallend war sicher, dass sich die personelle Situation mit etlichen Kündigungen im Immobilienbereich im Laufe der Bauphase als äusserst schwierig darstellte. Muss man von Überforderungen von verantwortlichen Mitarbeitenden ausgehen? Ist auch dies wieder ein Indiz für eine zu schlanke Verwaltung? Es stellen sich grundsätzliche Fragen: Was passierte im Zeitraum der Planung, also vor 2013? Welche Planungs-Fehler wurden bereits dort gemacht und wer hat sie zu verantworten? Was passierte in Sachen Kontrolle und Baubegleitung im Zeitraum zwischen 2014 und Mitte 2018? Dies erscheint ihr umso wichtiger zu sein, um den jetzt verantwortlichen Stadtrat Franco Faé zu einem gewissen Grad entlasten zu können. Denn er war erst ab der zweiten Hälfte 2016, nach der Departementsreform, für die Immobilien zuständig. Um nun hoffentlich etwas Licht in die ganze Misere zu bringen, erwartet die CVP/JCVP-Fraktion eine entsprechende Untersuchung und schonungslose Offenlegung der ganzen Hintergründe und Abläufe. Leider wurde dies im B+A vergessen zu erwähnen. In welcher Art diese Untersuchung stattfinden wird, ob in Form einer PUK, wie von der KFG gefordert oder in Form einer neutralen externen Untersuchung, wird noch Gegenstand weiterer Diskussionen sein, die man nicht heute führen kann. Gegenüber der Krienser Bevölkerung hat man Verantwortung zu übernehmen und das Vertrauen, wenn überhaupt möglich wieder herzustellen. Dies verlangt nun auch eine sehr offene, transparente, proaktive und gute Kommunikation von Seiten des Stadtrates gegenüber dem Einwohnerrat und gegenüber der Bevölkerung von Kriens. Die CVP/JCVP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten, wird ihn aber einstimmig ablehnen.

Ohne jetzt noch etwas Überraschendes zu sagen, tritt die SVP-Fraktion gemäss Martin Zellweger auf den Bericht und Antrag des Stadtrats ein, aber lehnt den Antrag zur Legitimierung unbewilligter Ausgaben in Millionenhöhe ab. Zuerst mal ist die SVP-Fraktion über die erneut entstandenen Mehrkosten im Gesamtprojekt „Leben im Zentrum“ masslos enttäuscht. Weiter ist sie absolut schockiert über die Situation, dass in Kriens anscheinend Geld in Millionenhöhe ausgegeben werden kann, ohne eine Bewilligung dafür zu haben. Da fragt sie sich schon, was hier noch unter Kontrolle ist. Zunächst mal zu den Mehrkosten im Grundsatz. Die SVP-Fraktion hat bereits den Zusatzkredit für den Innenausbau im letzten Jahr abgelehnt. Dies weil sie die mangelhafte Planung, aber auch die absolut ungenügende

Rapportierung massiv kritisiert hat. Es zeigt sich jetzt, dass es falsch war, nicht noch weiter darauf zu insistieren eine transparentere Projektberichterstattung zu verlangen. Sie wird sich zukünftig nicht mehr einfach so wegdebattieren lassen. Der ursprüngliche Kredit für den Innenausbau alleine wurde mit 87 %, somit 2.9 Mio. Franken gegenüber 3.5 Mio. Franken, bereits in 2018 mit einem Zusatzkredit überschritten. Mit den jetzt zusätzlichen Fr. 500'000.00 wäre dies fast eine Verdoppelung des ursprünglichen Kredits, für dieses Teilprojekt also fast 100 %. In seiner Würdigung zum Antrag massiert sich der Stadtrat dann noch an, die Gesamtkostenabweichung von 9.8 % als positiv zu werten, dabei ist dem Sprechenden der folgende Satz aufgefallen: *„Falls alle heute bekannten Fakten zum Zeitpunkt der Kreditfreigabe bekannt gewesen wären, wäre der ursprüngliche Kredit in einer ähnlichen Grössenordnung ausgefallen.“* Ja aber hoffentlich. Aber dann wäre er ja vielleicht auch abgelehnt worden. Und so ist dies halt beim Planen; Man kennt nicht immer alle Fakten vorher und trotzdem muss man die Planung im Griff haben. Und dies scheint hier nicht der Fall zu sein. Weiter mag die SVP-Fraktion an dieser Stelle eigentlich gar nicht mehr über die einzelnen Mehrkosten diskutieren. Der Stadtrat schreibt ja selber in seinem Bericht, bei den prognostizierten Mehrkosten von 1,35 Mio. Franken handelt es sich mehrheitlich um bereits angefallene und bezahlte oder bestellte Leistungen. Wie kann es in einer Verwaltung möglich sein, dass umfangreiche Aufträge in dieser Höhe an externe Planer und Unternehmer vergeben und teilweise bezahlt werden, ohne dass dies bewilligt ist. Unvorstellbar. Da scheinen grundlegende Regeln der Governance missachtet worden sein. Der Stadtrat äussert sich zwar selbstkritisch zur Situation und übernimmt die Verantwortung erst mal. Den Sprechenden störte jedoch folgendes Zitat: *„Wir wollen nicht mit dem Finger auf jemanden zeigen, der Stadtrat übernimmt die Verantwortung solange das nicht abgeklärt ist“*. Diese Verantwortung kann man nicht delegieren und die wird man auch nicht los. Der Stadtrat hält im Bericht und auch im nachfolgenden Antrag richtig fest, dass Handlungsbedarf besteht und eine Analyse notwendig sein wird. Es mag sich auch um systemische Mängel handeln, wie er selber schreibt. Grundsätzlich wurden aber einfach grundlegende Controlling- und somit Führungsaufgaben nicht erfüllt. Störend empfindet die SVP-Fraktion die Aussage des Stadtrates, dass auf Stufe Projektleitung und Abteilungsleitung Massnahmen ergriffen werden, um ähnliche Fälle zu verhindern. Die Absicht zur Reue und Verbesserung in Ehren, aber bitte fangt nicht erst auf dieser Stufen an, bezieht die oberste Führung, nämlich den Stadtrat selber mit ein. *„Der Fisch beginnt meistens am Kopf an zu stinken.“* Also nicht zuerst auf die Abteilungen zeigen, sondern bei sich selber anfangen. Genau aus diesem Grunde kann man nicht erwarten, dass der Stadtrat den Auftrag zur Untersuchung der Situation selber spricht. Auch wenn die KFG freundlicherweise angefragt wird auch Fragen zu stellen. Hier braucht es eine unabhängige und sachliche Analyse der Situation. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion voll und ganz den Antrag der KFG zur Schaffung einer parlamentarischen Untersuchung. Es ist die wirksamste Chance das Vertrauen beim Einwohnerrat, und vor allem auch bei der Öffentlichkeit zurückzugewinnen. Wie gesagt, die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein, lehnt jedoch den Persilschein ab, erwartet aber die Aufarbeitung initiiert durch eine parlamentarische Untersuchung.

Der vorliegende B+A ist laut Beat Tanner der FDP-Fraktion sehr sauer aufgestossen und hat sie sehr enttäuscht. Bei der Planung des B+A hat der Einwohnerrat diverse Optimierungsvorstösse, vor allem wegen dem Pilatusaal behandelt, um möglichst Kosten für die Zentrumsprojekte in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Der Einwohnerrat war sichtlich bemüht die Kosten in einem verträglichen Mass zu halten, um diese Projekte umzusetzen. Die FDP-Fraktion hat an vorderster Front für das Projekt Leben im Zentrum geworben. Das Volk hat dieses Projekt erfreulicherweise gutgeheissen und dem Einwohnerrat sowie Stadtrat auch eine hohe Verantwortung übertragen. Die erste Etappe mit dem Feuerwehrgebäude und dem Werkhof konnte sehr gut und unter dem Budget abgeschlossen werden. Hingegen hat der Stadtrat dem Einwohnerrat am 26. April 2018 einen ersten Zusatzkredit zur Bewilligung vorgelegt. Die FDP-Fraktion war dabei schon sehr kritisch bis ablehnend und hat diesen nur bewilligt, weil der Stadtrat auf die dringliche Interpellation Tanner zu den Mehrkosten versichert hat, dass diese Mehrkosten in anderen Bereichen eingespart würden. Da die Antworten durch den Stadtrat nur mündlich erfolgten, sind diese Aussagen nur im Protokoll des Einwohnerrates nachvollziehbar. Wie das nun wirklich gemacht wurde, würde die FDP-Fraktion sehr interessieren. Dies kann heute sicher der Departementsvorsteher erläutern. Nun liegt schon wieder ein Antrag auf einen Zusatz- und einen Nachtragskredit auf. Der Stadtrat hat einen Kompetenzrahmen für freibestimbare Ausgaben, für welche er die

Ausgabenbewilligung in eigener Kompetenz erweitern kann. Diese wurde offenbar bereits ausgeschöpft. Nun kann es aber nicht sein, dass der Stadtrat Ausgaben tätigt oder Verpflichtungen eingeht, ohne dazu eine ordnungsgemässe Ausgabenbewilligung zu haben. Freibestimbare zusätzliche Ausgaben in dieser Höhe hätte der Einwohnerrat vor dem Eingang einer Verpflichtung beschliessen müssen. So hätte der Einwohnerrat auch eine Wahl gehabt, die Ausgaben zu genehmigen oder diese abzulehnen. Die FDP-Fraktion ist nicht bereit Ausgaben, welche zum Teil bereits getätigt oder eine Verpflichtung eingegangen wurde, im Nachhinein gutzuheissen und noch zu legitimieren. Das Controlling hat offenbar auf der ganzen Linie versagt. Hätte ein privates Unternehmen solche Mehrkosten ausgelöst, ohne die Zusage einer Bank für den Kredit, würde dieses wohl in den Konkurs gehen. Bei uns sollen nun die Steuerzahler für diese Mehrkosten aufkommen, ohne dass sie dazu gefragt werden. So geht das doch einfach nicht. So kann man mit Steuergeldern nicht umgehen. Kein Privater würde mit seinen eigenen Finanzen so umgehen, wie es hier passiert ist. Diese Kredite unterliegen dem fakultativen Referendum. Beat Tanner fragt sich, was die Abstimmung über diese Kredite für einen Sinn machen würden, wenn das Geld bereits ausgegeben wurde. Hätte der Stadtrat bei einem Referendum wirklich eine sinnlose Abstimmung durchgeführt? Aus Sicht der FDP-Fraktion handelt es sich hier um eine nicht bewilligte Ausgabe und eine nicht bewilligte Kreditüberschreitung, welche als solche auch ausgewiesen werden soll. Gemäss FHGG ist der Stadtrat verpflichtet, über die Beanspruchung der Sonder- und Zusatzkredite eine Kontrolle zu führen. In der Kontrolle werden der Stand der eingegangenen und der zur Vollendung des Vorhabens noch erforderlichen Verpflichtungen sowie die geleisteten Zahlungen ausgewiesen. Die FDP-Fraktion fragt sich, wie das passieren konnte. Ist ein IKS vorhanden? Sind die Abläufe bei den Immobiliendiensten dokumentiert? Wie funktioniert das Controlling? In welchen Abständen finden Controllinggespräche mit dem zuständigen Stadtrat statt? Was wurde protokolliert? Hat die Revision nie etwas bemängelt? Wieso werden Bestellungen nicht als Verpflichtung im Finanzinformationssystem erfasst? Sind Offerten und Bestellungen schriftlich vorhanden? Wann wurde der Gesamtstadtrat das erste mal in Kenntnis gesetzt? usw. Dass der Stadtrat nun einen Auftrag vergeben soll, um die Abläufe zu prüfen, wie das passieren konnte, ist sehr fragwürdig. Das gleicht doch fast einer Bananenrepublik, nur die Führungsspanne unter dem Stadtrat zu untersuchen. Es muss der ganze Prozess der Geschäftskette überprüft werden. Jede Handlung des Staates setzt eine gesetzliche Grundlage voraus. Weiter sind die Kompetenzen und Verantwortungen im Finanzhaushaltsgesetz für Gemeinden, der Verordnung und der Gemeindeordnung der Stadt Kriens festgesetzt. Es ist auch zu untersuchen, ob alle diese Vorgaben eingehalten wurden. Es besteht in der FDP-Fraktion keine einheitliche Meinung, ob für die Untersuchung eine PUK ins Leben gerufen wird, oder die Vorfälle auf eine andere Weise aufgearbeitet werden sollen. Was aber definitiv nicht sein kann ist, dass der Auftraggeber der Stadtrat sein soll. Die FDP-Fraktion lehnt den Zusatzkredit sowie den Nachtragskredit ab. Den Zusatzkredit, weil die Ausgaben bereits getätigt sind und die wirklich benötigten Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrats gemacht werden können. Den Nachtragskredit lehnt sie ab, weil die zusätzlichen Ausgaben innerhalb des Globalbudgets kompensiert werden sollen.

Gemäss Raphael Spörri nimmt die SP-Fraktion den vorliegenden B+A mit Schrecken und Kopfschütteln zur Kenntnis. Mit Schrecken da er für sie völlig überraschend und unerwartet kommt, wurde doch vor nicht allzu langer Zeit kommuniziert, dass die Kosten nach dem Zusatzkredit 1, nun auf gutem Weg sind. Es ist für den Stadtrat aber schlussendlich auch für den Einwohnerrat peinlich, dass so etwas passieren konnte. Und nach ihrer Meinung ist das Vertrauen der Bevölkerung verspielt. Wie konnte dies soweit kommen? Die SP-Fraktion stellt sich folgende Fragen: Was lief da schief? Hätte dieser Missstand verhindert werden können? Und das Wichtigste, was muss man daraus lernen? Scheinbar scheinen solche Fehler in der Krienser Verwaltung System zu haben. Der Sprechende verweist da auf Fehler bei den Modulbauten, Stadion Kleinfeld etc. Das darf nicht so weiter gehen. Fact ist, dass es aber nun mal so gekommen ist. Trotzdem ist es für die SP-Fraktion schwer nachvollziehbar. Ein Controlling scheint nicht existiert zu haben oder war zumindest fahrlässig in einer Person vereint. Für die Verwaltung scheint das Projekt „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“ schlicht eine Nummer zu gross gewesen zu sein. Ist nach ihrem Ermessen auch nicht verwunderlich, da seit Jahren genau diese Verwaltung auf dem Zahnfleisch läuft und schlichtweg dieser Aufgabe ressourcenmässig nicht gewachsen war. Zwar heisst mehr Personal nicht immer auch bessere Qualität. Aber die seit Jahren permanenten Unterbestände schlagen hier nun voll durch. Es bleiben Arbeiten liegen, Angestellte laufen davon oder

werden krank und dringend nötige Bereinigungen bleiben liegen. Besserung mit der Krienser Finanzstrategie scheint hier wohl länger auch nicht in Sicht. Um die oben genannten Fragen und Vermutungen korrekt zu klären und auch gegenüber dem Souverän transparent und ehrlich zu sein, wird sich die SP-Fraktion einer geforderten PUK nicht widersetzen und eine solche die von der KFG initiiert ist, unterstützen. Dabei erscheinen der SP-Fraktion folgende Gründe wichtig: Es ist ihr wichtig, dass jetzt schnell und über eine geeignete und offiziell eingesetzte PUK die Geschehnisse aufgeklärt werden. Mit einer PUK kann der Stadtrat verhindern, dass in der Bevölkerung der Vorwand von Vertuschung aufkommt. Sollte die PUK aufzeigen, dass aufgrund einer allzu schlanken Verwaltung und einer Überlastung dieser, Fehler passierten, wird die SP-Fraktion die nötigen Massnahmen fordern. Eine PUK kann auch zu Entlastung von Mitgliedern der Verwaltung und des Stadtrates führen und ist keineswegs nur anklagend. Eine PUK kann in der Bevölkerung das verlorene Vertrauen wieder zurückbringen. Eine PUK rechtfertigt sich für die SP-Fraktion vor allem, weil das Vertrauen extrem gelitten hat und man sich auf Aussagen vom Stadtrat nicht mehr verlassen kann. Es sind früher Untersuchungen und Berichte verfasst worden, wie beispielsweise zum Baudepartement oder Mediation und Begleitung bei der Lohndebatte des Stadtrates. Die SP-Fraktion hat nicht das Gefühl, dass sich grundlegend etwas verändert hat. Über vieles weiss man nichts Genaues und muss sich über Medienberichte ein eigenes Bild machen. Das ist keine Basis, auf dem eine konstruktive Zusammenarbeit und Vertrauen entsteht. Ältere Semester mögen sich erinnern, als eine PUK die Geschehnisse um den Bau Zunacher untersuchte. Da wurde als Erkenntnis einer Untersuchung beschlossen, für zukünftige grosse Projekte zwingend eine externe Controlling- oder Begleitstelle einzurichten. Leider hat man aus einer früheren Untersuchung nicht wirklich viel gelernt. Es ist nun eine transparente Aufklärung nötig, um erste Schritte zur Veränderung einzuleiten. Denn, und dies ist der wichtigste Punkt, kann nur eine Wiederholung verhindert werden, wenn man aus gemachten Fehlern lernt. Wie die KFG vorberaten hat, wird auch die SP-Fraktion den B+A ablehnen. Gleichzeitig ist es ihr wichtig zu betonen, dass erstens alle ausgeführten Arbeiten bezahlt werden und die Handwerker auch zu ihrem Lohn kommen und zweitens alle nötigen Arbeiten die noch anstehen und wirklich nötig sind, erledigt werden können. Darum stellt die SP-Fraktion folgende Fragen, die sie nachvollziehbar erläutert haben will. Was passiert bei einer Ablehnung des B+A? Können alle offenen Rechnungen und die Firmen bezahlt werden, so dass auch die Löhne sicher sind? Können die wichtigsten und wichtigsten Arbeiten noch ausgeführt werden, so dass das Stadthaus seiner Funktion gerecht werden kann? Wer entscheidet, was wichtig und weniger wichtig ist? Was passiert mit den freigewordenen Fr. 750'000.00, die zur Sanierung des alten Gemeindehauses vorgesehen waren? Verringert sich bei einem Baustopp der Zusatzkredit um diesen Betrag? Diese Fragen will die SP-Fraktion noch beantwortet haben. Die SP ist für Eintreten, wird den B+A aber ablehnen. Es ist aber der SP-Fraktion wichtig noch einmal dezidiert darauf hinzuweisen, dass das neue Stadthaus vom Volk mit klarem Mehr angenommen wurde, dieses bei der Bevölkerung auf grosse Akzeptanz stösst und man hier nicht über Stadthaus ja oder nein entscheidet, sondern Fehler, die gemacht wurden, beraten und daraus auch geeignete Schlüsse ziehen will.

Erich Tschümperlin, Grüne/GLP-Fraktion, führt aus, dass dieses Eintretensvotum für beide B+A's gilt, das heisst für den Nachtragskredit Zentrum, wie auch für denjenigen des Kleinfelds. Die Problematik und die Ursachen sind ihrer Ansicht nach dieselben und sie lehnt beide B+A's aus denselben Gründen ab. An dieser Stelle kann er hier nahtlos an seinem Votum zur Jahresrechnung 2018 vom 23. Mai 2019 anknüpfen. Auch damals hat er die zahlreichen und in der Summe grossen Nachtragskredite in Frage gestellt. Das Echo im Einwohnerrat war damals erstaunlich klein, obwohl Ausgaben sonst regelmässig zu hitzigen Diskussionen führen. Damals hätte der Sprechende nicht gedacht, dass das Thema Nachtragskredite so schnell wieder aufs Parkett kommt. Dass weitere Nachträge kommen würden, hat er aber befürchtet. Als erstes ein paar Worte zu den B+A's selber. Diese sind ungenügend und schlecht lesbar. Sie sind ähnlich verwirrend, wie die Kostenkontrolle der Projekte selbst. Erich Tschümperlin wird nicht auf alle Punkte eingehen, die der Grüne/GLP-Fraktion suspekt sind. Aber ein, zwei Beispiele erlaubt er sich an dieser Stelle um aufzuzeigen, was sie nicht akzeptieren kann. Beim B+A Kleinfeld wird die Kostenkontrolle in der Tabelle immer wieder neu dargestellt mit jeweils der letzten Spalte aus der vorherigen Tabelle. Das hört sich ziemlich genau so kompliziert an, wie es dargestellt ist. Die erste Kostenkontrolle auf Seite 2, Stand 28. September 2016, ist wohl eher das Budget. Das alles sieht eher nach Vernebelung aus, als nach Transparenz. Hätte man eine Tabelle mit allen Kostenkontrollen er-

stellt, dann könnte man schon etwas mehr herauslesen. Erich Tschümperlin nennt hier ein Beispiel: Auf Seite 2 sieht man bei der zweitletzten Position 421.7 Zaunarbeiten, dass dieser wohl zur Kosmetik gegenüber dem Budget um satte Fr. 460'000.00 reduziert wurde. Trotzdem ist die erste Prognose noch Fr. 400'000.00 über Budget. Bei den folgenden Kostenkontrollen sieht man dann, dass diese Kürzung nicht seriös war und weit über Fr. 200'000.00 bei dieser Position wieder dazu kamen. Ohne diese Kosmetik wäre schon die erste Prognose der Kostenkontrolle massiv höher ausgefallen. Hinweise im B+A dazu fehlen, es wird auf die berechnete Prognose verwiesen. Man findet kein Wort dazu, wie Einsparungen von Fr. 460'000.00 begründet werden und wie sicher diese sind. Ferner wird auf Seite 6 im zweituntersten Abschnitt folgende summarische Bemerkung gemacht: *„Zusammen mit dem Bauprojekt Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld wurden gleichzeitig teilweise weitere Kleinprojekte realisiert und befinden sich teilweise noch in der Abschlussphase. Diese Projekte waren Bestandteil des Bauprojekts oder wurden mit separaten Bauprojekten finanziert.“* Hier fehlt der Grüne/GLP-Fraktion eine klare Aussage, weshalb diese Projekte vergessen gingen und mit Nachtragskrediten finanziert wurden. Der Einwohnerrat hat mit dem B+A Nr. 006/2016 ein Projekt bewilligt und das nötige Geld gesprochen. Dass mit Nachtragskrediten noch verschiedene Projekte bewilligt wurden, betrachtet die Grüne/GLP-Fraktion als eine Umgehung des Einwohnerrates. Wenn schon, hätte der Stadtrat diese Projekt ordentlich budgetieren und dem Einwohnerrat vorlegen müssen. So wie es Beat Tanner bereits sagte. Wie kann man bei kommenden Projekten sicher sein, was sie kosten, wenn nachher noch „nötige“ oder „wichtige“ Sachen per Nachtrag dazu kommen? So wird das Investitionsbudget wertlos und der Einwohnerrat kann sich bei der Budgetierung auch nicht auf die B+A's verlassen. Ähnliche Beispiele finden sich auch beim B+A Zentrum. Aber dies alles zu untersuchen und klar darzulegen sprengt die Möglichkeiten als Milizparlamentarier bei weitem. Dies vermag man nicht zu leisten, da müssen Fachleute ran und dies untersuchen, da braucht es eine PUK. Erich Tschümperlin möchte hier ein paar konkrete Fragen stellen, auf die er gerne eine Antwort hätte. Mit dem ersten Nachtragskredit für das Zentrum wurde versprochen, dass dies nun alles sei und nichts mehr kommt. Aber dann kommt es noch schlimmer: Nicht nur im Zentrum hat man die Kosten nicht im Griff, sondern auch beim Kleinfeld. Für beide Projekte wurden schon Nachträge im grossen Umfang bewilligt. Weshalb ist man nicht schon damals auf die fehlenden Verbuchungen gestossen? Wenn man schon merkt, dass das Geld versickert, dann muss man doch umso genauer hinschauen? Kann man sich sicher sein, dass das alles ist? Nein, kann man nicht. Man kennt die Ursachen nicht und im Bericht werden diese auch nicht geklärt. Man kann die Fehler auch nicht einer einzelnen Person zuschieben, das ist zu einfach. Selbst wenn eine Person Fehler gemacht hat, wie ist es möglich, dass dies jahrelang nicht bemerkt wird? Wurden noch andere Fehler nicht bemerkt? Die Grüne/GLP-Fraktion fragt sich auch, weshalb Geld ausgegeben wurde, obwohl Nachträge noch gar nicht bewilligt wurden? In den B+A's steht, dass einige Aufträge bereits ausgelöst wurden. Mit HRM2 ist dies doch gar nicht möglich. Wer hat hier seine Kompetenzen überschritten? Die Grüne/GLP-Fraktion will Antworten auf all die Fragen, die im Raum stehen und um diese zu bekommen braucht es eine PUK. Der Stadtrat hatte die Gelegenheit die Schwachstellen zu suchen und zu beheben. Spätestens bei den ersten Nachträgen zum Zentrum Pilatus haben die Alarmglocken geläutet. Bei den Nachträgen findet man auch externe Führungsunterstützung für Fr. 140'000.00. Das alles hat nichts genützt, heute muss der Einwohnerrat wieder über grosse Nachtragskredite diskutieren. Sie will wissen, wie diese Kostenüberschreitungen zustande gekommen sind: Wer hat die Gelder gesprochen? Wurden die Ausgabenkompetenzen eingehalten? Wurde HRM2 eingehalten? Sie will auch wissen, ob die Stadt Kriens nur ihre Verpflichtungen bezahlt hat oder auch solche des SC Kriens oder des Generalunternehmer. Weshalb wurde z.B. das Kassenhäuschen und dann noch dessen Verschönerung von der Stadt Kriens bezahlt? Es muss untersucht werden, ob es noch weitere Beispiele gibt. Dies gilt natürlich auch für das Zentrum. Gehört Handy Empfang im Gebäude zur Grundausstattung oder muss dies die Stadt extra bezahlen, um ein weiteres Beispiel zu nennen. Und wenn dies an der Stadt hängen bleibt, kann das nicht ordentlich ins nächste Budget aufgenommen werden? Oder muss dies unbedingt sofort ausgeführt werden? Er spricht hier nur vom Handyempfang und nicht von den Blaulicht-Organisationen. Weshalb wurde das Vorgehen im B+A Nr. 006/2016 „finanzielle Sicherung“ nicht gelebt und eingehalten? In ihrem Auftrag hat sich die Gemeinde Kriens verpflichtet, die Kosten einzuhalten. Und im B+A hat sie auch gleich noch eine Sicherung eingebaut, damit die Kosten eingehalten werden. Der Sprechende zitiert aus dem B+A: *„Die beiden Bauherren, die LUPK und die Gemeinde Kriens, haben eine finanzielle Sicherung eingebaut. Das heisst, bevor nicht mind. 2/3 der Baukosten mit verbindlichen Offerten abgesichert sind, erfolgt keine Projektfreigabe.“*

be. So kann sichergestellt werden, dass der Grossteil der Kosten auch abgesichert ist. Sollte sich zu diesem Zeitpunkt herausstellen, dass die Kosten nicht gesichert sind, dann sind gemäss dem Grundsatz „design to cost“ entsprechende Projektanpassungen vorzunehmen, bis die Kosten wieder im vereinbarten Rahmen sind. Weder die LUPK noch die Gemeinde Kriens sind bereit, zusätzliche Gelder ins Projekt zu investieren.“ Hier stellt sich die Frage, wie verbindlich ein B+A für den Stadtrat ist. Dieser Passus ist ein verbindlicher Teil des Auftrags, der Abmachung zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat und vom Gemeinderat selbst vorgeschlagen. Wenn der Stadtrat nicht einmal mehr genau weiss, was ursprünglich vereinbart wurde, wie kann man ihm dann vertrauen? Abmachungen sind einzuhalten und Abweichungen müssen begründet und kommuniziert werden. Anders geht es nicht. Aus all diesen Gründen wird die Grüne/GLP-Fraktion den B+A zurückweisen. Dieses Vorgehen kann man nicht mit einem Nachtragskredit legitimieren. Hier liegt viel zu viel im Nebel, so geht das nicht. Das wäre nicht seriös. Zusammengefasst stellt sie fest, dass sie den B+A ablehnt. Und sie will geklärt haben, wie es zu diesem Fiasko kommen konnte. Es braucht eine saubere Analyse und Überprüfung der Verantwortlichkeiten, der Prozesse und der Kompetenzen. So etwas kann man sich ganz einfach nicht leisten. Damit gefährdet man die Finanzen, aber auch seinen Ruf. Man muss ganz genau hinschauen, es braucht eine Analyse mit Fachleuten. Und danach braucht es in einem zweiten Schritt Massnahmen. Ohne Konsequenzen ist die Gefahr sehr gross, dass das wieder passiert. Wenn er denkt, dass weitere grosse Projekte am Laufen sind oder auf uns zukommen, er denkt da ans Kirchbühl, dann läuten bei ihm die Alarmglocken. Hier sind die Einwohnerratsmitglieder gefordert Klarheit zu schaffen und das Vertrauen der Bevölkerung wieder herzustellen. Das ist unsere Aufgabe, das erwarten die Bürgerinnen und Bürger.

Franco Faé meint, dass niemand hier im Saal zufrieden ist, auch nicht der Stadtrat. Er kann nachvollziehen, dass man teilweise Unverständnis für einen weiteren Zusatzkredit zeigt. Es ist sehr ärgerlich, nachdem vor einem Jahr bereits ein Nachtragskredit gestellt wurde und jetzt noch ein zweiter vorgelegt werden muss. Die Stadt war gemäss dem Totalunternehmer und dem Architekten bis Ende des Jahres immer auf Kurs, was in den Endkostenprognosen vorgelegt wurde. Interne Arbeiten in der Rechnungsführung des neuen Projektleiters in der Erarbeitung des Kostenreportings fürs 4. Quartal 2018 haben dann leider zur Erkenntnis geführt, dass relevante Kosten nicht in die Trendkostenprognose von Totalunternehmer und Architekt einfließen. Diese Sachen sind im B+A erwähnt und auch aufgeführt. Er möchte auch hier betonen, dass man es zu diesem Zeitpunkt gemacht hat, als man es machen konnte. Die ausstehenden Arbeiten wurden gestoppt, was überhaupt noch gestoppt werden konnte. Der eigentliche Betrag der nicht in der Endkostenprognose aufgeführt ist, für Arbeiten und Bestellungen die bereits ausgelöst sind, teilweise erledigt und noch bestellte Aufträge, beläuft sich auf Fr. 930'000.00. Ausgelöst wurden diese Aufträge, weil der Stadtrat immer davon ausging und vorgesetzt wurde, dass die Lampe noch grün leuchtet. Er möchte betonen, dass von diesen Fr. 750'000.00 welcher für die Sanierung des Gemeindehauses eingesetzt wurde, bisher Fr. 63'000.00 für die Planung der Sanierung und Vermietung ausgegeben wurde. Davon sind also rund 680'000.00 noch nicht ausgelöst. Zudem ist die Eventualverpflichtung des Schadens zur Berechnung des Tragwerkes noch nicht abgeschlossen, weil es juristisch geklärt werden muss. Dies wurde bisher immer als Versicherungsfall betrachtet, weshalb die rund Fr. 200'000.00 nie in die Endkostenprognose aufgenommen wurde. Zudem sind in diesem Zusatzkredit noch Fr. 270'000.00 enthalten, welche noch nicht ausgelöst wurden. Auch diese sind im B+A erwähnt. Dies aus dem Grund, weil man das Stadthaus in seiner Funktion fertigstellen möchte. Diese Positionen sind dafür nötig. Nun kommt er zu einzelnen Fragen und Bemerkungen. Über die Höhe der Summe hat er nun informiert, worüber der Stadtrat und teils die Projektleitung entschieden hat auszulösen. Nun zum Personalwechsel. Es ist so, dass es Personalwechsel gab. Das ist nicht abzustreiten. Der Projektleiter, welcher das Projekt begonnen hat, hat die Verwaltung letztes Jahr verlassen. Es gab einen Ressortleiter, dem es hier nicht gefallen hat. Seine Bedingungen konnten nicht erfüllt werden. Sonst gab es beim Personal in den Immobiliendiensten keine Veränderungen. Nun zur Transparenz und Kostenanzeige. Als dies festgestellt wurde, ist der Sprechende seiner Arbeit nachgekommen und hat in der Zentrumskommission und der KFG über den Stand informiert. Ob die ausgeführten, geleisteten Arbeiten hätten ausgeführt werden müssen, stellt er ausser Zweifel. Darin war die gesamte Projektleitung involviert. Es wurden keine unnötigen Ausgaben getätigt. Das Controlling hat seit Jahren auf Loyalität und Vertrauen in die Mitarbeitenden beruht. Es wird sich zeigen, ob dies zu

wenig war. Die Fragen zur Interpellation kann er wie folgt beantworten. Die Kompensationen 2019 haben das Budget 2019 betroffen. Die Vorgabe 2019 war eine schwarze Null zu erreichen. Damit haben alle Departemente und Abteilungen entsprechende Sparaufträge erhalten und mussten Kompensationen vornehmen. Nach dem ersten Entwurf des Budgets mussten rund 4.8 Mio. Franken eingespart werden. Der Gemeinderat hat jeder Abteilung vorgegeben, welche Korrektur beim Globalbudget vorgenommen werden muss. Aufgrund des Globalbudgets ist es Sache der einzelnen Departemente, wo die Einsparungen vorgenommen werden. Die Sparaufträge haben bei den Sachkosten und Einnahmen Berücksichtigung gefunden. Auch im Budget 2020 gilt genau dasselbe. Ab diesem Jahr fallen auch fürs Zentrum das erste Mal höhere Abschreibungen an. Auch ein höherer Sonderkredit, wie der vorliegende, führt zu höheren Abschreibungen. Fürs 2020 sollten die Vorgaben des Stadtrates gemäss der Finanzstrategie gelten, nämlich ein ausgeglichenes Budget und mindestens 100 % Selbstfinanzierung bzw. keine neuen Drittverschuldungen. Es wurde gefragt, ob man ein IKS hat. Ja, das hat man und wird auch gelebt. Dem Sprechenden ist klar, dass die Summen welche nicht bewilligt wurden, eine nicht bewilligte Kreditüberschreitung sein wird. Das was noch zusätzlich kommt, darüber muss der Stadtrat nach den Vorgaben des FHGG noch befinden. Den Vorwurf, dass versucht wird etwas zu vertuschen, weist der Sprechende zurück. Er glaubt, dass der Stadtrat sehr transparent war. Er gibt aber auch Recht, dass Verlass auf den Stadtrat und die Verwaltung sein muss. Es braucht Veränderungen, insbesondere im Finanzdepartement und der Immobilienabteilung. Das ist dem Stadtrat bewusst. Der Sprechende kommt nochmals zum Gemeindehaus. Dort sagte er, dass die Sanierung gestoppt wurde. Man muss aber auch damit rechnen, dass die Mieteinnahmen nicht wie gewollt eintreffen. Die Darstellung des B+A's für den Zusatzkredit des Zentrums wurde bemängelt. Der B+A des Zentrumskredits versuchte man analog zum letztjährigen zu machen. Dieser ist seiner Meinung nach übersichtlich. Den B+A fürs Kleinfeld müsste man zukünftig besser darstellen können. Weiter zur Bemerkung der Kleinprojekte. Hier verweist er aufs Protokoll der KFG. Es ist nicht so, dass der Stadtrat dies nicht wusste. Die Parkierung des Parkbades ergab sich aus den Verhandlungen mit der LUPK und den Mietern. Man musste eine Lösung suchen und man fand eine gute und nachhaltige Lösung. Das zeigen schon heute die vermehrten Einnahmen. Das wird sich langfristig bezahlt machen. Bei den Unterflursammelstellen ist es so, dass man 2017 und 2018 je eine erstellen wollte, nämlich im Oberrau und Kleinfeld. Weil es im 2017 im Oberrau nicht möglich war, hat man 2018 beide erstellt. Der Maschinen- und Materialraum war Sache des Vertrages mit der LUPK. Die eingeplanten Kosten von Fr. 100'000.00 übernimmt die LUPK. Genauso verhält es sich mit der Tartan-Bahn. Auch dies war eine Vertragsbedingung, dass die LUPK die vernichtete Bahn wieder neu erstellt. Ebenso die PV-Anlage auf dem Dach des Gebäudes war nicht Sache der Stadt. Die Stadt profitiert nun aber von günstigen Konditionen des Stromlieferanten. Das Kioskgebäude auf der Gegentribüne hat die Stadt Kriens mit einem Pauschalbetrag mitfinanziert. Diese brauchte jedoch Anpassungen und es gab Mehrkosten für den SCK wegen der Challenge League. Alle aufgeführten Investitionen wegen der Challenge League, werden durch den SCK, respektive Kleinfeld AG, getroffen. Das einzige Unschöne waren die aufgetauchten Altlasten. Auch dies wird man noch abrechnen müssen. Der Sprechende möchte gerne für die Erklärung der Kosten, welche nicht bewilligt wurden, das Wort an Bruno Weishaupt geben.

Bruno Weishaupt hat im letzten Herbst die Kostenrapporte analysiert. Eigentlich hat er sich darauf verlassen, was dort dargestellt wurde. Es gab auch keinen Grund, um irgendwie Vermutungen anzustellen, dass etwas nicht stimmt. Dies aus folgendem Grund: Wenn man das Verhältnis zwischen Kredit, Vertragswerk, Rechnungen, Zahlungsstand und den Prognosen anschaute, war man der Meinung, dass es plausibel ist. Es gab keine ausserordentlichen Abweichungen, die auf einen Fehler hinwiesen. Darum war es auch nicht einfach, dies zu erkennen. Der Sprechende hat dann das Kostenreporting über das Gesamtprojekt per Ende Jahr vorbereitet. Dort fiel ihm erstmals auf, dass bei einem Kostenrapport, vor allem beim Projekt Innenausbau, der Kostenrapport vom verantwortlichen Planer einen geringeren Zahlungsstand ausgewiesen hat, als das in der eigenen Buchhaltung der Fall war. Er hat die verantwortlichen Planer darauf angesprochen, was hier los ist. Kriens hat mehr bezahlt, als das die Planer in einem Kostenrapport ausweisen. Die Antwort war, nachdem er alle Belege mit dem Planer abgeglichen hat, dass er von vielen bezahlten Rechnungen gar keine Kenntnis hatte und so auch nicht in seinen Kostenrapporten nachweisen konnte. Das hat natürlich Konsequenzen auf die Prognosenstellung, welche damit verbunden war. Beim Eichenspes, Feuerwehr, Werkhof und Freizeitanlagen

stimmten die Kostenrapporte, weil diese schon praktisch abgerechnet waren. Dort gab es keine weiteren Abweichungen. Auch beim Schappe Kulturquadrat, als der Nachtragskredit beantragt wurde, wurden diese Kosten transparent erfasst und sauber dargestellt. Aber nachdem er die Verunsicherung beim Projekt Innenausbau hatte, hat er auch das Projekt Grundausbau angeschaut. Er hat den TU-Vertrag analysiert. Auch dort gab es keine Anzeichen, dass irgendwelche Abweichungen da sind. Nur durch seine Verunsicherung ging er dort in die Details hinein und musste ebenfalls feststellen, dass der TU-Vertrag absolut korrekt erstellt wurde. Darin wird klar dargestellt, welche Leistungen der TU zu erbringen hat, zu welchen Bedingungen und zu welchen Kosten. Wenn man den TU-Vertrag mit dem Gebauten und den in Rechnung gestellten Arbeiten vergleicht, wurde absolut korrekt verbucht und erfasst. Nur sind auch dort Rechnungen für Leistungen erstellt worden, welche gar nie im TU-Vertrag enthalten waren. Dazu hatte der TU auch gar keine Verpflichtung diese Arbeiten zu erbringen. Das waren zusätzliche Leistungen, welche zu einem viel früheren Zeitpunkt bestellt, erbracht und bezahlt wurden. Der TU hat das Anrecht auf den Betrag, welcher im Vertrag fixiert wurde. Mitte Mai ist die Prognose des TU eingetroffen. Die Forderungen laufen genau in die Richtung, wie sie im TU-Vertrag festgehalten wurden. Bereits liegt die provisorische Bauabrechnung fürs Kulturquadrat Schappe vor. Dies entspricht der dargestellten Prognose. Die provisorische Bauabrechnung für den Innenausbau liegt auch schon vor. Gestern fand gerade eine Sitzung mit den Planern statt. Es zeigt sich, dass das was dargestellt ist, sich bewahrheitet und die Kosten auch so abgeschlossen werden können. Es ist so, dass man sich auf das Vertrauen in die zuständigen Projektleiter abstützt. Die Informationen müssen fach- und zeitgerecht kommen. Diese müssen eben auch in die entsprechenden Prognosen einfließen. Wenn dies nicht stimmt, hat man nur kleine Elemente um festzustellen, ob es stimmt. Stimmt das Verhältnis zwischen Kredit, Vertrag, Zahlung und Prognose einigermaßen, ist es schwierig. Wenn man dort sieht das der Vertrag mit 22.3 Mio. Franken für den TU ist und Anfangs 2018 ausgewiesene Zahlungen von 15 Mio. Franken vorhanden sind, hat man keine Anhaltspunkte, dass es nicht stimmen kann. Diese Situation führt leider dazu, dass man anfangs Jahr feststellen musste, dass viele fehlende Informationen abgegeben wurden.

Franco Faé möchte nochmals festhalten, dass die getätigten Investitionen wichtig und notwendig waren. Das zeigt sich auch heute nach der Eröffnung. Die Verwaltung ist schon bald ein halbes Jahr hier in Betrieb. Beim Tag der offenen Tür durfte man feststellen, dass der Bevölkerung gefällt, was gemacht wurde. Es gilt nicht etwas schön zu reden. Die Teilprojekte waren eine Herausforderung. Es gab Neubauten, Sanierungen und Erweiterungen. Trotzdem erlaubt er sich auch zu sagen, dass seit dem Kredit für dieses Projekt, also 2013, bis heute 6 Jahre vergangen sind. Das was im B+A festgehalten wurde, so konnten die +/- 10 % eingehalten werden. Es gibt durchaus weit tragischere Geschichten als das. Dem Sprechenden wäre es auch lieber, man hätte um 6 Mio. Franken tiefer abgeschlossen. Die Analyse in der zuständigen Abteilung wird vorgenommen. Die KFG und Zentrumskommission werden wieder informiert, wie der Stand ist. Es ist klar, dass das Vertrauen in die Immobilienabteilung wieder hergestellt werden muss. Dies funktioniert nur mit Transparenz und Offenheit, was eigentlich heute schon gelebt wird. Aber es braucht noch mehr dazu.

Cyrill Wiget geht nun auf die interne Untersuchung und eine allfällige parlamentarische Untersuchung ein. Als der Stadtrat die beiden B+A's vorgelegt bekommen hat, ist dieser auch erschrocken. Er machte sich Gedanken, wie er damit umgehen will. Die B+A's sind inhaltlich schwer lesbar und verstehbar und entsprechen nicht ganz den Qualitätsansprüchen, wie man sonst hat. Trotzdem hat sich der Stadtrat dafür entschieden die B+A's zu verschicken, weil man der Meinung war, das Wissen der Überschreitungen nicht für sich zu behalten. Dem Stadtrat hätte man sonst Verzögerungstaktik vorgeworfen. Allenfalls wäre es dann im Rahmen der Bauabrechnung aufgetaucht, aber das fand er nicht richtig. Deshalb wurden die B+A's „unplugged“ zugestellt. Der zweite Gedanke war, dass das Ganze mit einer Untersuchung begleitet werden muss, weil inhaltlich kann dies so nicht stehen gelassen werden. Der Stadtrat kann alle verstehen, die ihre Enttäuschung zum Ausdruck gebracht haben. Der Stadtrat hat abgemacht eine solche Untersuchung zu machen und zwar umfassend. Es braucht wie Beat Tanner gesagt hat die gesamte Leaderkette. Es kann nicht sein, dass eine Stufe ausgenommen wird. Es ist vollkommen klar, wie Martin Zellweger sagte, dass die Verantwortung beim Stadtrat ist und

er diese nicht los wird. Es muss neutral sein. Der Stadtrat kann diese nur organisieren und nicht durchführen. Diesen Ansprüchen soll eine solche Untersuchung genügen. Der Stadtrat ist mit einer Person zusammengesessen, die noch kein Okay gab. Diese Person hat Verwaltungsrecht in seinem Portfolio, war politisch aktiv, aber kein aktuelles Mandat und hat selber ein Anwaltsbüro. Die Situation wurde dieser Person geschildert und der Stadtrat kann sich sehr gut vorstellen mit ihr in eine Untersuchung einzusteigen. Es geht nicht darum, dass die in Konkurrenz oder Doppelspurigkeit zur Möglichkeit der PUK laufen soll. Dies wurde bereits schon mit dem möglichen Auftragnehmer diskutiert. Man kann sich sehr gut vorstellen, dass man in einer allfälligen späteren Phase, wenn der Einwohnerrat der Meinung ist, dass dies nicht umfassend oder neutral genug ist, kann die Leistung der Untersuchung dem Parlament übergeben werden. Trotzdem möchte der Stadtrat diese starten. Man muss sich vorstellen, was jetzt passiert, wenn erst am 26. September 2019 überhaupt etwas in Richtung Untersuchung bestellt wird. Dann kann man Oktober und November die Auftragnehmer suchen. Und es gibt wahrscheinlich erst im Dezember oder Januar die ersten Resultate. Das ist weder für den Stadtrat, das Personal, noch für das Vertrauen gut. Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass es wichtig ist damit zu starten. Im Moment ist es halt ein Stückweit in einem bescheidenen Rahmen. Dafür steht ja auch kein grosser Kredit zur Verfügung. Der Einwohnerrat müsste dies im Rahmen eines Nachtragskredites budgetieren. Der Stadtrat hat bereits Vorstellungen, wie er das Ganze machen möchte. Sie stehen nun noch in der Diskussion. Am 26. September 2019 kann der Stadtrat dann das weitere Vorgehen vorstellen und was bisher passierte. Er hofft sehr, dass dies auch im Sinne des Parlamentes ist. Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass dies gemacht werden muss. Das ist absolut in Korporation mit dem Parlament angedacht.

Martin Zellweger geht es nur darum noch etwas richtig zu stellen. Die Aussage vorher war, dass die KFG und Zentrumskommission informiert und gesagt wurde, wie es steht. Das tönt so, wie die Kommission gewusst hätte, um was es geht. Die Kommission wurde lediglich informiert, dass im Juni Zusatzkredits-Geschäfte vorgelegt werden. Über weitere Details wurde nicht informiert. Dies möchte er zuhänden des Protokolls richtig stellen.

Franco Faé bestätigt dies. Er möchte kurz erläutern, weshalb nicht mehr gesagt werden konnte. Man war zu dieser Zeit noch nicht so weit mit dem B+A. Er hütet sich davor einer Kommission etwas zu erzählen, was nicht hinterlegt und vom Stadtrat abgesegnet wurde. Die Information, dass etwas kommt, wurde gemacht. Selbst der Immobilienabteilung war noch nicht alles im Detail bekannt, wie es heute vorliegt. Selbstverständlich können die Informationen noch verbessert werden. Daran wird gearbeitet.

Yvette Estermann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

B+A

Seite 6

Daniel Rösch hat eine konkrete Frage zur Nachrüstung Kühlung Serverraum. Bei einer Nachrüstung in der Höhe von Fr. 40'000.00 muss es sich ja um einen potenten Serverraum handeln. Zudem muss er ehrlich sagen, dass er sich dessen noch gar nicht bewusst war, dass es im Stadthaus einen Serverraum hat. Die Notwendigkeit erschliesst sich ihm nach seinem aktuellen Informationsstand auch gar nicht. So wurde in der Vergangenheit gesagt, dass sich die Server der Stadt Kriens im Data-Center des GICT befinden und auch dort betrieben werden. Seines Wissens befindet sich dieses irgendwo im Gebiet der Stadt Luzern. Darum hat er folgende konkrete Fragen: Welche Server werden in diesem Serverraum betrieben? Befinden sich im GICT-Data-Center aktuell noch Server der Stadt Kriens? Oder wird sogar ein redundanter Betrieb vollzogen, das heisst die Server werden im Stadthaus und Data-

Center der GICT betrieben? Werden im Serverraum des Stadthauses allenfalls andere Server der GICT-Verbandsmitglieder betrieben? Ist dieser Serverraum in irgendeiner Art und Weise ISO zertifiziert, wie derjenige der GICT?

Gemäss Franco Faé ist Serverraum das falsche Wort. Es handelt sich um den Raum, wo die Leitungen hereinkommen und die Verteilzentrale ist, woran sämtliche Arbeitsplätze angehängt sind. Es befindet sich sicher kein Server in diesem Raum. Der Switch erzeugt eine gewisse Wärme. Man ist aber davon ausgegangen, dass es dort unten nicht so warm wird. Aber als dieser installiert und in Betrieb genommen wurde, stellte man fest, dass die Temperaturen über 30 Grad gingen. In der Zwischenzeit ist in Abklärung, ob diese Kosten gesenkt werden können. Es hängt aber auch mit dem Minergie P-Standard zusammen, weshalb gewisse Vorgaben eingehalten werden müssen. Laut den ersten Prognosen belaufen sich die Kosten auf Fr. 40'000.00. So wie er gestern hörte, kann damit gerechnet werden, dass diese geringer ausfallen.

Gemäss Erich Tschümperlin hat der Stadtrat bemerkt, dass nur nötige Investitionen gemacht werden. Das erwartet der Einwohnerrat auch. Für ihn ist einfach die Frage, ob diese Investitionen so dringend sind, dass es einen Nachtrag braucht. Oder können diese nicht einfach mit dem ordentlichen Budget 2020 investiert werden? Er nennt das Beispiel mit dem grössten Text, worin auch der Handyempfang enthalten ist. Er pflückt diesen Mal heraus und meint, dass es sich um Fr. 40'000.00 handelt. Bei der Umrüstung der Sitzungszimmer Sozialdienste fragte er sich, ob diese Fr. 20'000.00 nicht warten können. Dann gibt es auch noch den künstlerischen Schmuck im Foyer von Fr. 50'000.00. Hier werden somit rund Fr. 100'000.00 investiert. Sind diese überhaupt nachtragskreditwürdig? Das hat den Sprechenden bereits bei den kleinen Zusatzkrediten gestört. Wieso kann man diese nicht budgetieren? Der Schmuck fürs Foyer kann auch fürs 2020 budgetiert werden. Muss dies wirklich dringend jetzt mit einem Nachtrag und einer Budgetüberschreitung gemacht werden? Der Sprechende kann nicht beurteilen, ob die Umrüstung Sitzungszimmer Sozialdienste so dringend ist. Aber ist der Handyempfang so dringend, dass man nicht noch ein halbes Jahr warten kann?

Franco Faé meint, dass es genau das ist, was noch nicht ausgelöst wurde. Selbstverständlich kann man hier die Frage stellen, ob es nötig ist oder kompensiert werden kann. Damit man es kompensieren kann, muss man zuerst wissen, was nun gemacht wird. Es liegt ja auch in der Hand des Einwohnerrates, der sagen kann, was er bewilligt. Wenn der B+A abgelehnt wird, wird geprüft, was kompensiert werden kann. Bei den hier aufgeführten Positionen handelt es sich ums Zentrum Pilatus. Es sind Aufwendungen, die hier stattfinden müssen. Die Handyversorgung ist eine Philosophiegeschichte, ob man es braucht oder nicht. Für diejenigen, welche im Finanzdepartement E-Banking betreiben müssen, ist es eine Herausforderung auf den Code zu warten. Man versucht dies nun irgendwie zu überbrücken. Die andere Geschichte ist, dass festgestellt wurde, dass man mit dem Funk betreffend Blaulicht-Organisationen, wie Polizei und Feuerwehr, Probleme hat. Auch dort ist es eine Abwägung, was gemacht werden soll. Darüber muss der Stadtrat noch befinden.

Raphael Spörri hat eine Anschlussfrage. Wenn der B+A nicht abgelehnt wird, kann das Nötigste gemacht werden. Wer sagt, was das Nötigste ist? Das ist ja bei jedem etwas anderes. Bei den Ausgaben fragte der Sprechende bereits in seinem Votum, ob garantiert werden kann, dass alle Löhne bzw. Firmen bezahlt werden können?

Gemäss Franco Faé betreffen die Löhne das, was bereits bestellt und ausgelöst wurde. Diesen Ausgaben muss sicher nachgekommen werden, da ja Verträge eingegangen wurden. Das geht dann in die Richtung Kreditüberschreitung, was diese Fr. 930'000.00 ausmacht. Das FHGG gibt vor, welche Ausgaben gebunden sind. Am Schluss ist es eine Ermessenssache. Jeder wird wahrscheinlich etwas anderes sagen, ob der Handyempfang wichtig ist oder nicht. Das muss vermutlich der Stadtrat diskutie-

ren. Man kann aber nichts ausgeben, weil das Geld gar nicht vorhanden ist. Für diese Punkte wird dem Einwohnerrat der Antrag gestellt, diese zu bewilligen.

Konsultativabstimmung parlamentarische Untersuchungskommission

Martin Zellweger kommt auf die Konsultativabstimmung bezüglich einer parlamentarischen Untersuchungskommission zurück, welche er bereits in seinem Eintretensvotum angesprochen hat. Nun noch kurz eine Rückmeldung zur Aussage des Stadtpräsidenten zur Qualität des Antrages. Der Sprechende hat verstanden, dass selbst der Stadtrat mit der Qualität gehadert hat und entschieden hat diesen unplugged dem Einwohnerrat vorzulegen. Zukünftig soll darüber informiert werden, dass es unplugged ist. Im Moment tönt es eher nach einer Schadensbegrenzung als eine Absicht. Hier sind sehr viele Leute die viel Zeit ins Studieren der Unterlagen investieren. Da darf man auch eine gewisse Qualität erwarten.

Laut Cyrell Wiget ist es selbstverständlich richtig und man darf in Zukunft die Erwartung haben, dass dies so gemacht wird. Es war eine situationsbedingte Angelegenheit. Heute würde man nicht darüber diskutieren, wenn der Stadtrat diesen zurückbehalten, überarbeitet und mit höherer Qualität verschickt hätte. Dem Stadtrat erschien der eingeschlagene Weg sinnvoller. Alle hier machen sich ein Bild, wo diese Fehler herkommen. Vermutlich ist alles irgendwie richtig, aber kein Bild ist ganz richtig. Es ist alles sehr spekulativ. Der Stadtrat hätte es als unplugged kennzeichnen können, aber es geht nicht darum, dass in Zukunft weitere solche Berichte versandt werden. Dem Stadtrat ist bewusst, dass die Parlamentarier ihre Freizeit opfern und viel Arbeit dahinter steckt. Situationsbedingt war es der richtige Weg. Es war der Idee geschuldet, dass es schnell auf dem Tisch ist, damit man nicht spekuliert, sondern weiss, wo welche Sachen nicht korrekt liefen. Insofern opponiert der Stadtrat auch nicht gegen die Konsultativabstimmung. Der Stadtrat hat dies alles auch noch nicht gemacht. Ihm ist deshalb wichtig, dass miteinander verfahren werden kann, dass der Einwohnerrat den ersten Antrag, der am 26. September 2019 vorliegt, beurteilen kann und sich nicht jetzt schon mit einer Konsultativabstimmung einschränkt.

Martin Zellweger möchte einfach nochmal klarstellen, dass die PUK kein Schreckensgespenst ist. Diese verhindert ja nicht die interne Überprüfung des Stadtrates. Es ist nicht das Gleiche, wie wenn etwas unabhängig initialisiert wird. In der Geschäftsordnung des Einwohnerrates steht: „*Bedürfen Vorkommnisse von grosser Tragweite im Einwohnerrat oder im Zuständigkeitsbereich der Oberaufsicht des Einwohnerrates der besonderen Klärung...*“ Wieso soll es sich hier um eine besondere Tragweite handeln? Die Stadt Kriens befindet sich in einer finanziell schwierigen Situation. Der Investitionsrahmen ist begrenzt und man muss sich aufs Massivste einschränken. Bei der Finanzstrategie wird das auch wieder auf den Tisch kommen. Jedes Jahr wird mit knappen Mitteln gearbeitet. Unter diesen Rahmenbedingungen ist ein mangelhaftes Führungssystem und mangelnde Governance gefährlich. Der Verzicht auf eine Aufarbeitung wäre gar fahrlässig. Es ist nicht die Absicht, dies nicht aufzuarbeiten, aber in Form einer unabhängigen Form und von der Tragweite kann man dies bestätigen. Dass nun innerhalb von zwei Projekten in kurzer Zeit Millionen unbewilligt ausgegeben wurden, zeigt wie anfällig und lückenhaft die heutige Organisation ist. Die aufgezeigten Mängel können auch noch nicht bestätigen, dass es sich hier um Einzelfälle handelt. Diese Untersuchung durch den Stadtrat selber, wenn auch mit externer Unterstützung, aufarbeiten zu lassen wird der Brisanz angesichts der potentiellen finanziellen Folgen nicht gerecht. Insbesondere würde die Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung arg strapaziert. Der Sprechende möchte das Schreckensgespenst PUK etwas entschärfen.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Für das Projekt «Zukunft Kriens – Leben im Zentrum» wird ein zweiter Zusatzkredit zum Sonderkredit in der Höhe von Fr. 1'400'000.00 bewilligt.

-
2. Für die Investitionsrechnung Budget 2019 wird ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 2'100'000.00 bewilligt.
3. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum
4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 216/19:

Der Beschlusstext wird mit 25:0 Stimmen abgelehnt.

Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Portmann, Michael	nein
Purtschert, Bruno	nein
Rösch, Daniel	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	nein

Abstimmung Konsultativabstimmung über die Schaffung einer PUK

Mit 19:6 Stimmen wird der Konsultativabstimmung zugestimmt.

Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Portmann, Michael	ja
Purtschert, Bruno	nein
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	nein

Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	ja

9. Bericht und Antrag: Bauprojekt Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld, Zusatzkredit Nr. 217/19

Martin Zellweger, Präsident KFG, versucht sich kurz zu halten, weil bereits das Meiste diskutiert wurde. Auch bei diesem B+A sind sämtliche Fraktionen darauf eingetreten. Der Kommission war zum vorherein klar, dass es sich hier um die gleiche Sachlage handelt, wie beim vorhergehenden B+A. Mit der gleichen Begründung von vorher wird die KFG die nicht genehmigten Ausgaben auch nicht legitimieren und lehnt auch hier den Antrag einstimmig ab. Ebenso einstimmig hat die KFG beantragt, die Sachlage im Rahmen der vorher erwähnten parlamentarischen Untersuchungskommission einzuschliessen. Im Rahmen der Detaildiskussion hat man einzelne Positionen angeschaut und Fragen geklärt. Darauf möchte er nicht weiter eingehen, denn im Moment geht es ums Gesamte. Auch hier geht es um die Schaffung einer Transparenz.

Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP-Fraktion meint, so erfreulich wie sich die praktisch fertigen Gebäude und Aussenanlagen des neuen Sportzentrums Kleinfeld präsentieren, so absolut unverständlich und ärgerlich präsentiert sich jetzt der vorliegende Bericht und Antrag zum Zusatzkredit. Ganz ähnlich wie beim vorangegangenen Bericht und Antrag zum Zusatzkredit Zentrum stellt sie auch hier fest, dass Aufträge und Arbeiten ausgelöst worden sind, die entweder nicht im Kostenvoranschlag enthalten waren oder in der Kostenkontrolle gefehlt haben. Am 3. November 2016 bewilligte der Einwohnerrat einen Sonderkredit von 5.144 Mio. Franken. Bereits im März 2018 wurde vom damaligen Gemeinderat ein Zusatzkredit von Fr. 448'000.00 bewilligt. Bei der Überprüfung der Kostenkontrolle zwischen März 2018 und April 2019 wurde dann eine weitere Kostenüberschreitung von fast Fr. 300'000.00 prognostiziert. Der Sprechenden erscheint die Darstellung des Berichts und Antrages ungefähr so chaotisch zu sein, wie sich die ganze Sachlage in diesem Projekt darstellt. Darum erscheint es ihr nicht sinnvoll zu sein, hier in der Ratsdebatte auf einzelne Details einzugehen. Es gilt, ein übergeordneter Blick einzunehmen und zu klären, was in welcher Art falsch gelaufen ist, um für zukünftige Projekte die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und die notwendigen auch zu ergreifen. Mit dem vorliegenden Zusatzkredit von Fr. 560'000.00 hat man in diesem Projekt sage und schreibe eine Kostenüberschreitung von 20,37 % seit Baubeginn. Es sieht nach einem unkontrollierten Selbstbedienungsladen aus. Die CVP/JCVP-Fraktion muss davon ausgehen, dass die entsprechende Planung, Baubegleitung und Kontrolle mangelhaft durchgeführt worden sind. Auch hier braucht es nun eine absolute Offenlegung und Transparenz der Sachlage, um das Vertrauen der Krienser Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wieder herzustellen. Und auch bei diesem Geschäft muss man sich noch darüber unterhalten, welche Form der Untersuchung angebracht ist, die notwendige Transparenz schafft und das Vertrauen in die Behörde wiederherzustellen vermag. Die CVP/JCVP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten, wird ihn ablehnen.

Die SVP-Fraktion tritt gemäss Martin Zellweger auf den Antrag ein und lehnt diesen mit der gleichen Begründung wie vorher aber ab. Eine weitere Detaillierung erübrigt sich.

Gemäss Beat Tanner lehnt die FDP-Fraktion den vorliegenden B+A aus denselben Gründen ab, wie den Vorherigen. Er wiederholt die Begründungen zum Finanzrecht nicht noch einmal. Sie fragt sich aber bei diesem Zusatzkredit noch weiter, ob es für diese zusätzlichen Ausgaben auch eine gesetzli-

che Grundlage gibt. Es braucht eine Ausnahmegewilligung und ein Budget. Hier ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass man beim Kleinfeld ganz genau hinschauen muss, ob es wirklich für alle Ausgaben eine gesetzliche Grundlage gibt. Dieser Punkt muss dann auch angeschaut werden, ob dies tatsächlich so erfolgt ist.

Laut Raphael Spörri, SP-Fraktion, scheint jedem klar zu sein, dass hier die Probleme ähnlich gelagert sind. Für die SP-Fraktion ist ein Grund der Zeitdruck des Projektes. Dies führte zu überstürzter oder schlechter Planung. Trotzdem möchte sie bei diesem B+A darauf hinweisen, dass man den Blick nach vorne richten soll und eben auch hier eine PUK berechtigt ist. Die SP-Fraktion wird auf den B+A eintreten, aber schlussendlich auch ablehnen. Ein wichtiger Punkt ist, dass hier Absprachen zwischen den Partnern Stadt, LUKP und SCK nicht ganz so funktioniert haben, wie es hätte sollen.

Auch die Grüne/GLP-Fraktion wird laut Erich Tschümperlin eintreten und diesen ablehnen. Die Begründungen hat er vorher schon genannt. Auf einzelne Punkte kommt er in der Detailberatung zurück.

Franco Faé bestätigt, dass der B+A zum Projekt Stadion Kleinfeld im September 2016 im Einwohnerrat behandelt wurde. Wie alle dazumal schon feststellten, erfolgte die Planung und Ausarbeitung sehr schnell. Bereits nach dem Start zeigte sich, dass einige Bestandteile nicht ausführlich genug geplant wurden. Das merkte vor allem die LUPK beim Bau ihres Gebäudes und die Gemeinde bei der Umgebung. Es war zu wenig ausgereift. Darum sind auch einige Mehrkosten entstanden. Zudem sind nicht alle Kosten ins Gesamtprojekt eingeflossen. Dies hat den Start schon etwas erschwert. Das Kostenreporting der Planer während der ganzen Bauphase war ungenügend. Reporting standen selten zeitgerecht zur Verfügung oder es wurden vermeintliche Reserven ausgewiesen, welche nicht vorhanden waren. Er möchte hier ganz klar betonen, dass es seitens der Gemeinde, LUPK und SCK immer wieder Aufforderungen gab, zur Vorlage dieser Reportings. Darum ist es kaum verwunderlich, wenn alles kurzfristig geplant und erledigt werden musste. Deshalb musste der Gemeinderat 2018 einen Nachtragskredit sprechen. Auch eine Herausforderung war die Frage der Beleuchtung der Dampfampe zur Lebensdauer. Das Ersatzmaterial ist offenbar im Zeitraum von rund acht Jahren beschränkt. Weiter mussten noch Energiefragen geklärt werden. Teilweise musste eine neue Planung stattfinden, andere Masten und die Statik anpassen. Ein Beispiel war die Beleuchtung 2, welche man direkt lösen wollte. Es hat sich aber herausgestellt, dass dem nicht so ist. Es wurde nicht richtig geplant. Auch die Anzahl Garderoben in der vorhandenen Schulanlage, welche man übergangsmässig nutzen wollte, haben während der Bauzeit für den SCK und andererseits auch für den Breitensport schlicht nicht gereicht. Es mussten andere Lösungen gesucht werden, weshalb dann ein Containerdorf erstellt wurde. Weitere Probleme gab es mit der Starkstromleitung unterm Vorplatz. Hier handelt es sich um eine sehr starke Leitung, welche mindestens die Hälfte des Stadtteils Richtung Luzern abdeckt. Dadurch benötigte es zusätzliche Planungen. So sind die Planerkosten immer weiter gestiegen. In der Zwischenzeit sind vom Fussballverband in Sachen Zugang, Beschallung, Kassenhäuschen etc. neue Vorgaben hinzugekommen, welche man am Anfang nicht kannte. Das Projekt war sehr schnell unterwegs und niemand hatte kaum Zeit zu atmen. Es war immer ein hoher Zeitdruck da. Wenn man heute jedoch von Fr. 560'000.00 spricht, dann darf man sagen, dass die Einigung mit den Werken vorliegt. Das heisst die Werke übernehmen die Abschirmungsarbeiten im Kleinfeld von Fr. 94'000.00. So wird der Kredit entsprechend tiefer. Auch sind noch die Bauunternehmer aufgeführt, mit denen man noch in Verhandlung ist. Dort steht man mit Fr. 150'000.00 in Diskussion, ob diese gerechtfertigt sind oder nicht. Auch hier kann man noch mit weniger Kosten rechnen. Summa summarum ist es so, dass hier die Kosten überschossen wurden. Es ist allerdings nicht ganz mit dem Zentrum zu vergleichen. Hier geht es in eine andere Richtung, weil das Projekt sehr schnell unterwegs war.

Yvette Estermann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 2 – Prognose Kostenkontrolle mit Stand 6. März 2018

Gemäss Cla Büchi hat der Stadtrat im März 2018 einen Zusatzkredit von rund Fr. 490'000.00 in eigener Kompetenz gesprochen. Das ist möglich gewesen, weil die Summe von Fr. 490'000.00 rund Fr. 20'000.00 Franken unter der Kreditlimite lag, die der Stadtrat in eigener Kompetenz hat sprechen dürfen. Jetzt fällt aber bei der Aufstellung von der Kostenkontrolle vom 6. März 2018 auf, dass bei der Position 7 Externe Dienstleistungen die Kostenprognose von Fr. 200'000.00 auf Fr. 140'000.00 herunterkorrigiert worden ist. Das heisst, durch die Korrektur von Fr. 60'000.00 hat sich die Höhe des Zusatzkredits auf rund Fr. 490'000.00 reduziert und ist somit im Kompetenzbereich vom Stadtrat gelegen und hat nicht vor den Einwohnerrat gebracht werden müssen. Bei der Kostenkontrolle Stand April 2019 auf Seite 4 wird die Position 7 Externe Dienstleistungen aber mit rund Fr. 210'000.00 ausgewiesen, also rund Fr. 10'000.00 mehr als ursprünglich budgetiert und rund Fr. 70'000.00 mehr als bei der herunterkorrigierten Kostenkontrolle vom März 2018. Das bedeutet eine Kostensteigerung von 50 % bei einer Position, die ursprünglich eigentlich mehr oder weniger richtig berechnet worden ist und mit einer Überschreitung von rund Fr. 10'000.00 die Kostengenauigkeit von +/- 5 % eingehalten hätte. Dem Sprechenden soll man es nicht übel nehmen, aber das sieht mindestens auf dem Papier ganz so aus, als ob man da etwas geschraubt hat, damit die Kreditlimite noch im Kompetenzbereich vom Stadtrat zu liegen kommt. Gerne möchte er vom Stadtrat dazu eine Erklärung.

Franco Faé kann diesen Vorwurf nicht ganz fertig kommentieren. Er hat diese Zahlen nicht im Detail. Er möchte aber versichern, dass es nie die Absicht war hier etwas zu richten, damit man in den Kreditlimiten bleibt.

Bruno Weishaupt ist auch nicht bewusst, was der Grund für diese Reduktion war. Er hatte davon die Federführung nicht. Er müsste dies abklären.

Erich Tschümperlin hat eine Anschlussfrage. Wenn man die Position 421.7 anschaut, wurde der Kredit von Fr. 869'000.00 auf Fr. 408'000.00 herunter reduziert. Er erwähnte, dass dieser Kredit weiter hinten um Fr. 235'000.00 erhöht wurde. Hier mit diesem Posten sind die Fr. 60'000.00, welche Cla Büchi gesehen hat, fast lapidar. Hier steht auch kein Wort dazu. Diese Arbeiten wurden relativ umfangreich beschrieben und sie kosten rund die Hälfte weniger als budgetiert. Hinten fallen sie dann wieder an. Hier riecht es noch viel stärker danach, dass man hier im Kompetenzbereich des Stadtrates bleiben wollte. Der Sprechende möchte zu dieser Reduktion eine Erklärung.

Franco Faé kennt auch hier die genauen Details nicht, die dazu geführt haben. Er wäre froh gewesen, wenn diese Frage an der KFG gestellt worden wäre. Der Sprechende hat diese Zusammenstellungen so nicht gemacht, aber er möchte auch hier ganz klar sagen, dass es nie Absicht war einen Kredit hinzubekommen, der am Schluss stimmt. Dies hat vermutlich mit den BKP-Positionen zu tun, die vielleicht am Anfang nicht am richtigen Ort waren. Aber das wäre reine Spekulation. Das muss auch abgeklärt werden.

Seite 4 – Prognose Kostenkontrolle mit Stand 12. April 2019

Martin Zellweger stellt fest, dass bei der Position 2.1 die Beschallungsanlage und Kassenhäuschen nicht budgetiert waren. Die Position 2 ist mehr als doppelt so hoch ausgefallen. Wieso musste dies die Stadt Kriens bezahlen, wenn dies erst danach aufgetaucht ist. Wieso wurde dies nicht mit den anderen Partnern verhandelt?

Franco Faé hat es schon eingangs erwähnt, dass gewisse Sachen nicht eingeplant waren. Das Kassenhäuschen war eine der Forderungen des Fussballverbandes, dass dies auch für die Promotion League vorhanden sein muss.

Beat Tanner möchte gerade auch bei dieser Position hören, welche gesetzliche Grundlage von übergeordnetem Recht vorhanden war und zwar vom öffentlichen Wesen und nicht von der Challenge League.

Gemäss Franco Faé war es eine Vorgabe, um das Stadion bauen zu können. In der gegenseitigen Verpflichtung sagte man immer, dass die Vorgaben für die Promotion League erstellt werden müssen. Die Projektleitung hat entschieden, dass dies so gemacht wird.

Erich Tschümperlin hat es bereits vorher in seinem Votum angekündigt. Es überrascht ihn ein wenig, dass gesagt wurde, dies muss gemacht werden. Im B+A steht wozu die Stadt Kriens verpflichtet ist: „Die Stadt Kriens realisierte die Umgebung wie Kunstrasen, Stehplatz-Tribüne und Beleuchtung.“ Das Kassenhäuschen gehört da nicht dazu. Dass es verschiedene Sachen für die Promotion League braucht, ist klar. Wenn diese noch sagen, dass ein schöner Wimpel aufgehängt werden muss, liegt dies nicht an der Stadt. Da ist er schon etwas schockiert, dass man in der Steuerungsgruppe die Promotion League wollte. Klar der Kunstrasen, Stehplatz-Tribüne und Beleuchtung ist Promotion League Standard. Dazu hat sich die Stadt verpflichtet. Zu den anderen Arbeiten hat er den Eindruck, dass man sich nicht verpflichtet hat. Es gibt ja noch ein Kreditvolumen, welches ausgeschöpft werden kann. Das ist einer dieser Punkte, welche die PUK anschauen soll. Wurden Sachen bezahlt, welche man nicht gemusst hätte? Kriens kann es sich aus aller Freundschaft zum Sport einfach nicht leisten. Erich Tschümperlin hat das Gefühl, dass dies eine Leistung war, die es nicht braucht. Weiter hinten im B+A kommt das Kassenhäuschen gleich nochmal, indem es verschönert wird. Die Verkleidung erfolgte analog dem Stadion. Das ist sehr schön, aber es handelt sich hier nochmals um Fr. 8'500.00. Wie kann Kriens solche Ausgaben machen? Er fragt sich, was sonst noch in dieser Form hier drin ist. Das geht in der heutigen Situation einfach nicht. Er sieht hier auch keine gesetzliche Grundlage, wie Beat Tanner.

Franco Faé verweist auf den B+A zur Kreditbewilligung des Kleinfelds: „Der Gemeinderat hat im Projekt immer erwähnt, dass die Anforderungen der Promotion League das Ziel sind.“ Das heisst, wenn der Schweizerische Fussballverband ein Kassenhäuschen fordert, damit der Spielbetrieb überhaupt durchgeführt werden kann und zum Stadion gehört, ist es die Verpflichtung der Stadt diesem nachzukommen. Es wurden ja noch andere Punkte erwähnt, wie Beschallung, welche den Vorschriften entsprechen müssen, die für den Spielbetrieb gefordert werden. Es wäre Sache der Abklärung, ob der Zeitpunkt für die Kostenaufnahme korrekt war. Das kann er heute nicht beantworten. Ob man da im grünen Bereich war und der Meinung, dass es gemacht werden kann, auch das ist Spekulation. Er muss abklären, zu welchem Zeitpunkt dies entschieden wurde. Die Verkleidung des Kassenhäuschens war ein Wunsch, damit es dem Stadion angepasst wird. Aber hier handelt es sich um einen offenen Punkt bei dem noch nicht entschieden wurde, ob dies gemacht wird.

Thomas Lammer ist sehr fest der Meinung von Beat Tanner und Erich Tschümperlin, obwohl er dem Sport sehr zugeneigt ist. In Kriens ist es der Grundsatz bei Sportstätten den Amateurstatus zu planen, das heisst Promotion League. Alles was darüber hinaus geht wie Beleuchtung, Kassenhäuschen ist Sache des Vereins. Es darf nicht sein, dass es die Gemeinde finanziert.

Seite 8 – Würdigung des Stadtrates

Erich Tschümperlin hat in seinem Votum auch erwähnt, dass der Einwohnerrat mit dem Stadtrat einen Vertrag hat. Er hat auch die Seite 14 mit der Kostenkontrolle heruntergelesen. Diese hat dem Einwohnerrat die vermeintliche Sicherheit gegeben, dass man die Kosten einigermaßen im Griff hat. Es hiess, dass ein Mechanismus eingebaut ist, dass so etwas was nun passiert ist, nicht passieren kann. Wann braucht man eine solche Kostenkontrolle? Wie Franco Faé gesagt hat, ging alles sehr schnell. Wann gibt es wirklich hohe Kosten? Wenn es zu schnell geht. Wann müsste ein solcher Artikel greifen? Genau in einem solchen Moment. Wenn der Einwohnerrat B+A's bewilligt und solche Sachen drin stehen, ist sich der Stadtrat bewusst, dass dies ein Vertrag ist? Kann man sich darauf referenzieren und darauf zählen? Was macht man in Zukunft, wenn wieder solche Projekte kommen? Dann haben alle im Hinterkopf, dass es 10-20 % teurer wird. Dann wird vielleicht etwas nicht bewilligt. Eine Verlässlichkeit der Ausführung gegenüber dem Auftraggeber müsste schon besser sein. Vielleicht muss man auch den B+A zur Hand nehmen um zu sehen, was der Auftrag war. Der Sprechende ist heute konsterniert auch was die Ausführung des Auftrages des Einwohnerrates angeht. Er weiss nicht, wie es die anderen Einwohnerratsmitglieder sehen. Für ihn wird es immer schwieriger bei solchen Projekten das nötige Vertrauen zu haben.

Gemäss Franco Faé wurde diese Bemerkung bereits an der KFG gemacht. Man geht diesem noch nach und wird mit der LUPK das Gespräch suchen und schauen, wo dies festgelegt wurde. Tatsache ist, dass die LUPK vor der Stadt entschieden hat zu starten. Das konnte nicht verweigert werden. Als gestartet wurde, waren die Kostenprognosen noch im grünen Bereich. Ob 2/3 der Kosten bereits klar waren, wird noch abgeklärt.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Für die Realisierung der Aussenanlagen des Sportzentrum Kleinfeld wird ein Zusatzkredit zum Sonderkredit in der Höhe von Fr. 560'000.00 bewilligt.*
2. *Für die Investitionsrechnung Budget 2019 wird ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 1'750'000.00 bewilligt.*
3. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.*
4. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 217/19:

Der Beschlussestext wird mit 25:0 Stimmen abgelehnt.

Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Portmann, Michael	nein

Purtschert, Bruno	nein
Rösch, Daniel	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	nein

9a. Dringliches Postulat Portmann: Innovative Quartier- und Stadtentwicklung**Nr. 218/19**

Gemäss Cyrell Wiget ist der Stadtrat für Überweisung.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

10. Postulat B. Bienz: Zusammenarbeit mit den K5 Gemeinden**Nr. 190/19**

Gemäss Yvette Estermann ist der Stadtrat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Erich Tschümperlin vertritt den Postulanten. Obwohl der Vorstoss Nr. 189/19 nicht überwiesen wurde, oder gerade deshalb, empfiehlt er das Postulat zu überweisen. Der Bericht zum Postulat könnte aufzeigen, ob es möglich wäre, auf dieser Basis, nämlich mit den K5 oder Agglomerationsgemeinden, einen Verband zu gründen anstelle der VLG Mitgliedschaft. Das kann auch nur eine kleine Abklärung sein. Beim letzten Mal gab es Stimmen, dass wenn es in 5 Jahren nicht besser ist, wird etwas gemacht und dann heisst es wieder, dass es keine Alternative gibt. Vielleicht wäre dies auch in Zusammenarbeit mit den K5 Gemeinden für andere Themen durchaus sinnvoll, wenn man abklärt, ob es allenfalls eine mögliche Zusammenarbeit gibt. Deshalb bittet er darum, mindestens diesen kleinen Schritt zu machen und das Postulat zu überweisen. Wenn man eine Alternative im Hintergrund hat, gibt dies auch einen Druck auf allfällige Verhandlungen mit dem VLG auf irgendwelche Verbesserungen.

Anita Burkhardt-Künzler dankt im Namen der CVP/JCVP-Fraktion für die Beantwortung des Vorstosses. Sie ist derselben Meinung. Eine Stärkung der K5 Gemeinden ist sicher richtig und äusserst wertvoll, doch ist dies nur ein Tool, dass Kriens nutzen kann. Ebenso sollten diese Anstrengungen nicht als Konkurrenz zum VLG verstanden werden, sondern wie die Sprechende bereits im Votum bei der letzten Einwohnerratssitzung zur Motion Bienz deutlich herausgestrichen hat, als eine zusätzliche Option gesehen werden. Kriens soll und will nicht eingleisig ins Abseits fahren, sondern als eine offene, kommunikative Arbeitsgemeinschaft im Kanton wahrgenommen werden. Deshalb wird auch hier die CVP/JCVP-Fraktion dem Antrag des Stadtrates folgen und das Postulat ablehnen.

Laut Hans Fluder, SVP-Fraktion, verlangt der Postulant, dass der Stadtrat prüfen soll, ob eine engere Zusammenarbeit mit den K5 Gemeinden machbar und sinnvoll ist. Solche Prozesse findet die SVP-Fraktion gut. Sie kann sich vorstellen, dass zwischen den Gemeinden Abwicklungen entstehen, die man nicht selber erschaffen muss oder effizienter durchgeführt werden könnten. Man muss das Rad nicht neu erfinden. Der Austritt der Stadt Luzern aus dem VLG bewertet der Sprechende nicht zu gross. Wenn Ebikon, Emmen, Horw und die Stadt Kriens gute Zusammenarbeit leisten, kann es sein,

dass die Stadt Luzern auch noch auf den Geschmack kommt. Wie heisst es doch so schön: Mit dem Essen kommt der Appetit.

Roger Erni von der FDP-Fraktion erwähnt, dass der Postulant diesen Vorstoss in Zusammenhang mit dem Vorstoss zum Austritt aus dem VLG eingereicht hat. Die FDP-Fraktion sieht hier diesen Zusammenhang jedoch nicht. Kriens ist im VLG und zurzeit sind keine Abklärungen nötig. Wenn es in 5 Jahren neue Abklärungen geben soll, kann ja ein neues Postulat eingereicht werden. Heute sagt die FDP-Fraktion geschlossen nein.

Gemäss Michael Portmann, SP-Fraktion, will Kriens das Gebiet LuzernSüd so entwickeln, dass für Bewohner und Bewohnerinnen lebendiger, zweckmässig eingerichteter und spannender Lebensraum entsteht. Kriens steckt mitten in der Entwicklung drin und muss nun alles daransetzen, dass die Entwicklung den bisherigen, guten Weg weitergehen kann. Mit 60 % der Fläche von LuzernSüd trägt die Stadt Kriens besonders viel Verantwortung bei dieser Entwicklung und muss diese deshalb auch aktiv angehen. Bereits jetzt sind die K5 Gemeinden so stark zum Grossraum Luzern zusammengewachsen, dass sich die einzelnen Gemeinden beim Hindurchfahren nur schwer voneinander unterscheiden lassen. Innerhalb dieses Grossraums werden rege Waren, Menschen und Informationen ausgetauscht. Ein Austausch, welcher stetig zunehmen wird und welchen es zu koordinieren gilt. Diese Koordination wird vor allem auch deshalb notwendig, weil auf zusätzliche Verkehrsinfrastruktur verzichtet wird und nun das bestehende Strassennetz vor allem auf organisatorischer Ebene optimiert werden muss, damit der Austausch überhaupt noch sinnvoll stattfinden kann. Und damit sind alle beteiligten K5 Gemeinden gefordert, müssen den Austausch suchen und gemeinsame Lösungen finden. Viele dieser Herausforderungen treten so nur in den K5 Gemeinden oder besser im städtischen Grossraum Luzern auf, weshalb die K5 Gemeinden sinnvollerweise ihre Zusammenarbeit vertiefen, um die Herausforderungen des regen Austausches zu meistern. Im VLG dagegen sind inhaltliche Ausrichtung und politische Prozesse aufs Vergleichen der Gemeinden ausgerichtet, um daraus unter der Egide des Kantons den gesamten Kanton weiter zu entwickeln. In diesem Sinne sind der VLG und die K5 Gemeinden sich ergänzende Organisationen, ausgerichtet auf unterschiedliche Aspekte des Grossraums Luzern. Weil Kriens Teil des Grossraums Luzern ist, macht es aus Sicht der SP-Fraktion Sinn, die Zusammenarbeit mit den K5 Gemeinden nach Möglichkeit weiter zu vertiefen. Weil man mit dieser Zusammenarbeit nur gewinnen kann, wird sie das Postulat überweisen.

Cyrill Wiget meint, dass man in der Antwort des Stadtrates das Ringen darum spürt, ob eine Annahme oder die Ablehnung das Richtige ist. Eine Annahme ist richtig, weil der Stadtrat grundsätzlich sehr dafür ist, die Zusammenarbeit intensiv zu gestalten. Ablehnend, weil er den Eindruck hat, dass es ein Zwillingsvorstoss ist, der in Abhängigkeit zum Austritt des VLG steht. Weil der Stadtrat dies nicht richtig findet, hat er sich für die Ablehnung entschieden. Die beiden Verbände sind in einer völlig anderen Symmetrie, sei es geografisch in der Ausdehnung, denn aber auch inhaltlich, sachlich und fachlich. Diese können nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zurzeit ist eines in Diskussion. Aus dem Vorstoss geht auch nicht klar hervor, ob es unter dem Dach des regionalen Entwicklungsträgers läuft oder etwas eigenständiges. Um hier jetzt nicht Präjudiz zu schaffen, kommt der Stadtrat zu einer Ablehnung. Man soll es nicht so verstehen, dass der Stadtrat die Zusammenarbeit an sich nicht gut findet. Es fehlt dem Vorstoss eine Vision, was dies enger heissen soll. Man arbeitet schon bereits sehr intensiv zusammen. Es fand nun bereits die zweite Vollversammlung in der Geschichte dieser Region statt. Es haben sich sämtliche Exekutiv-Mitglieder getroffen. Erst vor einem Jahr wurde eine Arbeitsgruppe Bildung gegründet. Innerhalb des regionalen Entwicklungsträgers der K5 Gemeinden ist man schon recht eng. Darum würde eine Annahme quer im Raum stehen, da es kein klarer Auftrag ist. Deshalb ist der Stadtrat froh, wenn der Vorstoss abgelehnt wird.

Erich Tschümperlin glaubt, dass sich dieser Vorstoss schon im Hinblick auf eine Abklärung bezieht und offen lässt, wie es gemacht werden soll. Wenn von Anfang an etwas eingeschränkt wird, ist es meis-

tens auch nicht gut, weil es dann heisst, dass es so nicht geht. Es ist eigentlich schon im Hinblick auf einen VLG-Ersatz im Rahmen von K5, die ähnliche Interessen haben. Michael Portmann hat es gesagt. Wenn man dabei merkt, dass es noch andere Vorteile hat, darf man diese selbstverständlich auch bringen und die Zusammenarbeit intensivieren.

Cyrill Wiget ist um jede Anregung froh, aber dann ist einfach der Titel falsch. Diejenigen mit den ähnlichen Interessen sind die städtischen urbanen Gebiete. Dann müsste es vielleicht K8 oder K9 heissen. Dann macht es vielleicht Sinn. So wie es hier steht, ist die Idee vom regionalen Entwicklungsträger wegzugehen. Dieser macht aber die ganze Organisation, worum der Stadtrat froh ist. Insofern muss man weiterhin über die richtige Organisation diskutieren. Hier scheint der Weg jedoch nicht ganz der Richtige zu sein.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats B. Bienz: Zusammenarbeit mit den K5 Gemeinden (Nr. 190/19)

Das Postulat wird mit 15:9 Stimmen bei einer Enthaltung nicht überwiesen.

Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	ja
Portmann, Michael	ja
Purtschert, Bruno	nein
Rösch, Daniel	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	nein

11. Postulat Lammer: Reallokation der frei werdenden Mittel aus Spange Nord

Nr. 191/19

Gemäss Yvette Estermann ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

12. Postulat Ercolani: Tempo 30, Verbesserung Verkehrssituation im Zentrum von Kriens**Nr. 193/19**

Gemäss Yvette Estermann ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Der Überweisung wird opponiert.

Laut Enrico Ercolani geht es um eine Abklärung für bessere Verkehrsverhältnisse in Kriens.

Nachdem Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP-Fraktion, dies eine grandiose Idee fand und niemand etwas dagegen haben kann, hat sie nichts vorbereitet. Das ist wirklich eine ganz tolle Idee. Der Einwohnerrat hat letztes Jahr das Verkehrskonzept zustimmend überwiesen. Darin ist die Idee der Beruhigung des Zentrums mit einer 30er Zone auch enthalten. Es wird nichts Besseres geben, als wenn der Stadtrat die Ideen des Postulanten entgegennimmt und aufzeigt wie es mit der Sicherheit, Lärmreduktion und Schadstoffminderung aussieht. So kann der Bevölkerung auch aufgezeigt werden, dass dies sehr viel fürs Zentrum bringen wird. Dies gibt eine Belebung, vor allem auch fürs Gewerbe, was dringend nötig ist. Die CVP/JCVP-Fraktion wird das Postulat überweisen.

Laut Hans Fluder opponiert die SVP-Fraktion der Überweisung des Postulates aus mehreren Gründen. Zunächst einmal ist für sie unklar, was der Postulant denn genau will, sprich wie der Bericht des Stadtrates überhaupt aussehen soll. Einerseits wird eine umfassende Darlegung mit Zahlen und Modellen gefordert, welche die Auswirkungen von Tempo 30 auf den Verkehrsfluss, die Sicherheit, den Lärm, den Schadstoffausstoss usw. aufzeigen soll. Solche Zahlen und Modelle könnten nur mittels aufwändigen und vor allem teuren Gutachten oder gar Studien ausgearbeitet werden. Andererseits verlangt der Postulant am Ende seines Postulates dann lediglich noch, dass der Stadtrat alles von Gesetzes wegen notwendige prüfen soll, um eine Versuchsphase mit Tempo 30 einzuführen. Eigentlich soll dem Stadtrat mit dem vorliegenden Postulat also zwei Aufträge erteilt werden, diese sehr unterschiedlich sind, insbesondere was die Kosten anbelangt. Diese beiden Aufträge stehen teils im Widerspruch und es scheint überhaupt nicht sinnvoll diese gleichzeitig zu erfüllen. Denn sollte der Stadtrat die vollständige Erledigung des Postulats anstreben, kommt man zugleich zum nächsten Problem. So kann es doch nicht sein, dass man Unmengen von Geld verpulvert, um Gutachten und Studien auf einer Grundlage zu erstellen, die sich kurz darauf wieder ändert. Dies erfolgt nämlich mit dem Ausbau der Rengglochstrasse. Auch kann es nicht sein und ist völlig inakzeptabel, dass man teure Gutachten über Tempo 30 erstellt, ohne vorab allermindestens eine Absichtserklärung des Kantons zu erhalten, dass er die Tempo 30 Zone auf der Hauptverkehrsachse auch bewilligen wird. Der Kanton hat diesbezüglich nämlich keineswegs eine Kehrtwende gemacht und zeigt lediglich Gesprächsbereitschaft. Die Grundhaltung, dass Tempo 30 Zonen auf Hauptstrassen nicht bewilligt werden, ist aber immer noch die Gleiche. Sollte das vorliegende Postulat dennoch überwiesen werden, was leider zu befürchten ist, dann ist der Stadtrat zwingend gehalten, nebst den möglichen positiven auch die negativen Folgen von Tempo 30 im Zentrum aufzuzeigen und zu prüfen. Was sind beispielsweise mögliche Gefahren bei der Entfernung der Fussgängerstreifen, insbesondere für Kinder und in der Mobilität eingeschränkte Personen? Oder wenn man die Fussgängerstreifen doch beibehalten würde, welche Auswirkungen hätte dies auf den Verkehrsfluss oder die Stausituation, nicht nur zeitlich sondern auch räumlich? Was ist mit dem Ausweichverkehr etc.? Die Liste könnte hier noch lange weitergeführt werden. Zwar lehnt die SVP-Fraktion bereits die Grundidee des Postulanten ab, stellt sich aber insbesondere gegen die Überweisung des vorliegenden Postulats. Es ist unklar, unvollständig, würde auf einer falschen Grundlage ausgearbeitet und die Stadt Kriens nur unnötig Geld kosten, welches man schlicht nicht hat.

Cla Büchi von der SP-Fraktion will die Bezugnahme zu Köniz nicht überstrapazieren und weist darum einfach auf die Situation im Krienser Zentrum hin. Kriens hat einen Dorfplatz am Fusse von der Kirchentreppe, einen Platz bei der Metzgerei Keller, den Hofmattplatz und jetzt noch den grössten Platz

von allen beim Stadthaus. Der Hofmattplatz ist sicher der belebteste. Und das darum, weil auf kleinem Raum die Post, Migros, Denner, Apotheke, Coiffeur, Kiosk, die Bibliothek und das Restaurant Hofmatt sind. Den anderen Plätzen fehlt diese Ballung von unterschiedlichen Publikumsnutzungen. Dem Stadtplatz fehlt eine belebende Nutzung praktisch gänzlich. Und zwischen all diesen Plätzen liegt die Luzernerstrasse, welche einzig über vier Fussgängerstreifen überquert werden kann, was eine Belebung des Zentrums massiv erschwert. Die Luzernerstrasse teilt das Zentrum wie ein unüberwindbarer Graben. Die Leute suchen den kürzesten Weg von A nach B und schon der geringste Umweg führt dazu, dass gewisse Orte ganz einfach nicht frequentiert werden. Und das spüren alle Geschäfte, die nicht unmittelbar an einem Fussgängerstreifen oder am Hofmattplatz liegen. Tempo 30 würde das grundlegend verändern und das Queren überall ermöglichen, was die Wege verkürzen würde und somit den Umsatz der Geschäfte erhöhen. Die Aufenthaltsqualität im Zentrum würde zunehmen, was wiederum mehr Leute anzieht und mehr Leute im Zentrum macht das Zentrum auch für das Gewerbe wieder interessanter. Und genau das muss man anstreben, ein attraktives, florierendes Zentrum für alle. Darum begrüsst die SP-Fraktion dieses Postulat sehr und ist selbstverständlich für die Überweisung.

Auch die Grüne/GLP-Fraktion findet es laut Raoul Niederberger eine sehr gute Idee. Sie ist davon überzeugt, dass das Zentrum mit Tempo 30 eine grössere Lebensqualität aufweist. Wie es Cla Büchi bereits gesagt hat, wäre dies ein Vorteil fürs Gewerbe. Mit einem solchen Bericht können gewisse Fakten geschaffen werden. Man sieht dann, was dies für Auswirkungen hat. Das wiederum hilft auch beim Kanton etwas Druck zu machen. Das braucht es wie man beim Bypass schon sieht, denn sonst bewegt sich nichts. Dies wäre auch ein erster Schritt zur Umsetzung des Gesamtverkehrskonzepts.

Gemäss Matthias Senn ist es beim Projekt K4-Zentrum unbestrittenermassen im Interessen der Stadt Kriens und Kanton. Dies im Gegensatz zur Obernauer- und Rengglochstrasse. Bei diesen beiden Projekten hatte der Kanton die vollumfängliche Federführung in der Planung und Realisierung. Die Stadt Kriens war nur informativ dabei. Das K4-Zentrum hat auch Auswirkungen auf die Gemeindestrassen, welche in diesen Bereich einmünden oder in der Umgebung sind. Wenn man ans GVKK denkt, sind es die Gallus- und Horwerstrasse, welche mit einer Einmündung in die Luzernerstrasse umgeleitet werden. Auch bei der Gemeindehausstrasse gibt es eine Veränderung. Bei diesem Projekt ist die Stadt voll dabei. Nach anfänglicher Skepsis des Kantons ist man nun auf einem besseren Weg. Es fanden Sitzungen statt, wo gesagt wurde, dass man gemeinsam auf den Weg gehen muss, um diese Abklärungen zu machen. Der Einwohnerrat wird dies auch in der Investitionsrechnung fürs Budget 2020 sehen. Dafür wird ein Budgetkredit eingesetzt. Man hat vor eine Testplanung zu erstellen, wo all diese Fragen geprüft werden. Die Kosten werden wahrscheinlich je zur Hälfte aufgeteilt. Es braucht wahrscheinlich noch einen Ausgabenkredit, weil es sich um einen Planungskredit handelt, der im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegt. Es wird nicht so sein, dass bei der Gallus- und Horwerstrasse der Kanton die Bauherrschaft sein wird, sondern die Stadt Kriens. Das was das GVKK aufzeigt ist eine Art Wunschzustand. Es ist noch nicht alles nachgewiesen, ob es funktioniert. Das ist auch ein Teil dieser Aufgabe. Das Postulat entspricht auch voll der Strategie des Stadtrates, dass man diese Sachen geklärt haben möchte, nämlich verkehrstechnisch aber auch städtebaulich. Deshalb ist der Stadtrat für die Überweisung des Postulats, damit über den Stand informiert werden kann.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Ercolani: Tempo 30, Verbesserung Verkehrssituation im Zentrum von Kriens (Nr. 193/19)

Das Postulat wird mit 21:4 Stimmen überwiesen.

Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja

Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Portmann, Michael	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

13. Postulat Camenisch: Vorbereitung möglicher Rechtsweg betr. Bypass**Nr. 194/19**

Gemäss Yvette Estermann ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Sie fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Der Überweisung wird opponiert.

Anita Burkhardt-Künzler vertritt den Postulant Räto Camenisch als Vizepräsidentin des Komitees „Bypass so nicht“. Der Postulant verlangt, dass die Stadt Kriens einen möglichen Rechtsweg abklären soll, weil ein Teilstück des Bypasses einen unergiebig verlaufenden politischen Prozess erlebt. Kriens hat Gott sei Dank einen sehr guten Ständerat, Konrad Graber. Er hat sein Postulat durchgebracht, worin es um die Berücksichtigung von städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen beim Bypass Luzern und anderen Nationalstrassenbauprojekten geht. Es geht um fachliche und begleitende Unterstützung falls Kanton, Gemeinden und Städte allenfalls unter Einbezug von privaten Investoren ein städtebaulich integriertes Projekt mit ganzer oder teilweiser Überdachung vorantreiben. Auch geht es um die Unterstützung der Region bei den Abklärungen, ob im Rahmen eines Public Private Partnership eine Überdachung der Nationalstrassen nutzbringend eingesetzt werden kann, Finanzierung durch Mehrwertausgleich, private Beiträge, Beiträge Kanton und Bund, gemäss der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Als dritte Unterstützung der offensichtlich bereits bestehenden Praxis, falls sich im Schweizer Nationalstrassengesetz ähnliche Problemstellungen ergeben. Dabei ist den städtebaulichen und landschaftsverträglichen Zielsetzungen, sowie dem Lärmschutz ein besonders grosser Stellenwert beizumessen. Die gesetzlichen Möglichkeiten oder die Mitfinanzierung durch den Bund sind voll auszuschöpfen und falls erforderlich eine Anpassung des Standards, von Verordnungen oder der Gesetzesgrundlagen zu prüfen. Das Postulat ist schon sehr in die Richtung, die Kriens beim Bypass erreichen möchte. Auch sieht es Konrad Graber so, dass ohne öffentliche Demonstrationen wie zum Beispiel bei der Spange Nord, der Bypass in der Stadt Kriens beim südlichen Portalausgang auch bekämpft wird und zwar durch einen geschlossenen Einwohnerrat, welcher sich gegen das Projekt in der ursprünglichen Form ausgesprochen hat und zwar mit dem Komitee - Bypass so nicht. Daraufhin hat sich das ASTRA im Rahmen eines Projektwettbewerbs massgeblich diesem Projekt unterstellt und verbessert. Das gilt auch zu anerkennen. So wird beispielsweise der Tunnelausgang beim Südportal verlängert und besser integriert. Das Komitee „Bypass so nicht“ hat eine Petition „Ein Herz für Kriens bei Bypass, so nicht“ mit 3'000 Unterschriften eingereicht. Dort wurde eine weitergehende Eintunnelung bis zur Arsenalbrücke verlangt. Das war auch die Diskussion der zuständigen Kommission im Ständerat. Der Stadtrat Kriens ist jetzt mit dem Postulat des Komitees konfrontiert, dass dieser Forderung Nachdruck verlieht werden muss und der Stadtrat wird dazu aufgefordert im Budget allenfalls

Mittel einzusetzen, um einen Rechtsweg zu bestreiten. Dadurch ist auch auf Bundesebene der Widerstand sehr deutlich und plastisch geworden. Tatsächlich ist es so, dass der Bund zwar beschliessen könnte, dass aufgrund des regionalen Widerstands möglicherweise das Projekt nicht realisiert werden kann. Die Kommission des Ständerates hat dem Anliegen der Stadt Kriens mit 28'000 Einwohnern und hier mit ca. 15'000 Betroffenen mit dem Kommissionspostulat Rechnung getragen und auch die Petition teilweise einer Lösung zugeführt. Es ist ein Weg, wie der Bypass möglicherweise trotz erheblichem Widerstand realisiert werden kann. Auch der Ständerat hat es sehr begrüsst, dass quasi dieses Postulat die flankierende Massnahme des Bundesbeschlusses ist. Die Sprechende bittet darum, das Postulat dringend zu unterstützen. Kriens muss sich einsetzen, dass der Bypass nicht vergessen geht, weil die Nachkommen mit dem Bypass leben müssen. Die Nachkommen werden es uns danken. Sogar die Bundesrätin, Simonetta Sommaruga, sagt, dass man lebenswerte oder begrünte Überdachungen und Land zurückgewinnen möchte. Es ist wichtig, dass Kriens heute ein Zeichen setzt, dass der Bypass so immer noch nicht gewollt ist.

Die FDP-Fraktion wird laut Thomas Lammer das Postulat vollumfänglich unterstützen. Es macht ihrer Meinung nach Sinn auch den rechtlichen Weg abzuklären. Das sollte man bereits jetzt machen, denn nun ist es noch zeitgerecht. Sollte es keine andere Möglichkeit geben, was nicht gehofft wird, muss schlussendlich der rechtliche Schritt beschritten werden. Es ist wahrscheinlich Tatsache, denn das zeigte die Veranstaltung des ASTRA im Januar in Emmen, dass das ASTRA den Bypass bauen will, auch wenn es keine Spange Nord gibt. Die Fundamentalopposition in der Stadt Luzern führt natürlich dazu, dass es einen zusätzlichen Druck auf den Entwicklungsschwerpunkt LuzernSüd, Kriens und Horw geben wird. Dies gibt entsprechend mehr Verkehr. Vom Komitee gibt es dazu ja zwei Forderungen. Die eine ist die Überdachung, wo man auf einem gewissen Weg ist. Die andere Forderung ist, dass der Kanton etwas macht, dass der Verkehr, welcher über die Stadtautobahn kommt, konzeptionell gut abgenommen wird. Da ist man noch nicht auf diesem Weg. Hier muss Kriens noch daran arbeiten. In letzter Zeit wurde immer über die Überdachung gesprochen. Dieser Punkt ist auch ganz zentral und wichtig, so dass es für Kriens nicht einfach eine Belastung gibt, sondern auch eine gewisse Entlastung oder zumindest verträgliche Belastung für die zukünftige Bevölkerung von Kriens. Darum ist es wichtig, dass alle Hebel und Möglichkeiten in Bewegung gesetzt werden, um auf die Lösung hinzuarbeiten.

Auch die SP-Fraktion ist gemäss Bettina Gomer-Beacco für die Überweisung des Postulats. Es ist eine gute Sache und Kriens muss sich bis zuletzt wehren. Nur wer sich vehement wehrt, hat am Schluss auch eine Chance.

Gemäss Cla Büchi wird voraussichtlich im Herbst im Kantonsrat das Postulat Budmiger von der SP behandelt, das vom Regierungsrat verlangt, die Grundlage zu schaffen, damit der Kanton flankierende Massnahmen zum Bypass finanzieren kann. Da erwartet die SP-Fraktion eine ausnahmslose Unterstützung des Postulats von den Krienser Kantonsräten.

Cyrill Wiget führt aus, dass der Stadtrat schon sehr dankbar und froh ist um die einhellige Unterstützung aus dem Einwohnerrat in dieser Frage. Jetzt wird es langsam ernst. Der Kredit wurde gesprochen und der Bund sagte somit, dass es so gebaut wird. Unter städtebaulicher Integration versteht er nichts anderes, als die Überdachung, welche eine schöne Verlängerung des Portals ist. Allerdings wird die Breite der Autobahn auch verdoppelt. Der Beitrag des Bundes ist nur das Dach. Dort ist man bereits schon sehr weit, denn es werden bereits Vereinbarungen getroffen. Man darf diesbezüglich ein gutes Gefühl gegenüber dem Versuch der städtebaulichen Integration haben. Aber was weder Bund noch Kanton darunter versteht ist, das was das Komitee möchte. Nämlich der Kilometer, bei dem nach wie vor über das offene Gelände mitten im Entwicklungsschwerpunkt eine Autobahn führt. Das hat weder den Nationalrat, den Ständerat noch die entsprechenden Kommissionen gestört, obwohl entsprechende Vorstösse von Luzerner Nationalräten gemacht wurden. Diese fanden keine Unterstützung oder

eine zu minime Unterstützung, um sich Gehör zu verschaffen. Es gibt keine Kredite des ASTRA in diesem Gebiet eine Überdachung zu erstellen. Das Gebiet Nidfeld wird davon besonders betroffen sein. Dort hat der Einwohnerrat im Rahmen eines Bebauungsplanes ein Hochhaus bewilligt, wo es hunderte Wohnungen geben wird, welche direkt an dieser Autobahn sind. Die Autobahn ist in diesem Perimeter nicht überdacht. Das ist im Moment überhaupt nicht erfreulich, dass dieser politische Prozess soweit abgeschlossen ist. Es bleibt effektiv nur noch der Rechtsweg. Der Rechtsweg ist aufwändig und ist nicht ganz gratis. Dafür braucht Kriens ein Parlament, welches zusammensteht. Deshalb ist der Stadtrat froh, dass er diese Anliegen prüfen soll, ob man überhaupt eine Chance hat. Der Sprechende möchte sich nicht zu weit aus dem Fenster lehnen, aber es gibt die Argumentation, dass das Nidfeld nicht im Perimeter liegen soll. Dieser Argumentation kann der Stadtrat bis heute nicht folgen. Ob dies rechtlich auch wirklich verhält, was das ASTRA macht, würde die Abklärung zeigen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Camenisch: Vorbereitung möglicher Rechtsweg betr. Bypass (Nr. 194/19)

Das Postulat wird mit 25:0 Stimmen überwiesen.

Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Portmann, Michael	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	ja

14. Motion Graf: Amtszeitbeschränkung für Stadträte auf 16 Jahre (4 Legislaturen) Nr. 196/19

Gemäss Yvette Estermann opponiert der Stadtrat gegen die Überweisung dieser Motion.

Laut Alfons Graf gilt in vielen Kantonen und Gemeinden in der Schweiz eine Amtszeitbeschränkung. Warum sollte das in der Stadt Kriens nicht eingeführt werden? Mit einer Amtszeitbeschränkung können die Parteien eine Personalplanung und den Aufbau eines Kandidaten vorantreiben. Es ist auch bekannt, dass bei gewissen Politikern eine gewisse Amtsmüdigkeit vorhanden ist und aus diesem Sinne hat diese Motion sicher seine Berechtigung. Zudem ist ein Erneuerungsprozess für kommende Politikergenerationen gegeben. Man weiss auch, dass frische Köpfe neue Ideen mit sich bringen und somit für die Krienser Bevölkerung nur von Vorteil sein können. Eine Amtszeitbeschränkung auf vier Legisla-

turen wird die politischen Aktivitäten fördern und bringt Schwung in die Politlandschaft. Die SVP-Fraktion hat lange über die Anzahl der Legislaturen diskutiert. Sie hat sich für vier entschieden, aber drei wären für amtsmüde Politiker besser gewesen. Der Stadtrat lehnt diese Motion ab. Unter anderem mit der Begründung, dass eine Amtszeit über 16 Jahre nie vorgekommen ist. Das stimmt zwar, aber immerhin hat es sich der Stadtpräsident zumindest überlegt, eine weitere Legislatur in Angriff zu nehmen. Zur Antwort 5 möchte er folgendes sagen: Eine Amtszeitbeschränkung würde eine Teilrevision der Gemeindeordnung mit einem obligatorischen Referendum auslösen. Das tönt für den Sprechenden amtsmüde. In Kriens hat man schon wegen grösserem Mumpitz eine Teilrevision durchgeführt. Das ist für ihn eine fadenscheinige Begründung vom Stadtrat. Alfons Graf bittet darum über die Motion nachzudenken und sie zu überweisen.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat gemäss Andreas Vonesch darüber nachgedacht. Deshalb gleich zu Beginn: Die CVP/JCVP-Fraktion lehnt das Anliegen des Motionärs klar ab, weil es schlichtweg nicht notwendig ist und sogar kontraproduktiv sein kann. Auch wenn eine Amtszeitbeschränkung in vielen Kantonen und Gemeinden stark verwurzelt ist, heisst es noch lange nicht, dass Kriens, nur weil es ein Prinzip ist, dies auch automatisch übernehmen muss. In der Motion werden Punkte wie mangelndes Mitspracherecht von Parlament und Parteien bei der Bestimmung des Rücktrittszeitpunktes und die damit nicht verlässliche Personalplanung angesprochen. Auch der Aufbau von geeigneten Kandidaten und Kandidatinnen wird moniert. Und es wird bemängelt, dass der politische Erneuerungsprozess blockiert ist und ganze Politikergenerationen dabei ausgebremst werden. Aber bitte, als mündige Bürger hat man ein demokratisches Instrument, die Wahlen. Hier bestimmt man alle 4 Jahre, wem man das Vertrauen ausspricht. Hier zeigt man, ob man mit einer Arbeitsleistung zufrieden ist oder nicht, hier hat man die Möglichkeit Einfluss zu nehmen. Es kann aber nicht nur der mündige Bürger an der Urne Einfluss nehmen, sondern auch jederzeit die Parteipräsidien im Rücken ihres Exekutivmitgliedes. Es ist richtig, frische Köpfe bringen oftmals neue Ideen und anderes Denken. Das allein macht aber eine Exekutive nicht besser oder aktiver. Es braucht eine gute Durchmischung von Erfahrung und Wissen sowie Erneuerung mit frischem Denken. Hier sieht die CVP/JCVP-Fraktion durchaus Potential bei den Parteileitungen, solche Prozesse aktiver zu begleiten. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass mit der jährlich fortschreitenden Dauer einer Tätigkeit eine gewisse Routine entsteht, dass die Arbeitsdynamik und die Zielstrebigkeit allenfalls abnehmen können, aber nicht zwingend müssen. Das dann gleich als Amtsmüdigkeit zu taxieren, scheint ihr doch überzogen. Es ist für die CVP/JCVP-Fraktion auch nicht zielführend, bereits wieder eine Teilrevision der Gemeindeordnung für ein Anliegen zu machen, das wirklich nicht notwendig ist.

Beat Tanner, FDP-Fraktion, stellt fest, dass diese Frage im Moment gar nicht zur Debatte steht. Sie möchte kein Gesetz auf Vorrat und lehnt dieses Anliegen deshalb ab.

Nebst der Begründung des Stadtrates, die die SP-Fraktion laut Raphael Spörri unterstützen kann, ist der vorgeschlagene Weg für sie eine Bevormundung von Parteien und Amtsträgern. Darum unterstützt die SP-Fraktion die Motion nicht und wird sie nicht überweisen.

Gemäss Tomas Kobi, Grüne/GLP-Fraktion, verlangt dieser Vorstoss wie die Motion Nr. 188/2019 vom gleichen Motionär wiederum eine Regulierung. Sie wird auch diese Motion nicht unterstützen. *«Weg mit den Sesselklebern – gebt jungen Kräften eine Chance!»* Solche Forderungen tauchen vor Wahlen regelmässig auf. Doch Amtszeitbeschränkungen und Alterslimiten für Politiker und Politikerinnen sind selten in der Schweiz. Die Amtszeit durch ein Gesetz zu beschränken, ist daher der falsche Weg. Wenn es Unzufriedenheit oder Amtsmüdigkeit mit dem Spitzenpersonal in den Parteien gibt, dann liegt es doch eher an den Akteuren der Parteien selbst, dafür zu sorgen, dass man mit anderen Kandidaten bzw. Kandidatinnen bei einer Wahl antritt. Die Haltung der Grüne/GLP-Fraktion ist klar: *«Ob ein Stadtrat / Stadträtin etwas bringt, hängt weder von der Zahl seiner / ihrer Amtsjahre noch von seinem / i-*

rem Alter ab.» Generell gesprochen könnte es auch sein, dass jemand neu in die Exekutive kommt und nichts taugt unabhängig vom Alter.

Erich Tschümperlin hat sich schon gefragt, wieso der Motionär eine Amtszeitbeschränkung bei anderen möchte, aber nicht beim Einwohnerrat. Man müsste bei sich selber anfangen. Das zeigt vermutlich, dass dies doch nicht so eine gute Idee ist.

Alfons Graf ist keineswegs über die Reaktionen enttäuscht. Hier ist es wie in Bern. Wird ein Vorstoss der SVP eingereicht, wird dieser einfach grossräumig abgelehnt unter dem Motto: „Alle gegen die SVP“.

Cyrill Wiget meint, dass die Aussage von Alfons Graf nicht ganz gerecht war. Der Stadtrat hat sich effektiv damit auseinander gesetzt. Die Anregung ist absolut legitim. Der Sprechende gibt zu, lange überlegt zu haben noch eine fünfte Legislatur zu machen. Er hofft es ist nicht Amtsmüdigkeit, glaubt er aber auch nicht. Er fühlt sich gut und hat Spass an dieser Arbeit. Die Möglichkeit etwas anderes zu machen ist sehr reizvoll. Inhaltlich wurde von vielen gefragt, ob es sinnvoll ist etwas zu regeln, was sich an sich selber regelt. Dies wurde klar verneint und ist auch die Haltung des Stadtrates. Von Andreas Vonesch und Raphael Spörri wurde gesagt, dass der Wähler in der Lage ist zu sagen, ob die Person noch genug Elan hat und ob die Erfahrung dieser Person noch dienlich ist. Abwählen ist vielleicht nichts so schönes, aber ist die Aufgabe des Wählers zu sagen, ob man eine Person noch möchte oder nicht. Dies soll nicht durch die Guillotine gelöst werden. Etwas was dem Stadtrat sehr wichtig ist, ist die Überzeugung, dass gutes Personal immer schwieriger zu finden ist. Sämtliche Regelungen diesbezüglich, die nicht unbedingt nötig sind, sollten an sich weggelassen werden. Einfach um die Stelle attraktiv zu halten, auch für junge Leute. Es ist dann attraktiv, wenn sie mit ihrem privaten, familiären und beruflichen Leben eine politische Karriere kombinieren können. Wenn es für gute Führungskräfte interessant ist, gewinnt man diese für die Politik. Solche Regeln würden dies verhindern. Den Sprechenden hat die Aussage erstaunt, dass in den Parteien nicht geplant werden kann, wenn es keine Alters Guillotine gibt. Diese leuchtet nicht ein. Eine Partei kann doch selbstverständlich eine Planung machen. Die Parteipräsidenten sind Personalchef einer Partei und diese sollen ihres Amtes walten und keine Guillotine. Insofern ist der Stadtrat froh, wenn diese Motion abgelehnt wird.

Abstimmung über die Überweisung der Motion Graf: Amtszeitbeschränkung für Stadträte auf 16 Jahre (4 Legislaturen) (Nr. 196/19)

Die Motion wird mit 20:4 Stimmen nicht überwiesen.

Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Portmann, Michael	nein
Purtschert, Bruno	nein
Rösch, Daniel	nein

Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	n.t.
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	ja

15. Beantwortung Interpellation Hunziker: Stand Energiestadt**Nr. 174/19**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Yvette Estermann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Manuel Hunziker wünscht eine Diskussion.

Yvette Estermann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Manuel Hunziker möchte seine Gedanken zu dieser Antwort kundtun. Er bedankt sich für die ausführliche und fast schon entwaffnende ehrliche Antwort. Er hat sie mit einem lachenden Auge gelesen, weil etwas in der Gemeinde gemacht wird, auch wenn man sich nahe am Minimum bewegt. Manuel Hunziker hat die Antwort aber auch mit einem enttäuschten Auge gelesen. Er möchte nicht weiter mit der moralischen Keule schwingen, aber man weiss, das Klima ist in Bewegung und es ändert sich. Das wird nicht nur für die Umwelt Folgen haben, sondern auch soziale Folgen. Es wird Migrationsdruck aus anderen Gebieten mit sich führen. Weiter wird es auch ökonomische Folgen haben. Jedes Individuum hat die gleichen Handlungsoptionen. Entweder schliesst man die Augen, kreuzt die Finger und hofft, dass es bleibt wie es ist oder die anderen so viel gemacht haben, dass es gar nicht so weit kommt. Und wenn man etwas machen muss, macht man es. Oder man geht hin, krempelt die Ärmel hoch und geht das Problem aktiv an, bei welchem man weiss, dass es besteht. Die Interpellation wurde im Hinblick auf die Energiestadt gestellt, weil er nicht unbedingt erwartet hat, dass die Stadt Kriens unter den Top-5 der Energiestädte mitmischte und das Thema nicht sehr aktiv vorantreibt. Der Sprechende war dann schon etwas überrascht und enttäuscht über die Trägheit und den Willen der Stadt in diesem Bereich mehr zu machen. Wenn man die Herausforderungen ansieht die kommen, findet er dies nicht akzeptabel. Deshalb möchte er über dieses Thema wieder sprechen, nicht nur aufgrund der momentanen Entwicklung und Diskussionen. Manuel Hunziker ist noch nicht so lange dabei und hat nicht alles mitbekommen. Die aktive Passivität erinnert ihn ein wenig an den Schulhausunterhalt. Er fragt sich einfach, ob neben der Decke, die einem dort auf den Kopf fiel, irgendeinmal der Himmel auf den Kopf fallen muss, bevor man wirklich etwas macht. Der Sprechende findet es gut, dass die Stadt Kriens früh bei diesem Label dabei war. Dies ging, weil die Gemeinde sich kontinuierlich und aktiv für eine effiziente Nutzung von Energie einsetzt. Das hat die Gemeinde Kriens gemacht. Mit dem neuen Verkehrsgesetz darf Kriens gelobt werden, aber im Bereich Energie scheint sie nicht in der Lage zu sein mit der Zeit zu gehen. Das Hauptbeispiel ist, dass man keine Energie-Buchhaltung präsentieren kann. Eine Energie-Buchhaltung heisst, dass man eine Ahnung hat, wo man von welchem Energieträger wie viel Energie verbraucht und wie viel dies kostet. Oder auch ob man damit etwas einsparen kann. 10 Stellenprozente wurden dafür ausgewiesen, welche sich um das Thema Energie kümmern. Es sind eine Reihe von Aufgaben, welche diese 10 Stellenprozente abdecken müssen. Wenn man es ins Verhältnis der Gemeinde Kriens setzt mit den rund 16'000 Stellenprozente liegt man bei 0.06 % der Arbeitskraft der Gemeinde. Warum kommt er auf diese Zahlen? Er ging die laufende Rechnung durch und hat sich salopp die Zahlen angeschaut, was die Gemeinde Kriens für Energie, Wasser und Strom ausgibt. In der

Zusammenfassung wurden rund 2.4 Mio. Franken pro Jahr aufgeführt. Wenn man die Heime herauslöst und aufgrund der Reduktion des neuen Stadthauses wird es bei rund 1 Mio. Franken sein. Das ist schlussendlich nicht so entscheidend. Wichtig ist ihm, wenn man die Diskussion in der Energiebranche verfolgt, wie man die Energie zukünftig preislich gestalten möchte oder welche Abgaben man sich überlegt, werden diese Kosten irgendwann steigen. Dann nimmt auch dieser Posten im Budget zu. Es gibt ja das Energie-Spar-Contracting. Dies ist ein schönes Beispiel, welches die Österreicher mittlerweile fast schon perfektioniert haben. Es wurden 300 öffentliche Liegenschaften auf Effizienz optimiert. Das Effizienzpotential liegt bei 20-25 %. Wenn man von Ausgaben von 1 Mio. Franken ausgeht, wären dies Fr. 250'000.00. Damit kann etwas gemacht werden. Damit könnte auch eine aktivere Energiepolitik finanziert werden, wenn man es angeht. Dem Sprechenden ist schon klar, dass Kriens kein Allerheilsbringer werden wird. Ihm ist wichtig, dass die Stadt die so viel genannte Eigenverantwortung bei den eigenen Liegenschaften wahrnimmt. Es geht nicht darum, dass ganz Kriens verändert wird. Aber dort wo man die Kontrolle hat, soll man es aktiv vorantreiben und nicht nur das macht, was das Gesetz vorschreibt. Schlussendlich sind die Ziele des kantonalen Energiegesetzes bis 2050 auf 100 % erneuerbar oder CO₂-frei zu sein schön, aber mittlerweile weiss man, dass dieses Ziel nicht reichen wird. Aufgrund der neusten Zahlen müsste man dies bis 2030 machen. Das würde jetzt eine Aktivität erfordern. Manuel Hunziker hofft, dass man in der nächsten Zeit oder nächsten Jahren eine gemeinsame Lösung findet. Man soll der Bevölkerung ein Vorbild sein.

Gemäss Matthias Senn mag es sein, dass die Beantwortung etwas vorsichtig geraten ist und nicht wahnsinnig euphorisch. Diese Woche hat es ein Erfolgserlebnis gegeben. Am Montag war Claudia Lüthi, Fachstelle Energiestadt, in der gemeinderätlichen Bau-, Umwelt- und Verkehrskommission. Es wurden die Massnahmen besprochen, welche man für die nächsten vier Jahre angehen möchte. Sie hat auch informiert, was das Audit für die Stadt Kriens ergeben hat. Dieses fiel wahnsinnig positiv aus und sie hat Kriens in vielen Bereichen gelobt. Kriens hat gute Punktzahlen erreicht und ist von 54 % auf 71 % gestiegen. Die Zertifizierungsstelle muss dieses Audit noch erteilen. 71 % ist offenbar gut und es sind ein paar Prozente mehr als beim letzten Mal. Jetzt ist man noch 4 % vom Gold-Label entfernt. Wenn man dies in vier Jahren erreichen möchte, muss mehr Zeit in die ganze Energieplanung, Energiebuchhaltung und Energiekonzepte investiert werden. Es wurde auch ein Antrag gestellt und im Rahmen der Budgetberatung wird darüber diskutiert was möglich ist und was nicht. Somit ist der Stand nun erfreulicher als es in der Beantwortung daher kam.

Die CVP/JCVP-Fraktion dankt laut Andreas Vonesch dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Fragen zur Interpellation. Sie ist erfreut zu lesen, dass sich der Stadtrat weiterhin zum Label «Energiestadt» bekennt und dies mit dem Re-Zertifizierungsprozess 2019 auch umsetzt. Alle 4 Jahre findet dieser statt. Nach jeder Periode wird der Zielerreichungsgrad beim Zertifizierungsprozess-Katalog des «Energiestadt»-Programms erstellt, an welchem die Verbesserungen der Stadt Kriens beziffert werden können. Der Sprechende wollte sagen, dass momentan eine Auswertung noch nicht vorliegt. Der Stadtrat hat dies nun aber korrigiert. Bei der Beantwortung der Fragen zu den energiepolitischen Zielen fällt auf, dass langfristige Ziele auch in Abhängigkeit zu kantonalen Vorgaben stehen und umgesetzt werden müssen. Bei den mittelfristigen Zielen für die abgelaufene Periode 2015-2019 sticht einem schon ins Auge, dass in der Beantwortung auf drei Seiten Massnahmen aufgelistet werden, viele aber nicht umgesetzt wurden. Schade, denn es gibt einige, die aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion sehr wirkungsvoll und mit wenig organisatorischem und finanziellem Aufwand hätten realisiert werden können. So das banale Beispiel eines Briefkastens für Ideenmeldungen. Dass nun bereits eine kommunale Energieplanung im Entwurf vorliegt und dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme unterbreitet wird, erachtet sie als positiv. Die CVP/JCVP-Fraktion ist gespannt darauf und fragt gleich, bis wann dieser im Einwohnerrat vorliegt. Ebenfalls positiv wertet die CVP/JCVP-Fraktion, dass der Stadtrat durchaus selbstkritisch feststellt, dass nicht alles realisiert werden konnte. Dies nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch aus Mangel an personellen Ressourcen. Dass nur 10 Stellenprozente im Energiebereich zur Verfügung stehen ist eigentlich in der heutigen Zeit ein Hohn. Hier muss eine Korrektur erfolgen. Wenn man liest, in welchen Bereichen die grössten Umsetzungslücken bestehen, dann sind dies genau die Hot-Spots der heutigen Energiedebatten: Anpassungen an das kantonale

Energiekonzept was für verschiedene Kommunen eine Herkulesaufgabe darstellt, Energie-Förderprogramme, Umsetzungsunterstützung von Fernwärmeverbunden, Strategien für Elektromobilität oder bei der Kommunikation von erzielten Verbesserungen. Andreas Vonesch fasst zusammen: Das Tragen des Labels «Energienstadt» ist nicht nur ein Titel, sondern auch eine Verpflichtung. Und darin wünscht sich die CVP/JCVP-Fraktion vom Stadtrat ein klares, realistisches und umsetzbares Bekenntnis.

Hans Fluder, SVP-Fraktion stellt klar, dass der Stadtrat eine ausführliche Beantwortung geschrieben hat. Für diesen Einsatz möchte sie sich bedanken. Einige Aufgaben wurden laut Bericht ausgeführt. Diverse Schulhäuser wurden saniert, die notwendig waren. Einige sind noch in Planung. Aus Sicht der SVP-Fraktion hat die Stadt Kriens noch einige Liegenschaften, bei denen eine grössere Sanierung ansteht. Heute schreit man vom Klimaschutz und Treibhausgasen. Mehr muss der Sprechende dazu nicht sagen. Der Stadt Kriens sind auch bei dieser Angelegenheit die Hände gebunden. Alle Renovationen kosten sehr viel Geld und das ist in Kriens definitiv nicht vorhanden. Es wäre sinnvoll haushälterisch mit den Finanzen umzugehen. Ein Holzunterbau im Bahnhof Mattenhof ist für die SVP-Fraktion nicht nötig und viel zu teuer.

Die FDP-Fraktion nimmt laut Thomas Lammer die Beantwortung zur Interpellation zur Kenntnis. Sie dankt dem Stadtrat für diesen umfassenden Bericht indem die verschiedenen Massnahmen aufgelistet sind. Teilweise sind diese umgesetzt und teilweise noch offen. Im Bericht wird weiter erwähnt, dass die Rezertifizierung im Gang ist. Für den Sprechenden stellt sich aber die Frage, welcher Nutzen der Gemeinde daraus entsteht. Kommen mehr Leute nach Kriens zum Wohnen oder steigt das Steuersubstrat oder fühlt man sich einfach besser? Das macht Kriens immerhin schon seit 1997 und seine Wahrnehmung diesbezüglich ist nicht so wahnsinnig. Das heisst aber nicht, dass deswegen die Marketierung massiv erhöht werden muss. Ihm wäre es wichtiger, dass das Geld konkret für Massnahmen eingesetzt wird und nicht für Labels. Labels gibt es tonnenweise und er fragt sich immer mehr, was diese bringen.

Michael Portmann, SP-Fraktion, sitzt gerne am Feuer, spürt die Wärme der Flammen ... und wenn er dann als Vegetarier seine Frühlingsrollen und panierten Käse auf den Grill legt, ergibt sich immer wieder das eine oder andere spannende und interessante Gespräch übers «Fleischfasten». Keineswegs neu ist, dass er neben den ethischen und moralischen Bedenken bezüglich Tierhaltung auch den Energieverbrauch sowie den CO₂-Ausstoss als Argumente fürs «Fleischfasten» einbringen kann. Seit 1972 von einer Gruppe von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren der Club of Rome gegründet wurde, sind die Argumente bekannt. So hat der Sprechende 1995 das Buch «Faktor vier, doppelter Wohlstand» des Club of Rome gelesen, in welchem gezeigt wurde, wie mit dem damaligen Stand der Technik der Energieverbrauch der Gesellschaft um einen Faktor vier verringert werden kann und wie sich dadurch der Wohlstand aller verdoppelt. Zwei Jahre nach der Matura hat ihn dieses Buch sehr fasziniert. 2011 hat Michael Portmann dann sein Haus mit Baujahr 1930 umfassend energetisch saniert und direkt erlebt, dass sich der Energieverbrauch mehr als halbiert und der Komfort mehr als verdoppelt hat. Und wenn er sich anschaut, was ihn seine Mobilität aktuell kostet, in welcher er mit Mobility nicht einmal aufs Autofahren verzichtet, so geniesst er es, dass er gemütlich mit dem Zug in die Ferien fahren kann, auch weil seine Fixkosten fürs Autofahren mit Mobility derart tief sind. Das ist ein urbanes Lebensgefühl, welches immer mehr Menschen teilen. Selbstverständlich war es seine Entscheidung, seine persönliche Freiheit, dass er so leben will. Allerdings gilt es auch zu betonen, dass er auch von übergeordneten Rahmenbedingungen profitiert hat. Diese Rahmenbedingungen wurden bereits 1992 vom Bund mit dem Bundesprogramm «Energienstadt» ein erstes Mal gesetzt und seither kontinuierlich weiterentwickelt. Dementsprechend werden auch in Kriens seit 1997 Bedingungen geschaffen, damit man als Gemeinschaft den Energieverbrauch senken kann. Die SP-Fraktion findet es bewundernswert, wo und wie die Stadt Kriens als «Energienstadt» überall aktiv ist. Mit nur 10 Stellenprozent wurden beim letzten Audit 66 % der Anforderungen des Energienstadt-Labels erfüllt. Für den Status Energienstadt Gold bremsen Kriens nur zwei Bereiche, die «kommunalen Anlagen und Gebäude» mit nur 33 % sowie die «Versorgung und Entsorgung» mit 55 %. Selbstverständlich sind diese beiden Bereiche, die etwas

einen grösseren Einsatz benötigen würden, in welchen wieder das Bauen, Planen und Verwalten der Immobilien in den Focus rücken. Und genau da harzt es bei der Stadt Kriens manchmal und das auch nicht erst seit gestern. Tritt man einen Schritt zurück und betrachtet das Gesamtbild Energiestadt Kriens. Aktuell ist man gut unterwegs, weil im Entwicklungsgebiet LuzernSüd viele grössere Bauunternehmen auf eigene Kosten aktiv werden und Gebäude mit den Standards der 2000-Watt-Gesellschaft bauen. Was die SP-Fraktion allerdings nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, dass sich zwar die Gebäude prächtig entwickeln, aber der Grünraum, die Frischluft-Korridore sowie die ruhigen Zonen ohne Verkehrslärm daneben sehr kümmerlich aussehen. Warum schräg vis-à-vis vom Restaurant Kuonimatt ein Parkplatz entstand, stört sie sehr. Schliesslich befindet sich im Gebäude des Restaurants Kuonimatt im Untergeschoss ein Parkhaus mit viel freiem Platz. Geradezu stossend findet die SP-Fraktion, dass die Stadt Kriens zulässt, dass dort ein Parkplatz gebaut wird, wo gemäss dem Entwicklungskonzept LuzernSüd eine Grünzone hätte entstehen sollen. Das Parlament hat diesen Plänen im Herbst 2018 klar zugestimmt. Neben vielem anderem wird für sie bei diesem für Kriens schlechten Beispiel klar, dass 10 Stellenprozent für die zahlreichen Aufgaben der «Energiestadt» bei weitem zu wenig sind, um solche kontraproduktiven und unnötigen Entwicklungen aufzuhalten. Überhaupt stellt die SP-Fraktion fest, dass sich an vielen Stellen in der Verwaltung ganze Berge von Aufgaben türmen. So stark auftürmen, dass der Überblick bereits verloren ging. Die Bauprojekte Stadthaus und Stadion Kleinfeld lassen grüssen. Auch kein Novum ist, dass sich gute Leute der Verwaltung angesichts dieser Berge, wenn die Möglichkeit besteht, nach ruhigeren Stellen umsehen. Und da der gleiche Prozess aktuell auch auf Ebene Kanton stattfindet, wird es in Zukunft schwierig sein, die guten Leute bei der Stadt Kriens und damit den hohen Stand des Knowhow zu halten. Was geschieht mit den 10 Stellenprozent Energiestadt, wenn der aktuelle Verantwortliche seine Stelle wechselt? *«Nicht der Wind, sondern das Segel bestimmt die Richtung»*, besagt ein Sprichwort aus China. Die SP-Fraktion dankt in diesem Sinne dem Interpellanten für seine Fragen und dem Stadtrat für den engagierten und ehrlichen Bericht zur Interpellation. Auch wenn die Winde aktuell ungünstig sind, Kriens hat nach vielen Jahren endlich viele Gebäude und Infrastruktur auf einen zweckmässigen Stand gebracht und dabei leider festgestellt, dass die Verwaltung ebenso einigen Entwicklungsbedarf hat, wie früher die Infrastruktur. Nun gilt es antizyklisch zu investieren, wie es Ökonomen fachgerecht ausdrücken, und beispielsweise dem Energiebeauftragten mehr als 10 % Arbeitspensum zu gewähren, auf das man den Energieverbrauch der kommunalen Gebäude tatsächlich wie gesetzlich vorgesehen bis 2030 um 20 % reduzieren kann. Dazu braucht es Mut und das Wissen, dass gegen den Wind kreuzen vielfach schneller zum Ziel führt als einfach nur mit dem Wind weiter zu segeln.

Erich Tschümperlin, Grüne/GLP-Fraktion, knüpft an das Votum von Manuel Hunziker an. Man hat nun immer wieder gehört, dass dies kostet und Kriens es sich nicht leisten kann. Es gibt sehr grosse und renommierte Unternehmen, welche Energy-Contracting machen. Da werden die Investitionen für die Energieeffizienz aus den Energieeinsparungen bezahlt. Es wird auf 4-5 Jahre gerechnet. Es wird eine Analyse garantiert, womit man weiss, was verbraucht wird. Weiter wird garantiert, dass 30 % eingespart und damit die Kosten bezahlt werden können. Aufgrund dessen wird dann der Vertrag abgeschlossen. Es muss nicht immer kosten, sondern kann auch kostenneutral sein. Warum wird eine solche Zertifizierung gemacht? Nämlich um Energiekosten zu sparen. Thomas Lammer wusste nicht wofür ein solches Zertifikat gebraucht werden kann. Es ist einfach. Ohne eine solche Zertifizierung wären alle aufgelisteten Aktivitäten und Massnahmen nicht definiert worden. Wenn eine Zertifizierung ansteht, zieht man wieder einmal Bilanz, schaut was gemacht wurde und was noch gemacht werden könnte oder sollte. Es ist ein Ansporn, um sich zu verbessern. Wenn man diese Zertifizierung nicht hat, liegt wichtigeres auf dem Tisch und es wird nicht gemacht. Im Moment brennt es immer irgendwo. Man nimmt ja nur das in die Hand, was unmittelbar brennt. Am Schluss gibt es günstigere Kosten bei der Energieversorgung, bessere Luft, höhere Lebensqualität etc. 10 Stellenprozente sind definitiv zu wenig. Für die Lebensqualität und für einen attraktiven Standort ist dieser Teil etwas Wichtiges. Es hat auch mit dem Ruf der Gemeinde zu tun.

Matthias Senn dankt für die Reaktionen. Es wurde gefragt, wann die Energieplanung in den Einwohnerrat kommt. Der zuständige Abteilungsleiter hat morgen in einer Woche seinen letzten Arbeitstag.

Zurzeit ist man fleissig auf der Suche nach einer Nachfolge. Mit Kündigungsfristen wird diese frühestens am 1. November 2019 starten können. Dann kann wieder geschaut werden, was möglich ist. Der Nutzen von Audits wurde hinterfragt. Selbstverständlich ist ein Energiestadt-Audit nicht mehr ein wahnsinniger Standortvorteil. Es gibt ja über 400 Gemeinden, welche dies haben. Die meisten Gemeinden über 10'000 Einwohner haben dies wahrscheinlich. Ein Audit zwingt einem dazu dran zu bleiben und über Verbesserungen nachzudenken und diese auch auszuweisen. Der Sprechende kann sich gut daran erinnern, dass das Qualitätsmanagement-Audit in seinem früheren Ingenieurbüro ihm immer furchtbar gestunken hat. Dies hat einen halt doch gezwungen à jour zu bleiben und es zu pflegen. Für eine Stadt oder Gemeinde ist es sicher gut, wenn man den Energiebereich ständig pflegt und versucht zu verbessern. Der Stadtrat ist an einem kostenneutralen Investment dran, nämlich die Prüfung zur Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED. Es gibt tatsächlich innovative Stromanbieter, welche dies vorfinanzieren und mit den Kostenersparnissen refinanziert werden können.

16. Beantwortung Interpellation Niederberger: Baupolizei

Nr. 176/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

17. Beantwortung Interpellation Graf: Unzulässige Geschenke für Stadträte

Nr. 178/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

18. Beantwortung Interpellation Gisler: Bundesgerichtsentscheid Prämienverbilligung

Nr. 179/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

19. Beantwortung Interpellation Gisler: Fassadengestaltung Luzernerstrasse 11, Kriens

Nr. 180/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

20. Postulat Burkhardt: Aktive Aufforderung der Stadt Luzern zum Wiedereintritt in den VLG

Nr. 204/19

Das Postulat wurde am 17. Juni 2019 zurückgezogen.

21. Postulat Niederberger: Klimanotstand

Nr. 212/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Yvette Estermann bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren. Es wurde sehr konstruktiv gearbeitet. Sie ist froh, dass alle so konzentriert gearbeitet haben. Nun liegen die Sommerferien vor uns. Sie wünscht gute Erholung und hofft, dass alle motiviert, erholt und gesund zurückkehren.

Die nächste Sitzung findet am 5. September 2019 statt. Im Anschluss an die heutige Sitzung trifft man sich im Restaurant Wichlern.

Die Sitzung schliesst um 19:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsidentin:



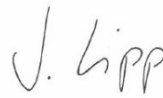
Yvette Estermann

Der Stadtschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp